

lwv info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

nachricht • bericht



Foto: Ralph Leupolt



IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40
pressestelle@lww-hessen.de
www.lww-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 2. Februar 2005
Nächster Redaktionsschluss: 3. Mai 2005

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet. Eine elektronische Ausgabe des LWV-Info finden Sie unter www.lww-hessen.de. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.

Welche Reform ist die richtige?

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die Arbeitsgruppe, die unter Federführung des Hessischen Sozialministeriums Vorschläge zur Reform des LWV und zur Behindertenhilfe in Hessen erarbeiten soll, hat ihre Arbeit aufgenommen und ist bis zum Redaktionsschluss dieser Info-Ausgabe zweimal in Wiesbaden zusammengekommen. Nachdem der Pulverdampf einer auch emotional geführten öffentlichen Debatte sich lichtet, sollten diejenigen das Wort haben, denen an einer Auseinandersetzung in der Sache gelegen ist. Die Arbeitsgruppe bietet grundsätzlich dazu die Möglichkeit, ernsthaft und mit dem nötigen Tiefgang zu prüfen, wie Hilfen für Menschen mit Behinderungen künftig geplant, organisiert und finanziert werden sollen. Sie bietet die Chance, Reformpotentiale zu benennen und weitere Optimierungschancen herauszuarbeiten, die uns weiterhelfen, die Behindertenhilfe als unverzichtbaren Bestandteil wirksamer sozialer Hilfen im Land Hessen in der Substanz zu erhalten. Der LWV hat dazu in den vergangenen Jahren wirksame Reformpotentiale erschlossen und als Bindeglied zwischen kommunaler Familie, den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und den Selbsthilfeorganisationen den sozialen Frieden stiftenden Konsens und eine Verständigung darüber ermöglicht, wie eine Behindertenhilfe aussehen soll, die wirksame und bedarfsgerechte Rehabilitation ist und zugleich finanzierbar bleibt. Allzu forsche „Radikalreformer“ sollten sich darüber im Klaren sein, dass dieser Konsens bei einer „Abschaffung“ oder „Auflösung“ des LWV auf dem Spiel steht. Niemand lehnt es ab, den LWV mit Blick auf seine Aufgabenwahrnehmung immer wieder auch einer kritischen Bewertung zu unterziehen – am allerwenigsten der LWV selbst, der Aufgabenkritik als Qualitätsmanagement begreift. Deshalb bin ich mir sicher, dass der Sozialverband der Landkreise und Städte auch diesmal allen Prüfungen standhalten wird. In den bisherigen Gesprächen habe ich verdeutlicht, dass sich der LWV dieser Prüfung aus Überzeugung und im Bewusstsein seiner anerkannten Arbeit stellen wird. Gleichzeitig erwarte ich aber auch, mögliche Alternativen zur bisherigen Aufgabenwahrnehmung durch den LWV sachorientiert zu benennen und zu untersuchen – also nicht auf der Ebene von unbewiesenen Thesen stehen zu bleiben. Die ersten beiden Sitzungen der Arbeitsgruppe haben gezeigt, dass wir erst bei den Fragestellungen und noch nicht bei der Analyse der Antworten, geschweige denn bei einem alternativen Konzept angelangt sind.

Wertvolle Anregungen für die Arbeit in der ministeriellen Arbeitsgruppe habe ich aus einem Gespräch mit Vertretern von Behindertenorganisationen mitgenommen. Deren Kritik fängt damit an, dass die Betroffenen bei den Beratungen in Wiesbaden nicht beteiligt sind. Schließlich gibt es bei den betroffenen Menschen sehr wohl konkrete Vorstellungen darüber, wie eine Weiterentwicklung der Behindertenhilfe künftig Gestalt annehmen soll. Vieles von dem deckt sich mit Zielen, wie sie im LWV bereits entwickelt wurden. So findet das Umsteuern von stationären Angeboten noch stärker hin zum Betreuten Wohnen große Zustimmung, wenngleich mitunter auch etwas „revolutionäre Ungeduld“ spürbar wird. Auf eines aber legen die Behindertenvertreter besonders großen Wert: Menschen mit Behinderungen wollen auch künftig in ganz Hessen gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe vorfinden – von Bad Karlshafen bis Neckarsteinach, von Lorch bis Tann.

Ihr

Lutz Bauer



Haushalt 2005: Abgeordnete beraten Zahlenwerk. (siehe Bericht S. 18)

Foto: Jörg Daniel



Philipp-Jubiläum: Festakt in Riedstadt. (siehe Bericht S. 22) Foto: Michael Spallek



BSHG ade: SGB XII regelt Eingliederungshilfe. (siehe Bericht S. 30) Foto: Jörg Daniel

Kurz notiert	4
„Es soll weiterhin einen LWV geben“	14
<i>Reform-AG über sozialen Dienstleister</i>	
LWV-Etat 2005 eingebracht	18
<i>Reformkurs wird fortgesetzt</i>	
Wortmeldungen	20
<i>Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen</i>	
Doppeljubiläum in Riedstadt	22
<i>Geburtstag des Landgrafen und 100 Jahre „Philippshospital“</i>	
Psychiatrische Versorgung Wiesbaden	25
<i>Krankenhauskonferenz kippt Konzept</i>	
Künftige forensische Kliniken in Bad Emstal und Riedstadt	26
<i>Weitere wichtige Schritte getan</i>	
Säulen, die tragen	28
<i>LWV fördert Arbeitsplätze</i>	
„Licht und Schatten“ – Sozialgesetzbuch XII löst Bundessozialhilfegesetz ab	30
<i>Neue Rechtsgrundlage auch für die Eingliederungshilfe</i>	
Hessisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung verabschiedet	33
„Gebt ihnen ihre Namen zurück“	34
<i>LWV-Gedenkstätte Hadamar stellt erste Ergebnisse vor</i>	
Benchmarkingbericht 2004	36
<i>LWV im bundesweiten Vergleich vorn</i>	
Brücke zwischen „Dinnen“ und „Draußen“	38
<i>Laien Helfer in Kliniken des LWV</i>	
Lernziel Persönlichkeit	40
<i>Die Schule am Sommerhoffpark</i>	
Wohnangebote in vier Regionen gefördert	44
Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe	45
„Haus am Landgrafenteich“	47
<i>LWV scheidet aus Erholungswerk-gGmbH aus</i>	
Namen, Titel, Jubilare	48
Personalien	49
<i>Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Neue Namen / Trauer</i>	
Kurz notiert	51

LWV nun örtliche Fürsorgestelle für zehn Gebietskörperschaften



Die Leistungsberechtigte Ella Kister aus Kassel (r.) im Gespräch mit KOF-Sachbearbeiter Philip Schulze.

Foto: Jörg Daniel

Am 1. Dezember 2004 hat das Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle) des LWV die Aufgaben der örtlichen Fürsorgestelle für die Landkreise Limburg-Weilburg und Marburg-Biedenkopf sowie für die Städte Kassel und Wiesbaden übernommen. Damit ist der LWV neben seiner gesetzlichen Zuständigkeit als Hauptfürsorgestelle nun bereits von zehn Gebietskörperschaften mit den Aufgaben eines örtlichen Trägers beauftragt worden. In diesen Gebietskörperschaften ist der LWV alleiniger Ansprechpartner für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene und kann den Leistungsberechtigten Hilfen aus einer Hand anbieten. Dem Zuständigkeitswechsel gingen entsprechende Beschlüsse der Selbstverwaltungsgremien voraus. Außerdem wurden in bilateralen Verwaltungsvereinbarungen die Modalitäten der Aufgabenübertragung festgelegt. „Die Erfahrungen, die wir bisher in Frankfurt, Groß-Gerau und in weiteren Gebietskörperschaften machen konnten, sind durchgängig po-

sitiv. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger begrüßen die Aufgabenbündelung, zumal der LWV mit seinen Beratungsangeboten leicht erreicht werden kann. Unsere Mitarbeiter kommen auf Wunsch auch ins Haus“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer anlässlich der Aufgabenübernahme. Da die Zahl der Leistungsberechtigten aus demografischen Gründen sinkt, planen weitere Landkreise die Übertragung ihrer Aufgaben an den LWV. Entsprechende Vereinbarungen werden derzeit verhandelt und sollen in den kommenden Monaten unterzeichnet werden. (jda)

Hilfen aus einer Hand – Sie betreuen Kriegsopfer und Angehörige

Seit 1. Dezember 2001

... in der Stadt Frankfurt:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Regionalmanagement KOF Wiesbaden, Frankfurter Straße 44, 65189 Wiesbaden
Ansprechpartner: Klaus Müller,

Tel.: 06 11 / 1 56 – 2 49

E-Mail: klaus.v.mueller@lwv-hessen.de

Seit 1. Dezember 2002

... im Landkreis Groß-Gerau:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Regionalmanagement KOF Darmstadt, Steubenplatz 16, 64293 Darmstadt

Ansprechpartner: Herbert Jansen, Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 1 21

E-Mail: herbert.jansen@lwv-hessen.de

Seit 1. Juni 2003

... im Wetteraukreis:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Regionalmanagement KOF Darmstadt, Steubenplatz 16, 64293 Darmstadt

Ansprechpartner (A – K): Herbert Jansen,

Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 1 21

E-Mail: herbert.jansen@lwv-hessen.de

Ansprechpartnerin (L – Z):

Renate Oplustil,

Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 2 67

E-Mail: renate.oplustil@lwv-hessen.de

Seit 1. Januar 2004

... in der Stadt Hanau:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Regionalmanagement KOF Darmstadt, Steubenplatz 16, 64293 Darmstadt

Ansprechpartner: Bernd Jakob, Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 1 10

E-Mail: bernd.jakob@lwv-hessen.de

Seit 1. Februar 2004

... im Kreis Bergstraße:

Landeswohlfahrtsverband Hessen – Regionalmanagement KOF Darmstadt, Steubenplatz 16, 64293 Darmstadt

Ansprechpartnerin (A – E):

Meike Höhenberger,

Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 1 22

E-Mail: meike.hoehenberger@lwv-hessen.de

Ansprechpartnerin (F – K):

Renate Oplustil,

Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 2 67

E-Mail: renate.oplustil@lwv-hessen.de

Ansprechpartnerin (L – Z):
Heike Habold,
Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 2 04
EMail: heike.habold@lwv-hessen.de

Seit 1. Oktober 2004

... im Odenwaldkreis:

Landeswohlfahrtsverband Hessen –
Regionalmanagement KOF Darm-
stadt, Steubenplatz 16, 64293
Darmstadt

Ansprechpartnerin: Brigitte Kelnho-
fer,

Tel.: 0 61 51 / 8 01 - 1 39

EMail: brigitte.kelnhofer@lwv-hessen.de

Seit 1. Dezember 2004

**... im Landkreis Limburg-Weil-
burg:**

Landeswohlfahrtsverband Hessen –
Regionalmanagement KOF Wiesba-
den, Frankfurter Straße 44, 65189
Wiesbaden

Ansprechpartnerin: Jutta Scheu,

Tel.: 06 11 / 1 56 – 2 27,

EMail: jutta.scheu@lwv-hessen.de

**... im Landkreis Marburg-Bie-
denkopf:**

Landeswohlfahrtsverband Hessen –
Regionalmanagement KOF Kassel,
Kölnische Straße 30, 34117 Kassel

Ansprechpartnerin: Carla Wuttke,

Tel.: 05 61 / 10 04 - 23 33,

EMail: carla.wuttke@lwv-hessen.de

Jeden ersten Mittwoch eines
Monats findet ein Sprechtag in der
Kreisverwaltung Marburg-Bieden-
kopf, Im Lichtenholz 60, Marburg-
Cappel (Kreisverwaltung) statt.

... in der Stadt Kassel:

Landeswohlfahrtsverband Hessen –
Regionalmanagement KOF Kassel,
Kölnische Straße 30, 34117 Kassel

Ansprechpartner: Philip Schulze,

Tel.: 05 61 / 10 04 – 23 03,

EMail: philip.schulze@lwv-hessen.de

... in der Stadt Wiesbaden:

Landeswohlfahrtsverband Hessen –
Regionalmanagement KOF Wiesba-
den, Frankfurter Str. 44, 65189
Wiesbaden

Ansprechpartner: Anita Jenzowski,

Tel.: 06 11 / 1 56 - 3 23,

EMail: anita.jenzowski@lwv-hessen.de

Neue Fenster zieren Kapelle



Sollen Licht und Wärme spenden: Glasfenster der Kapelle des ZSP Rheinblick.

Foto: Daniel Gaber

„Kein gewaltiges Vorhaben, bei dem Maschinen rollten, Kräne sich drehten und Erdmassen bewegt wurden“ beschließt man mit der heutigen Einweihung der Kapellenfenster, aber doch eine Baumaßnahme, die für das Funktionieren einer Einrichtung wie dem Eichberg wichtig sei und die zum Zusammenhalt dieses Gemeinwesens beitrage, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer bei einem kleinen Festakt in der Kapelle des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Rheinblick in Eltville. Gemeinsam mit der evangelischen und katholischen Klinikseelsorge stellte der Klinikträger LWV im November die neu in der Kapelle eingebauten Fenster vor, die von dem Taunussteiner Künstler Karl-Heinz Traut „professionell und zugleich doch einfühlsam“ gestaltet wurden. Bauer erinnerte daran, dass der LWV die Kapelle auch zum Ort des Gedenkens der Opfer der sogenannten NS-Euthanasie ausgestaltet habe. 1988 wurde eine Gedenktafel angebracht, seit 1993 steht neben

der Kapelle ein Gedenkstein und erinnere an diese unselige Phase unserer Geschichte, „auf dass wir sie nie vergessen mögen“.

Erfreuen an der neuen Atmosphäre in der Kapelle können sich nun alle Besucherinnen und Besucher der Gottesdienste, die am Sonntag den Weg in die Kapelle finden. Patienten, deren Familienangehörige, Mitarbeiter der Klinik und mitunter auch Besucher der Region finden dort einen Ort der Besinnung und des Innehaltens. Gemeinsam mit dem ZSP und den beiden Kirchengemeinden hat der LWV das Bauvorhaben geplant, gemeinsam wurde auch der finanzielle Aufwand für die vier etwa 2 Meter mal 40 Zentimeter großen Fenster geschultert: Die Entwurfskosten übernahmen die beiden Kirchengemeinden, die Glasfenster steuerte das ZSP bei. Der LWV-Chef war sich sicher, dass in den kommenden Jahren viele Menschen den Weg in die Kapelle finden und gestärkt diesen Raum wieder verlassen würden. (jda)

Forensische Tagesklinik Haina: 20. Tag der offenen Tür



Hübsche Deko-Artikel gab's auf dem Basar der KfPP Haina. Foto: Johannes Mayrl

Ein „Tag der offenen Tür“ im Maßregelvollzug: Mancher Zeitgenosse wittert hier sogleich Menschenströme „in die Freiheit“. Tatsächlich war es im vergangenen November in der „Tagesklinik“ (siehe Kasten) der Klinik für forensische Psychiatrie Haina (Kloster) aber umgekehrt – wie in 19 Jahren zuvor: Zahlreiche Interessenten kamen und nutzten das Angebot der Klinik, um sich Arbeits- und Kunsttherapie sowie die weiteren therapeutischen Angebote einmal aus der Nähe anzusehen und sie sich demonstrieren zu lassen. So ganz nebenbei kamen dabei auch praktische Informationen über das Funktionieren einer forensischen Klinik rüber und Gelegenheit, mit Patienten, vielleicht bei einer Tasse Kaffee und einem Stück hausgebackenem Kuchen, ins Gespräch zu kommen, hatte man auch. Auch wurden schöne und nützliche Dinge angeboten: Bei einem reichhaltigen Basar gab es Holzarbeiten, Seidenschals, Lichterketten, Vogelscheuchen und Produkte aus der Gärtnerei des Zentrums für Soziale Psychiatrie zu erwerben. So hat fast jeder etwas mit nach Hause genommen: Der Eine einen Weihnachtsstern für die Adventszeit, die Andere neu gewonnene Einsichten über Menschen, die auf dem Weg zurück in die Gesellschaft sind. (jda)

Forensisch-psychiatrische Tagesklinik Haina

Die Tagesklinik ist eine offene stationsübergreifende Rehabilitationsabteilung der Klinik für forensische Psychiatrie Haina, die seit November 1983 besteht und sich in einem denkmalgeschützten Fachwerkhaus außerhalb des umzäunten Geländes befindet. Insgesamt 20 Patienten aus verschiedenen Stationen der forensischen Klinik durchlaufen dort ein intensives therapeutisches Programm mit dem Ziel, bei guter therapeutischer Mitarbeit und langfristiger Lockerungserprobung der Entlassung näher zu kommen. Den Namen Tagesklinik trägt diese Einrichtung in Anlehnung an ähnliche Einrichtungen der Allgemeinpsychiatrie. Die Behandlung umfasst alle gängigen psycho-, sozio- und ergotherapeutischen Maßnahmen bei einer konstanten Bezugspersonenstruktur.

Die Kombination von offener Tür und gleichzeitig intensiver Therapie ist für solche Patienten indiziert, die aus unterschiedlichen Gründen therapeutisch schwer erreichbar sind, bei denen aber bei enger Betreuung eine offene Behandlung verantwortbar ist. Die durchschnittliche tagesklinische – nicht die gesamte – Behandlungsdauer beträgt ca. 12 Monate. Mehr als die Hälfte der Patienten dieser Abteilung erreichen über die Intensivbehandlung die Entlassungsfähigkeit, ein weiterer Teil wird nach günstigem Verlauf in weniger therapieintensive offene Abteilungen verlegt, nur selten kommt es wegen einer sich abzeichnenden ungünstigen Prognose zur Rückverlegung in die vollstationäre Behandlung. Johannes Mayrl/(jda)

Nordhessische Parlamentsvorsteher im Ständehaus



Im November vergangenen Jahres war die nordhessische Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Parlamentsvorsteher/innen im Ständehaus zu Gast. Staunen und zustimmende Bemerkungen löste Landesdirektor Lutz Bauer aus, als er die erfolgreichen Reformen beim LWV vorstellte und den Personalkostenanteil des Verbandes nannte: Nur noch 3,7 % werden für die schlanke Verwaltung des sozialen Dienstleisters aufgewandt. Auf dem Foto (v. l.): Bettina Schröder, Vorsitzende der Gemeindevertretung von Ahnatal und stellvertretende Vorsitzende des Regionalvorstandes; Landesdirektor Lutz Bauer; Valentin Wettlaufer, Stadtverordnetenvorsteher von Bad Hersfeld und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, sowie Hardi Limmeroth, Vorsitzender der Gemeindevertretung von Knüllwald und Vorsitzender des Regionalvorstandes Nordhessen. (jda)

Foto: Jörg Daniel

Neue Therapieräume in Korbach offiziell eröffnet

Gleich drei Anlässe hatte das LWV-Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Haina/Kloster, in seine psychiatrische Tagesklinik in der Enser Straße in Korbach einzuladen: Neben dem fünfjährigen Jubiläum der psychiatrischen Tagesklinik wurde Anfang November die offizielle Eröffnung der neuen Räume und der 1. „Tag der offenen Tür“ in Anwesenheit des Ersten Beigeordneten des Landkreises Waldeck-Frankenberg, Peter Niederstrasser, und des Bürgermeisters der Stadt Korbach, Klaus Friedrich, begangen. „Die Ambulanz und die Tagesklinik sind echte Erfolgsmodelle, die alle unsere Erwartungen weit übertroffen haben“, so Peter Lutze, Leiter des LWV-Fachbereichs Einrichtungen, anlässlich der Schlüsselübergabe durch den Architekten im Rahmen der offiziellen Eröffnung des Anbaus der Korbacher Tagesklinik.



Symbolische Schlüsselübergabe in Korbach (v. l.): Jürgen Hammerschlag, Betriebsleiter des ZSP Haina; Dr. Lutz Lenhard, Ärztlicher Leiter der Tagesklinik Korbach; Peter Lutze, Leiter des LWV-Fachbereichs „Einrichtungen“, und Architekt Karl Suck.

Foto: Seibert/TK Korbach

Außenstelle Korbach

Nach Aufnahme in den Krankenhaus-

plan des Landes Hessen richtete der LWV 1999 im ehemaligen „Alten Forsthaus“ der Waldeck'schen Domi-

nalverwaltung in der Friedrich-Bangert-Straße in Korbach eine psychiatrische Tagesklinik mit 15 Plätzen als Außenstelle des ZSP Haina/Kloster ein. Die Tagesklinik öffnete im Oktober 1999 ihre Türen. Seit der Eröffnung werden dort neben tagesklinischen Aufgaben auch ambulante psychiatrische Behandlungen angeboten. Rund 3.200 ambulante Behandlungen werden jährlich gezählt. Besonders in diesem Bereich kam es zur Raumnot. Deshalb planten LWV und ZSP den Erweiterungsbau in der Enser Straße mit zusätzlichen Therapieräumen für Gruppenaktivitäten der Tagesklinik wie auch Funktionsräumen für die Patienten in ambulanter Behandlung. Im Dezember 2003 wurde der Grundstein gelegt und im November vergangenen Jahres dann die offizielle Eröffnung gefeiert. „Mit der Eröffnung der neuen Tagesklinikräume stehen zusätzliche Therapie- und Funktionsräume zur Verfügung, die die Behandlungssituation erheblich verbessern. Mit dieser nun äußerlich sichtbaren Verbesserung zeigt der LWV, wie wichtig ihm das Prinzip ‚ambulant vor stationär‘ ist“, betonte Landesdirektor Lutz Bauer. (rvk)

„Hex – hex!“



Das Theaterstück „Die kleine Hexe“ konnten im November vergangenen Jahres 80 Kinder der Homberger Hermann-Schafft-Schule, LWV-Schule für Hörgeschädigte, bestaunen. Die Kleine Bühne Schwalm-Eder führte das Stück in der Homberger Stadthalle auf. Zwei Gebärdensprachdolmetscher, Christian Pflugfelder und Barbara Dold, begleiteten simultan die Aufführung. Für die gehörlosen Schülerinnen und Schüler ein ganz besonderes Erlebnis – bisher konnten sie die Handlung eines Theaterstückes nur im Unterricht nacharbeiten, den Worten konnten die Kinder nicht folgen. (mbr)

Foto: Sigrid Ehl-von Unwerth, HNA

Servicestellen: Zwischenbilanz nach einem Jahr



Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen: Gemeinsame Servicestelle beim LWV in Kassel.
Foto: Jörg Daniel

Anlaufstellen für Menschen mit Behinderungen sollen sie sein, die in den vergangenen Jahren nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) IX flächendeckend eingerichteten Service- und Beratungsstellen. Sie finden dort fachkundige Gesprächspartner, gerade auch für erste orientierende Informationen, beispielsweise bei der Suche nach dem im Einzelfall „richtigen“ Rehabilitationsträger. Nach gut einem Jahr Arbeit in den Servicestellen hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Rehabilitationsträger eine erste Zwischenbilanz gezogen. Danach konnte der Aufbau erfolgreich abgeschlossen werden, das Netz der Servicestellen wurde bundesweit eng geknüpft, die Rehabilitationsträger haben sich am Aufbau beteiligt. In vielen Fällen konnten die Servicestellen als örtlich vernetztes Angebot eröffnet werden, so wie es der LWV bei der gemeinsam mit mehreren anderen Rehaträgern geschaffenen Servicestelle am Ständeplatz in Kassel getan hat. Wichtige Erfahrung des ersten Jahres, die in vielen Servicestellen gemacht wurde: Die Anlaufstellen werden (noch) nicht im erwarteten Umfang in Anspruch genommen, trotz aktiver Öffentlichkeitsarbeit. Behinderte Menschen bewegen sich sicherer als erwartet im gegliederten System der sozialen Sicherung und greifen im Bedarfsfall direkt auf spezialisierte Beratungsan-

gebote des jeweils zuständigen Trägers zurück. Positiv: Durch die Servicestelle haben sich die Verfahren beschleunigt, die Beteiligten arbeiten besser zusammen als vorher. Erfahrungen, die Neidhard Heinemann für die gemeinsame Servicestelle des LWV in Kassel bestätigen kann: In Gesprächen und Vorträgen hat er über das Angebot der Servicestellen zum Beispiel bei Selbsthilfeorganisationen informiert, trotzdem hielt sich die Inanspruchnahme im vergangenen Jahr in Grenzen. In der Kasseler Servicestelle sind daher ab 2005 die Öffnungszeiten etwas eingeschränkt worden: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen ihren Kunden montags und donnerstags von 10 bis 15 Uhr zur Verfügung. Bei entsprechender Nachfrage können die Infozeiten aber auch wieder ausgedehnt werden. (jda)

Kassel

Gemeinsame Servicestelle beim Landeswohlfahrtsverband Hessen
Ständeplatz 4
34117 Kassel
Tel.: 05 61 / 5 29 70 98
Fax: 05 61 / 7 03 46 60
E-Mail: servicestelle.kassel@lwv-hessen.de
Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag, 10 bis 15 Uhr

Darmstadt

Gemeinsame Servicestelle Darmstadt
Landesversicherungsanstalt Hessen
Landgraf-Philipp-Anlage 42 - 46
64283 Darmstadt
Tel.: 0 61 51 / 3 07 10 19
Fax: 0 61 51 / 3 07 10 24
Gehörlosentelefon: 0 61 51 / 3 07 10 19
E-Mail: servicestelle-darmstadt@lva-hessen.de
Öffnungszeiten:
Montag bis Mittwoch, 9 bis 15 Uhr
Donnerstag, 9 bis 16 Uhr
Freitag, 9 bis 13 Uhr

Betreutes Wohnen: Individuelle Lebensformen fördern

Um die „Perspektiven des Wohnens“ ging es den über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 12. Selbsthilfetages der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen, Angehöriger und Beiräte des Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck e. V., als sie im vergangenen November in Schwalmstadt-Treysa zusammenkamen. Gastgeber war die Diakonische Einrichtung Hephata. Das Wohnen für behinderte Menschen soll heute individuelle Lebensformen zulassen, vorbei sind die Zeiten großer, uniformer Wohnheime, immer stärker rücken auch in diesem Aufgabenfeld der Behindertenhilfe ambulante Hilfeformen in den Mittelpunkt. Wie sich der Übergang zu mehr selbstbestimmten Wohnformen umsetzen lässt, auch wie Wohnheim und Betreutes Wohnen in ein neues Verhältnis zueinander finden, waren Fragestellungen, zu denen Betroffene, Mitarbeiter und Fachleute miteinander ins Gespräch kamen. Zu den Fachleuten, die bei der Veranstaltung referierten, zählte LWV-Regionalmanager Peter Kraushaar, der zu den konzeptionellen Vorstellungen des LWV vortrug. Der LWV hat zum Jahresbeginn 2005 die Komplett-Zuständigkeit für das Betreute Wohnen mit dem erklärten Ziel übernommen, jährlich 440 neue Plätze für diese ambulante Hilfeart in Hessen zu schaffen. Wichtig dabei: Wohnheim und Betreutes Wohnen sollen als Wohnformen mit unterschiedlicher Betreuungsintensität nicht nebeneinander in getrennten Einrichtungen angeboten, sondern in Wohnverbünden zusammengeführt werden. Im „Wohnen im Verbund“ ist ein Wechsel zwischen Betreuungsformen mit unterschiedlicher Betreuungsintensität jederzeit möglich. Betreutes Wohnen kann sowohl einzeln als auch in Familie und Partnerschaft sowie in Wohngemeinschaften stattfinden. Für einen Wohnverbund als Organisationsform der Zukunft bedarf es einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung zwischen LWV und dem jeweiligen Leistungserbringer, skizzierte Kraushaar. (jda)

Schwarzer Humor

ACH LIEBLING, MIT DIR KANN
MAN SO BEQUEM EINKAUFEN,...



Das LWV-Info aufschlagen und schmunzeln. In der Vergangenheit war das – wenn es denn Gründe zum Schmunzeln gab – höchstens einer unfreiwilligen Komik zuzurechnen. Das soll sich nun ändern: Mit Hilfe des Karikaturisten Phil Hubbe wollen wir unseren Leserinnen und Lesern in den kommenden Ausgaben gezielt ein Lächeln ins Gesicht zaubern. Wir finden, mit den Cartoons von Phil Hubbe gelingt das mühelos, wenngleich es meist kein „befreiendes“ Lachen werden dürfte. Denn die Cartoons des Magdeburger Karikaturisten haben ein Thema, bei dem den meisten nicht nach Lachen zumute ist: Das Leben mit einer Behinderung, auch das Leben mit behinderten Menschen ist sein Thema. Phil Hubbe ist, nach einem nicht beendeten Mathematikstudium, erfolgreicher Zeichner und Grafiker. Seit Ende der achtziger Jahre weiß er, dass er an

Multipler Sklerose erkrankt ist. Mit den Cartoons, die vor kurzem in einem Bändchen mit dem Titel „Der Stuhl des Manitou“ erschienen, arbeitet er sich an seiner Krankheit ab. Wie er den Umgang mit der „Political Correctness“ sieht, macht er auf der Umschlagzeichnung deutlich. Eine aufgeregte Betrachterin fragt den Zeichner: „Nein...Nein! Schwarzer Humor mit Behinderten, das darf man nicht!“ Worauf der etwas indignierte Zeichner kontert: „Äh,...wäre grün besser?“. Da das LWV-Info im Innenteil noch immer in schwarz-weiß erscheint, müssen wir beim schwarzen Humor Hubbes bleiben. Viel Vergnügen! (jda)



Für die, die Appetit auf mehr bekommen haben: Phil Hubbe, Der Stuhl des Manitou. Behinderte Cartoons. Oldenburg 2004 (Lappan-Verlag)

LWV sichert Suchthilfeangebot in Kassel

Der LWV Hessen fördert den Ersatzbau für das Katharina-Wittenburg-Haus, einem Wohnheim für chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängigkeitskranke Menschen in Kassel, mit rund 1,63 Mio. €. Die Mittel erhält der Träger der Einrichtung, die Blaukreuz Zentrum gGmbH. Den entsprechenden Bewilligungsbescheid überreichte Anfang Dezember der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, an Tobias Jäger und Helmut Schaumburg, die Geschäftsführer der gGmbH. „Trotz finanzieller Schwierigkeiten finanzieren wir hier 70 % der Kosten. Würde der Ersatzbau nicht errichtet werden, gäbe es in der Stadt Kassel überhaupt keine Wohnplätze für den betroffenen Personenkreis. Das wäre eine besonders schwierige Situation für die Suchthilfearbeit in der Region“, so Uwe Brückmann.

Ersatzbau in der Schillerstraße

Das Katharina-Wittenburg-Haus in der Kasseler Wiederholdstraße kann als Wohnheim für abhängigkeitskranke Menschen nur noch eingeschränkt genutzt werden, da zum einen der Eigentümer des Hauses das Haus verkaufen möchte, zum anderen der Heimbetrieb in dem denkmalgeschützten Haus ohne umfangreiche Renovierungsarbeiten nicht aufrecht erhalten werden kann. Aus wirtschaftlichen und sozialplanerischen Gesichtspunkten stellt ein Ersatzneubau eine effektive und effiziente Lösung dar. Geplant ist, die Ersatzeinrichtung in der Kasseler Schillerstraße zu bauen. Nach Fertigstellung sollen dort 24 abhängigkeitskranke Menschen einziehen. Weitere acht Wohnheimplätze bestehen in einer Außenwohngruppe. Außerdem unterhält die Blaukreuz-Zentrum gGmbH 52 Plätze im Betreuten Wohnen für abhängigkeitskranke Menschen in Kassel. 27 Plätze im Betreuten Wohnen für abhängigkeitskranke Menschen in Kassel bietet die Drogenhilfe Nordhessen und vier Plätze stellt das Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Kassel zur Verfügung. (rvk)

Pionierleistung der OK Kassel: Stoßwellenbehandlung



Dr. Matthias Buch, Leiter des Fachgebietes Stoßwellentherapie in der OK Kassel, mit dem in der Klinik entwickelten Gerät. Foto: OK Kassel

Für den speziellen Einsatz in der Orthopädie entwickelten Dr. Matthias Buch und Prof. Dr. Werner Siebert von der Orthopädischen Klinik (OK) Kassel gemeinsam mit der Firma Dornier vor zehn Jahren ein Stoßwellengerät – mit Erfolg. Das Verfahren, das bis dahin nur bei der Nieren- und Gallenstein-Zertrümmerung zum Einsatz kam, hat heute weltweit seinen festen Platz in der Orthopädie, etwa bei der Behandlung schmerzhafter Kalkdepots in der Schulter, überlasteter Sehnenansätze am Knochen oder schlecht heilender Knochenbrüche.

Die Wirksamkeit dieser Therapie mit energiereichen Wellen wurde im Rahmen einer Grundlagenforschung

und mit der praktischen Erfahrung von rund 100.000 Behandlungen in der OK Kassel sowie in wissenschaftlichen Studien mehrerer Universitätskliniken wie Mailand, Tokio und Taipeh bestätigt.

Aufgrund des Erfolgs in der OK Kassel erproben mittlerweile andere medizinische Fachgebiete modifiziert die Stoßwellen-Therapie, etwa bei Hauttransplantationen oder bei Durchblutungsstörungen am Herzen. (rvk)

Publik gemacht

In dieser Rubrik weisen wir auf kürzlich erschienene Publikationen hin, die von Mitarbeiter/innen des LWV stammen. (Vollständige Veröffentlichungshinweise nimmt die Redaktion gern entgegen: pressestelle@lwv-hessen.de)

- Kunze, Heinrich, Rehabilitationsplanung, in: Wulf Rössler (Hg.), Psychiatrische Rehabilitation, Heidelberg 2004, S. 104 – 125
- Kunze, Heinrich, Personenzentrierte Betreuungsansätze in einem integrierten Hilfesystem, in: Wulf Rössler (Hg.), Psychiatrische Rehabilitation, Heidelberg 2004, S. 659 – 669
- Schiller, Gerald, Neue Partner auch im Osten – Siauliai Psychiatric Hospital/Litauen, Der Neurologe und Psychiater Nr. 6/2004, S. 8 – 10
- Schiller, Gerald, Partnerschaft mit dem Siauliai Psychiatric Hospital in Litauen, Deutsches Ärzteblatt Online Nr. 7/2004
- Schiller, Gerald, Parkinsonoid durch Fluspirilen-Injektion, Der Neurologe und Psychiater Nr. 9/2004, S. 16
- Schiller, Gerald, Reversible Demenz bei Hashimoto-Thyreoiditis, Der Neurologe und Psychiater Nr. 10/2004, S. 12
- Schiller, Gerald, Logotherapeutische Aspekte in der Suchttherapie, Der Neurologe und Psychiater Nr. 11/2004, S. 45 – 46
- Schiller, Gerald, Chronische Alkoholhalluzinose, Der Neurologe und Psychiater Nr. 11/2004, S. 10
- Schiller, Gerald, Sporttherapeutische Ansätze bei depressiven Erkrankungen und Angststörungen, Wehrmedizinische Monatsschrift Jahrgang 48 (2004), S. 237 – 238

Jubiläum in Marburg: 30 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie

Vor 30 Jahren begann der LWV, die kinder- und jugendpsychiatrischen Angebote zu verselbstständigen und rief für diese Personengruppe eigene Kliniken ins Leben. Um an die Gründung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Lahnhöhe in Marburg zu erinnern, waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unter ihnen auch viele „Ehemalige“ – im November zu einem Festakt in die Cappeler Straße gekommen. Dort ging Krankenpflegedirektor Friedhelm Grosch der gar nicht so leicht zu klärenden Frage nach: „Wann genau ging es denn vor 30 Jahren los?“ Nach einiger Recherche wurde er dann fündig: „Zwischen Montag, dem 8. und Donnerstag, dem 11. April 1974 wurde Station P 1 bezogen. Das Ziel war es, vor Ostern den Umzug von P 4 (heutige 15 D) nach P 1 (heutige 15 B) abzuschließen. Freitag, der 12. April, war der Karfreitag.“ In der illustrierten LWV-Chronik wird der Herbst 1974 als offizieller Klinikstart festgehalten. Der Etablierung von insgesamt fünf kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in den Jahren 1974 und 1975 geht ein



Nahmen stellvertretend ein Dankeschön für 30 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marburg entgegen (v. l.): Brigitte Kollo, Margarete Völk, Ingrid Neebe, Waltraud Hessenmüller und Margarita Krug.
Foto: KPPKJ Lahnhöhe

Grundsatzbeschluss der Verbandsversammlung zum Ausbau psychiatrischer Hilfen für junge Menschen voraus, um diesem spezifischen Bedarf

besser gerecht werden zu können. Grosch schilderte weiter, dass sich in der unsicheren und von Improvisationskünsten getragenen Anfangsphase die Mitarbeiter in einen „Überlebenskampf“ verwickelt gefühlt hätten, da es Überlegungen gab, eine kinder- und jugendpsychiatrische Klinik in Fulda zu eröffnen. Dies hätte die Bedingungen für Marburg deutlich verschlechtert. Aber, war sich Grosch sicher, der erfolgreich zu Ende gebrachte „Überlebenskampf“ habe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammengeschweißt, Resignation sei nicht aufgekommen. Heute genießt die Klinik einen ausgezeichneten Ruf in der Öffentlichkeit und verfüge über hervorragende, qualifizierte Mitarbeiter. Stellvertretend für die gesamte Belegschaft wurden fünf Mitarbeiterinnen der ersten Stunde mit einem Blumenstrauß und einer Einladung in ein altes Marburger Restaurant geehrt: Brigitte Kollo, Margarete Völk, Ingrid Neebe, Waltraud Hessenmüller und Margarita Krug haben mit ihrem Einsatz zu dem beigetragen, was die Klinik heute ist. (jda)

Neuer Name

Einen neuen Namen und ein neues Erscheinungsbild hat sich ein „alter“ und bewährter Träger sozialer Angebote in Kassel gegeben: Aus dem Verein für Volkswohl e. V. ist die Sozialgruppe Kassel e. V. geworden. Der bisherige Name sei, so erklärte die Vereinsvorsitzende Ilona Caroli den neuen Namen, nicht mehr zeitgemäß gewesen und sei zudem auch oft mit Versicherungen verwechselt worden. Das neue moderne Logo ist ein grünes Viereck, das mit unterschiedlich farbigen Streifen die fünf verschiedenen Einrichtungen symbolisiert. Über die Kasseler Werkstatt und die



gGmbH Pro Dokument bestehen enge Verbindungen zwischen der Sozialgruppe Kassel e. V. als Träger dieser Einrichtungen einerseits und dem LWV als Kostenträger andererseits. (rvk)

Köppern – Šiauliai und zurück



Wiedersehensfreude: LWV-Landesdirektor und ZSP-Aufsichtsratsvorsitzender Lutz Bauer (r.) begrüßt die Gäste aus Litauen (v. l.): Asta Vasyliene, Andzela Rybakoviene und Direktor Eugenijus Mikaliūnas. Foto: Dieter Becker

Die Partnerschaft zwischen dem Waldkrankenhaus Köppern des ZSP Hochtaunus und dem Psychiatrischen Krankenhaus Šiauliai in Litauen trägt weiter Früchte: Im vergangenen August besuchte zum ersten Mal eine Gruppe psychisch kranker Menschen im Rahmen einer therapeutischen Reise die litauische Partnerklinik. Zwei Wochen verbrachten acht Patienten des Waldkrankenhauses und dessen Abteilung Klinik Bamberger Hof mit ihren vier Begleitern in Litauen, die meiste Zeit hielten sie sich in einer Außenwohngruppe des Hospitals in Palanga auf, einem an der Ostseeküste gelegenen Zentrum des litauischen Fremdenverkehrs. In der therapeutischen Wohngruppe lernen psychisch kranke Menschen, durch Übernahme von Selbstversorgungsaufgaben krankheitsbedingte Defizite in den Aktivitäten des täglichen Lebens zu minimieren. Wie ihre litauischen Gastgeber waren auch die deutschen Reisetilnehmer in Mehrbettzimmern untergebracht. Dieser

Umstand stieß jedoch keineswegs auf Ablehnung, sondern wurde überwiegend als eine Alternative zu dem eher sozial isolierten Leben zu Hause empfunden. „Durch Aufgabenteilung und die gemeinsame Unterbringung bemüht sich jeder, auf Empfindlichkeiten des anderen einzugehen“, brachte es ein Patient auf den Punkt. Auch auf der Ebene der Kommunikation erlebten die Betreuer positive Überraschungen, Sprachkompetenzen auf beiden Seiten erleichterten die Verständigung in russischer, englischer und deutscher Sprache. Besonders beeindruckt waren die Patienten von der Gastfreundschaft der Litauer und der betont herzlichen Atmosphäre, die im Umgang mit Patienten und Betreuern des Šiauliai Psychiatric Hospital herrschte. „Zurück in Frankfurt hat mir die Gemeinschaft von Patienten und Therapeuten dann doch sehr gefehlt“, äußerte sich eine Reisetilnehmerin und sprach damit aus, was alle dachten.

Litauische Expertengruppe

Wenige Wochen später setzte sich ein kleiner Tross in die umgekehrte Richtung in Bewegung: Diesmal besuchte eine litauische Delegation das Waldkrankenhaus Köppern zum fachlichen Austausch. Die Köpperner hatten ein sechstägiges Besuchsprogramm vorbereitet, an dem sich auf litauischer Seite Krankenhausdirektor Eugenijus Mikaliūnas, Krankenpflegedirektorin Laimute Mikeleviciene, Sozialarbeiterin Lina Daunoraite, EDV-Abteilungsleiter Vitalijus Priscepcionok, Psychotherapeutin Andzela Rybakoviene und die Leitende Ärztin Asta Vasyliene beteiligten. Das Interesse der Gäste konzentrierte sich auf Unterbringungsstandards und die unterschiedlichen Behandlungsangebote, erörtert wurden aber auch therapeutische Möglichkeiten im ZSP Hochtaunus. Gefragt waren nicht nur theoretische Grundlagen, sondern vor allem Einblicke in die tägliche Praxis. Begleitet von fachlich versierten Mentoren lernten die Gäste die Abteilungen und Funktionsbereiche des ZSP Hochtaunus kennen und traten mit Patienten und Beschäftigten in einen regen Gedankenaustausch. Das Programm sah – neben dem Waldkrankenhaus – Besuche in der gerontopsychiatrischen Tagesstätte Haus Bornberg, der Klinik Bamberger Hof und der Tagesklinik Bad Homburg vor. „Das Ziel einer geeinten Europäischen Gemeinschaft kann nur über das gegenseitige Kennenlernen und das wechselseitige Verstehen erreicht werden“, betonte Landesdirektor Lutz Bauer, der die Gruppe in Eltville traf. Er sei stolz darauf, dass die Krankenhauspartnerschaft, die der LWV im Jahr 2001 angeregt hatte, zur Völkerverständigung beitrage. Die gewachsene Verbundenheit brachte der Geschäftsführer des ZSP Hochtaunus, Werner Bierschenk, beim Abschied zum Ausdruck: „Anfangs waren wir Fremde, inzwischen sind wir aber längst Freunde geworden.“
Dieter Becker/(jda)

„Ererbt, Erworben, Erlitten?“

- Zugänge zu den Störungen des Sozialverhaltens“ lautete der Titel des 11. Herborner Arbeits- und Begegnungsforums im November vergangenen Jahres in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters der Rehbergpark gGmbH. Rund 200 interessierte Mediziner, Psychologen und Pädagogen nahmen an dem Forum teil, informierten sich über Begriffe, Symptome und Diagnose und diskutierten anschließend in Arbeitsgruppen darüber.

Prügeln, Zündeln, Weglaufen

Was fasst die Psychiatrie unter den Begriff der Sozialen Störung; was bedeutet dissoziales und aggressives Verhalten? Ein deutliches Maß an Ungehorsam, ungewöhnlich häufige oder schwere Wutausbrüche, Grausamkeit gegen Andere, Zündeln, Stehlen, Lügen, Schule schwänzen und Weglaufen in nicht zu akzeptierendem Rahmen sind – allein oder kombiniert – Verhaltensweisen, die dieses Störungsbild kennzeichnen. Hinzu können emotionale Störungen wie Depressionen oder Angst kommen. Wie diese Begriffe in der Praxis aussehen, erläuterte bei der Herborner Tagung Christine Gerhard, Diplom-Psychologin im Rehbergpark, am Beispiel einer 13-jährigen Patientin. Die Psychologin schilderte neben den Symptomen wie Weglaufen und – in diesem Fall – Verprügeln der (Adoptiv-)Mutter die unterschiedlichen Faktoren, die dieses Verhalten auslöste und mitprägte. Christine Gerhardt schilderte anschaulich massive Erschwernisse in der Lebensgeschichte, das Missverhältnis von Erwartungen und Möglichkeiten im sozialen Umfeld. Aber auch Charakterfaktoren und erbliche Anlagen spielten laut Gerhardt eine Rolle. Damit verdeutlichte sie, was der Gastreferent, Prof. Dr. Klaus Schmeck von der Universität Ulm, vortrug: Viele verschiedene Ursachen können zu ganz unterschiedlich ausgeprägten Störungen des Sozialver-



Großes Interesse beim 11. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum.

Foto: Andreas Hilke

halten führen, welche dann auch ganz individuell ausgerichtete Therapieansätze benötigten. Dabei sei nicht allein die Kinder- und Jugendpsychiatrie, sondern auch die Jugendhilfe und die Schulen gefragt. Nach beiden Vorträgen war ganz deutlich: Am schwersten wiegt bei den Ursachen von sozialen Verhaltensstörungen das „Erlittene“, wie zerrüttete Familien, Missbrauch, unzumutbare Lebensräume. Das „Erworben“, wie etwa schlechter Umgang mit Gleichaltrigen, wiegt weniger schwer, ebenso wie das „Ererbte“, dem durchaus mit einer guten Erziehung begegnet werden könne.

Angeregte Diskussionen

An die Vorträge schlossen sich angeregte Diskussionen in Arbeitsgruppen an, in denen auch brisante Themen Raum fanden, wie die geschlossene Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe oder die Grenzen der Jugendhilfe durch fehlende finanzielle Mittel. Das 12. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum wird „Praktische therapeutische Möglichkeiten“ in den Mittelpunkt der fachlichen Diskussion stellen. (rvk)

„Es soll w Reform-AG ü Fragen zur A



Aus einer Debatte über die Zukunft der Einrichtungen wurde schnell eine Diskussion über den LWV schlechthin. Mancher Wortmeldung der letzten Monate war zu entnehmen, dass sie zwar eine Meinung transportierte, der aber fehlte mitunter die Tiefenschärfe.

So war davon die Rede, der LWV solle seine großen Behinderteneinrichtungen abschaffen – dabei betreibt er solche gar nicht. Da war zu hören, dass über die Verbandsumlage defizitäre Kliniken subventio-

niert würden – dabei kommen alle vom LWV geführten Zentren für Soziale Psychiatrie seit Jahren ohne Trägerzuschuss aus. Da lebte die alte Mär vom „Sozialriesen“ und Bürokratiemoloch LWV wieder auf – dabei ist der LWV längst ein schlanker sozialer Dienstleister mit einem bemerkenswert niedrigen Personal- und Sachkostenanteil. Häufig genug wurde nicht einmal zwischen den Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers und denen des LWV als Einrichtungsträger unterschieden.

Was wird aus dem LWV? - Personalversammlung der Hauptverwaltung im Ständehaus.

Foto: Jörg Daniel

Worum geht es bei der Reformdiskussion im Kern?

Bei den ZSP und den anderen Kliniken in Trägerschaft des LWV geht es um die Frage der Zukunftsfähigkeit. Wettbewerb, wachsende Qualitätsanforderungen und Konsequenzen der Gesundheitsreform setzen alle Kliniken, so auch die der LWV-Unternehmensgruppe, unter einen zunehmenden Kostendruck. Schwarze Zahlen in der Gegenwart bedeuten nicht automatisch Überlebenssicher-

weiterhin einen LWV geben“ – Der soziale Dienstleister startet mit Aufgabenstellung und ihrer Finanzierung

heit in den kommenden Jahren. Krankenhausesperten erwarten einen weiteren Abbau von Betten und Plätzen und in der Folge auch eine „Marktberingung“. Dies trifft solche Kliniken, die auf den Verdrängungswettbewerb nicht ausreichend vorbereitet sind. Darauf haben die Klinikleitungen, darauf hat der LWV mit Verbandsspitze und Selbstverwaltungsgremien schon 2003 mit Vorschlägen für ein Zukunftskonzept reagiert. Die Modernisierung der Kliniken ist ein Dauerthema seit vielen Jahren. Weitere wichtige Hinweise werden sich aus den zusätzlich eingeholten Gutachten zur Zukunft der LWV-Unternehmensgruppe ergeben, die in den kommenden Wochen und Monaten in den Gremien beraten werden sollen.

Bei den „hoheitlichen Aufgaben“ des LWV geht es um die Fragen: Wie viel wird und wie viel darf Behindertenhilfe in Hessen kosten? Wie entwickelt sich der Bedarf bis ins nächste Jahrzehnt? Werden diese Aufgaben künftig effizienter und effektiver zentral oder dezentral wahrgenommen? Wie lassen sich gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen in allen Landesteilen auch künftig gewährleisten?

Von kommunalen Repräsentanten vor Ort war die Kritik zu hören, durch die Verbandsumlage, die der LWV zur Finanzierung seiner Aufgaben erhebt, werde den Landkreisen und kreisfreien Städten die Luft zum Atmen genommen, dem LWV fehle ein ausreichendes Kostenbewusstsein, schöpfe Einsparungspotentiale nicht genügend aus. Unbeachtet bleibt dabei, dass der LWV – über Jahre getragen von einer großen, parteiübergreifenden Mehrheit in seinen Gremien – Reformmaßnahmen ergriffen hat, die spürbare kostendämpfende Wirkung entfalten, und dies sowohl im binnengestaltungsfähigen als auch

bei den fachlichen Standards, die mit den Mitgliedsorganisationen der freien Wohlfahrtspflege verhandelt und vereinbart werden. Dass sich die Kosten für gesetzliche Leistungen zur

Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben nach oben entwickeln, liegt zweifelsohne nicht an einem mangelnden Kostenbewusstsein des LWV, sondern an einer

Vorbild Baden-Württemberg?

In Baden-Württemberg sind die beiden Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern mit Wirkung zum 1. Januar 2005 aufgelöst worden. Die Einzelfallhilfe für Menschen mit Behinderungen ging an die 44 Stadt- und Landkreise des südlichen Bundeslandes über, übergeordnete Aufgaben nimmt ein neu gegründeter Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) mit rund 400 Beschäftigten wahr. Hauptsitz ist die Landeshauptstadt Stuttgart. Durch den KVJS erhalten die Jugend- und Sozialämter der Land- und Stadtkreise einen Jugend- und Sozialhilfeservice. Der Verband wirkt an den Verhandlungen über Entgelte für die teil- und vollstationäre Pflege-, Jugend- und Eingliederungshilfe-Einrichtungen mit. Weiterhin hat er kreisübergreifende Aufgaben der Sozialplanung, erprobt Modellprojekte und beaufsichtigt Kindertagesstätten und Jugendheime. Auch das Integrationsamt gehört zum KVJS und hat seinen Sitz in Karlsruhe eingenommen. Schließlich obliegen dem KVJS Aufgaben der Kriegs- und Gewaltopferfürsorge.

Die Auflösung der beiden LWVs war in Baden-Württemberg Teil der durch den Landtag beschlossenen Verwaltungsreform und blieb nicht ohne Kritik: So war der Baden-Württembergische Gemeindetag als einer von drei Kommunalen Spitzenverbänden der Auffassung, dass die Aufgaben der Einzelfallhilfe durch die

Land- und Stadtkreise nicht wirtschaftlicher erledigt werden könnten. An anderer Stelle hieß es, das „Fusionsmodell“ eines Zusammenschlusses der beiden LWVs zu einem landesweiten LWV sei nicht näher untersucht worden, die Landesregierung habe vorschnell auf das „Eingliederungsmodell“ der Aufgabenübertragung an die Landkreise gesetzt. Aus den Reihen der Behindertenorganisationen war die Befürchtung zu hören, dass die mit der Verwaltungsreform angestrebten funktionalen Ziele gültige soziale Prinzipien überlagern und deformieren könnten.

Doch nicht nur in Hessen und in Baden-Württemberg wurde bzw. wird über die Zukunft „Höherer Kommunalverbände“ diskutiert, auch in Bayern ist angesichts kommunaler Finanznot und steigendem Finanzbedarf bei der Eingliederungshilfe erneut eine Diskussion über die sieben Bezirke entbrannt, die ein dem LWV vergleichbares Spektrum sozialer Aufgaben wahrnehmen. Kritik an den Bezirken kommt auch hier vornehmlich aus den Landkreisen, die deutliche Umlagesteigerungen für 2005 zu verkraften haben. Pikanterie am Rande: In der bayerischen Debatte wurde auch der Reformvorschlag genannt, anstelle der sieben Bezirke einen landesweit agierenden Landeswohlfahrtsverband zu gründen, um die Aufgaben aus einer Hand kostengünstiger organisieren zu können. (jda)

bundesweit feststellbaren Steigerung der Fallzahlen als Folge der demografischen und der medizinischen Entwicklung. Daran würde jede Aufgabenverlagerung überhaupt nichts ändern. Durchgreifende Lösungen müssen an der nach wie vor ungeordneten Finanzierung der als „Sozialhilfe“ definierten Eingliederungshilfe ansetzen. Längst ist sie keine – von den Kommunen aufzubringende – Fürsorge mehr. Dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe müssen sich auch Bund und Land stellen.

Reformen im Konsens eingeleitet

Diese Erkenntnisse und das aus diesem Wissen entwickelte Reformprogramm der vergangenen Jahre waren in den LWV-Gremien stets von großer Übereinstimmung getragen. Die parteiübergreifende Übereinstimmung drückte sich nicht zuletzt in den Abstimmungen über die Haushaltspläne aus: 2000 und 2001 votierten jeweils SPD, CDU, FWG und FDP für

den Haushaltsplan. Dagegen stimmten in diesen beiden Jahren die Grünen, 2000 auch die Republikaner. 2002 bis 2004 wurden die Haushaltspläne sogar einstimmig verabschiedet. Ähnlich große Mehrheiten gab es bei den Vorlagen für die Haushaltseckwerte. In der Beurteilung, ob der bisher gemeinsam gegangene Reformkurs für die Zukunft fortgesetzt werden soll, gehen die Fraktionen in der Verbandsversammlung in jüngster Zeit nicht mehr von dieser Übereinstimmung aus, jedenfalls wenn man die öffentliche Debatte der vergangenen Wochen zugrunde legt.

Der LWV Hessen wurde vor 52 Jahren durch den Hessischen Landtag im „Mittelstufengesetz“ gegründet. Sollen Aufgabenzuweisungen geändert werden, müssen sie durch Landesgesetz beschlossen werden. Um einen Reformbedarf auszuloten, hat die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger auf Vorschlag von drei Fraktionen in der Verbandsversammlung, der CDU, von Bündnis

90/Die Grünen und der FDP, eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit diesem Thema befassen soll. Mitglieder der Arbeitsgruppe, die von Gerd Krämer, Staatssekretär im Sozialministerium, geleitet wird, sind Vertreter der Hessischen Staatskanzlei, des Finanzministeriums, des Innenministeriums sowie des Sozialministeriums, der Kommunalen Spitzenverbände und des LWV. Neben den beiden hauptamtlichen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses, dem Landesdirektor und dem Ersten Beigeordneten, gehören der Präsident der Verbandsversammlung sowie die fünf Fraktionsvorsitzenden des Hessischen Sozialparlaments der Arbeitsgruppe an. Die Arbeitsgruppe soll sich allerdings nicht mit der Einrichtungswelt des LWV beschäftigen, hatte die Ministerin von vornherein angekündigt. Dies müsse der Verband in eigener Zuständigkeit tun. Die Arbeitsgruppe soll im April 2005 Ergebnisse vorlegen.

LWV kein Sanierungsfall

Der Ständesaal war proppenvoll, alle Plätze schnell belegt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drängten sich am Rand des Saales, als Landesdirektor Lutz Bauer und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann Ende Januar zur „Zukunft des Landeswohlfahrtsverbandes“ informieren wollten, wohl die „erste Mitarbeiterversammlung in der Geschichte des LWV“, wie Petra Feldner-Nuhn, Vorsitzende des Personalrates der Hauptverwaltung, später bemerkte. So war es dem LWV-Chef wichtig, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ob der Irritationen im Verlauf der jüngsten Debatten Mut zu machen, denn, so war sich Bauer sicher: „Der LWV kann mit dem Geld der hessischen Bürgerinnen und Bürger gut umgehen.“ Wenn nun aus vielen Richtungen gleichwohl nach einer Reform des LWV gerufen werde, hieße das wohl „Eulen nach Athen tragen“: Schließlich habe der LWV seit Jahren durchgreifende Reformen eingeleitet, „die bereits deutlich spürbare Wirkung entfalten“. Der LWV sei kein Sanierungsfall, hingegen müsse endlich das strukturelle Problem der unsolidarischen, weil nahezu ausschließlich die Kommunen belastenden Finanzierung der Eingliederungshilfe angegangen werden. Der LWV habe sich in der Vergan-



Fahnen wurden eingeholt: Das Dienstgebäude des früheren LWV Württemberg-Hohenzollern beherbergt nun den Kommunalverband für Jugend und Soziales.

Foto: LWV Württemberg-Hohenzollern

LWV-Reformbilanz –

Schritt für Schritt mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit

- Die hierarchische, klassisch-behördliche Aufbauorganisation wurde durch **Zielgruppen- und Regionalmanagements** mit eigener Budgetverantwortung und zielgruppenorientierter Steuerung ersetzt.
- Die Querschnittsaufgaben werden durch die **Servicebereiche als interne Dienstleister** wahrgenommen. Hier gilt ebenfalls der Grundsatz der Budgetverantwortung. Die Kosten- und Leistungsrechnung stellt wirtschaftliches Verhalten sicher.
- Das für den LWV konzipierte **DV-Verfahren ANLEI** sichert die kosten- und ergebnisoptimierte Steuerung der Einzelfallhilfe, ermöglicht ein bürgernahes Verwaltungshandeln, bietet die Grundlage für das betriebliche Controlling – und hilft steigende Fallzahlen zu bewältigen.
- Mit einem **DATA-Warehouse** werden die Sozial- und Finanzdaten zur Steuerung der Behindertenhilfe unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vernetzt.
- Ein **betriebswirtschaftliches Controlling** zur Sozialkosten- und Haushaltssteuerung liefert Selbstverwaltungsgremien und Management Informationen für die Steuerung von Kosten und Prozessen. Allein in den Jahren 2001 bis 2003 wurden 23,76 Mio.

€ als reformabgeleitete Einsparung erzielt.

- Durch ein **Benchmarking** vergleicht sich der LWV mit anderen überörtlichen Sozialhilfeträgern. Im Betreuten Wohnen ist der LWV bundesweit Spitze: Die Ausgaben für das Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Hessen konnten durch das Betreute Wohnen spürbar gesenkt werden. Gegenüber der Heimunterbringung ergibt sich eine jährliche Einsparung von 59 Mio. € (Stand: 2003)
- Durch ein **LWV-Benchmarking** werden künftig innerhalb der hessischen Trägerlandschaft Steuerungspotentiale erfasst und analysiert. Es schafft die Voraussetzung für ein „Einrichtungsrating“ – ein hessenweiter Gesamtüberblick der Angebots- und Vergütungsstrukturen für die Bereiche Wohnen und Werkstätten für behinderte Menschen. In Vergütungsverhandlungen kehrt mehr Transparenz ein.
- Benchmarking, Einrichtungsrating und andere Instrumente tragen dazu bei, die Einrichtungen in Vergütungsverhandlungen auf **Kostendämpfung** zu orientieren und damit den erfolgreichen, und einvernehmlichen Kurs der vergangenen Jahre fortzusetzen: Dort konnten Steigerungsraten deutlich unterhalb der Marge von Personalkostensteigerungen verbaut werden.

Nächste Reformschritte:

- **Gesamtplanverfahren** sollen die Einzelfallsteuerung im Bereich des vollstationären Wohnens verbessern. Dazu will der LWV – unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Menschen – schrittweise individuelle Gesamtpläne einführen und diese in Hilfeplankonferenzen abstimmen.
- Zur Einführung des **Persönlichen Budgets** sind in einem ersten Schritt Modellprojekte vorgesehen, an denen sich der LWV beteiligen will.
- Durch **Einrichtungsbudgets** sollen stationäre und ambulante Wohnangebote durchlässiger gestaltet werden. Ziel ist es, ambulante Formen zu stärken. Einrichtungsbudgets bieten ein Anreizsystem für Einrichtungsträger, da für einen bestimmten Zeitraum ein festes Finanzvolumen zur Verfügung gestellt wird. Bereits jetzt laufen unter dem Titel „Wohnen im Verbund“ mehrere Pilotprojekte.
- Ein **„Maschinelles Abrechnungssystem mit Einrichtungen (MASS)“** soll künftig den Datenaustausch zwischen LWV und den Einrichtungsträgern erleichtern. Ziel ist hier, Leistungen zeitgerechter, einfacher, weniger personalintensiv und komfortabler abzurechnen. (jda)

genheit zu keiner Zeit einem vernünftigen Reformvorschlag verweigert. Nun aber müssten die LWV-Kritiker erklären, was sie unter Reform verstünden. In der Verlagerung der Eingliederungshilfe auf die Landkreise und kreisfreien Städte sieht der LWV-Chef weder einen wirtschaftlichen, noch einen sozialpolitischen Vorteil: „Dann müssten im LWV Hessen opti-

mierte Strukturen für die Behindertenhilfe statt einmal durch den LWV 26-mal im Land durch Kreise und Städte vorgehalten werden.“ Chancen, die für den Verband darin liegen, selbst mit am Tisch zu sitzen, hob der Erste Beigeordnete Uwe Brückmann hervor. Er gehe mit der Erkenntnis in die Gespräche: „Nur was sich ändert, bleibt bestehen.“

Bisher hätten die Beteiligten – dies gelte auch für die Kommunalen Spitzenverbände – vor allem Fragestellungen vorgelegt, die Arbeitsgruppe im Sozialministerium habe ihre Beratungen „ergebnisoffen“ aufgenommen. Er gehe, so der Erste Beigeordnete, zumindest von einer Übereinkunft aus: „Es soll auch weiterhin einen LWV geben.“ (jda)

„HILFEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN EFFIZIENTE“ LWV-ETAT 2005 EINGEBRACHT: REFORMKURS



Schwere Aufgabe: Abgeordnete der Verbandsversammlung am 2. Dezember bei der Einbringung des Haushaltes 2005.

Foto: Jörg Daniel

Mit dem Haushalt für 2005 wollen wir erneut beweisen, dass der LWV für behinderte Menschen in Hessen und zugleich für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte ein professioneller und zuverlässiger Partner ist, der seine Aufgaben wirksam und effizient erfüllt“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer, als im vergangenen Dezember der LWV-Haushaltsplan für 2005 der Verbandsversammlung vorgelegt wurde. Er wies dabei die Kritik zurück, der LWV sei nicht ausreichend kostenbewusst: „Mit der Verbandsumlage haben wir bei den Landkreisen und kreisfreien Städten seit 1999 einen verstetigten Betrag über die Umlage erhoben – und das bei rund 1.000 Fällen mehr pro Jahr.“ Der LWV habe durch sein konsequentes Reformprogramm mit Erfolg auf die Kos-

tenbremse treten können, erst 2005 wachse der Umlagebedarf durch die aufgebrauchten Rücklagen deutlich. In den kommenden Wochen werde der Verwaltungsausschuss weitere Maßnahmen ergreifen und darauf hinarbeiten, dass der Finanzbedarf noch spürbar verringert werde.

AUCH 2005 MEHR LEISTUNGSEMPFÄNGER

Trotz umfassendem Reformprogramm sei eine Anhebung der Verbandsumlage allein wegen der Steigerung von 53.003 (2004) auf 54.016 Fälle (2005), in denen Menschen mit Behinderungen Leistungen für Wohnen und Arbeiten durch den LWV erhalten, nicht zu vermeiden, erläuterte Erster Beigeordneter und LWV-Kämmerer Uwe Brückmann den Abgeordneten die Haushaltsentwicklung. Um diese Leistungen finanzie-

ren zu können, sieht der vom Kämmerer eingebrachte Haushaltsentwurf eine Steigerung des Hebesatzes für die Verbandsumlage von 14,99 % auf 16,70 % vor. Ohne die zusätzlichen Kosten des Betreuten Wohnens (der LWV übernimmt die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung nach SGB XII, der Hilfen zur Gesundheit und sonstige Kosten in Höhe von 28,9 Mio. € von den Landkreisen und kreisfreien Städten) könne der Hebesatz für die Verbandsumlage bei 16,18 % liegen. 84 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes wende der LWV für die überörtliche Sozialhilfe auf, die behinderten Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Der Haushaltsansatz für den Verwaltungshaushalt 2005 wachse um 52,6 Mio. € auf 1.080,4 Mio. €, erläuterte Brückmann, wobei von den 52,6 € Mio. lediglich 24,9 Mio. € auf Fallzahlsteigerungen entfielen. Ziel des Verbandes sei es, eine wirkungsvolle, passgenaue Hilfe für jeden Behinderten zu organisieren. Durch einen gezielten Einsatz der Ressourcen werde die Hilfe effizienter, ohne dass dabei die Qualität der Leistungen für den einzelnen Menschen abgesenkt werden muss, machte der Erste Beigeordnete Uwe Brückmann deutlich.

Die im Juni durch die Verbandsversammlung verabschiedeten Haushaltseckwerte für 2005 hatten für die Verbandsumlage noch eine Steigerung von 119,6 Mio. € vorgesehen. Dies auch deshalb, weil sich die Verbandsversammlung entschlossen hatte, 2004 die Rücklagemittel fast vollständig aufzubrechen (54,8 Mio. €). Der Hebesatz für die Verbandsumlage wäre dann auf 17,12 % angewachsen. Der heute vorgelegte

WIRD FORTGESETZT

Haushaltsplanentwurf sehe aber aufgrund weiterer Budgetkonsolidierungen sowie wegen erwarteter Mehrerlöse einen nur noch um 97 Mio. € wachsenden Umlagebedarf vor, sagte Brückmann. „Daran erkennt man, welche Anstrengung der LWV Hessen bereits unternommen hat. Wir werden bis zur Verabschiedung des Haushaltes im März des kommenden Jahres an einer weiteren Absenkung des Umlagebedarfes arbeiten“, so der Kämmerer.

KOSTEN WACHSEN DURCH NEUES SGB XII

Ab 2005 würden die Leistungen nicht mehr nach dem Bundessozialhilfegesetz, sondern nach dem vom Bund Ende 2003 verabschiedeten Sozialgesetzbuch (SGB) Teil XII gewährt. Die auch durch den LWV immer wieder erhobene Forderung nach einem eigenständigen Leistungsgesetz für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen außerhalb der Sozialhilfe, auch eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, seien bisher nicht zustande gekommen, bedauerte Landesdirektor Bauer. Hoffnungsvolle Ansätze im Bundesrat seien im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2003 wieder fallen gelassen worden. Im Gegenteil: Für Heimbewohner werde künftig kein Wohngeld mehr gezahlt, was zu einer Erlösschmälerung für den LWV von voraussichtlich rund 7 Mio. € führe. Unter diesen schwierigen Umständen werde es umso wichtiger, erfolgreiche und bereits wirksame Maßnahmen zur Kostendämpfung fortzusetzen, sagte der LWV-Chef. Hier gelte es, in Verhandlungen mit Einrichtungsbetreibern Einsparpotentiale bei den Vergütungssätzen auszuloten und das Betreute Wohnen konsequent weiter auszubauen. Die Budgets für 2005 sehen 467 neue Plätze für das Betreute Wohnen vor. Darüber hinaus sollen durch Einrichtungsbudgets

durchlässige, auf den Einzelfall zugeschnittene Betreuungsformen ermöglicht werden.

Wenn der LWV gegenüber Heim- und Werkstattbetreibern die Forderung nach Kostendämpfung erhebe, so gelte dies selbstverständlich auch für das eigene Haus, ergänzte Brückmann. Bei den Personal- und Sachkosten für die Verwaltung habe sich der LWV in den vergangenen Jahren sehr wirtschaftlich verhalten und den ohnehin niedrigen Personalkostenanteil von 4,17 % (1998) auf 3,73 % (2004) trotz einer Fallzahlsteigerung um 13,7 % in diesem Zeitraum abgesenkt.

BERATUNGSMARATHON

Im Anschluss an die Haushaltseinbringung startete der jährliche Beratungsmarathon in den Fachgremien der Verbandsversammlung. Besonders aktiv ist dabei wie immer der Haushaltsausschuss: Insgesamt 5 mal tagt er bis zur zweiten Lesung

und Verabschiedung im März – Sondersitzungen nicht ausgeschlossen. Bis zur Verabschiedung ist noch mit einer Reihe von Veränderungen zu rechnen: Anträge der Fraktionen werden erwartet, auch genauere Zahlen zur Entwicklung des Finanzausgleiches und damit der dem LWV zufließenden Mittel. In die weitere Beratung gingen neben dem Haushaltsplan auch die Wirtschaftspläne der kaufmännisch geführten Eigenbetriebe des LWV, die zusammen mit den privatrechtlich geführten gemeinnützigen GmbHS die LWV-Unternehmensgruppe bilden. Die LWV-Einrichtungen, unter denen die Zentren für Soziale Psychiatrie ein Schwerk Gewicht darstellen, verfügen landesweit über 4.400 voll- und teilstationäre Plätze sowie umfangreiche ambulante Behandlungsangebote. Die LWV-Eigenbetriebe weisen eine positive Ergebnisprognose auf und belasten somit den LWV-Haushalt – wie bereits in den Vorjahren – nicht. (jda)

Letzte Meldung

Haushalt 2005 einstimmig verabschiedet

Trotz kontroverser Debatte um die Reform des LWV, trotz neuer Kooperationspartner in der Verbandsversammlung: Der Haushaltsplan für 2005 erhielt in der Plenartagung am 9. März 2005 die Zustimmung aller Fraktionen der Verbandsversammlung. Die Abgeordneten nahmen in der Sitzung die Ergänzungsvorschläge des Verwaltungsausschusses auf, die nun dazu führen werden, dass der Hebesatz nicht, wie noch im Dezemberentwurf vorgesehen, auf 16,7 %, sondern nur auf 16,37 % angehoben wird. Durch eine Reihe

von Einsparungen und Veränderungen – darunter die Streichung von 22,5 Stellen in der Zentralverwaltung – sinkt die Verbandsumlage von geplanten 917 Mio. € auf 890,5 Mio. €. Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Leistungen erhalten, wächst hingegen weiter und musste sogar gegenüber dem Entwurf noch leicht nach oben verändert werden: Danach erhalten in 2005 Menschen mit Behinderungen in 54.126 Fällen Hilfen durch den sozialen Dienstleister LWV. (jda)

WORTMELDUNGEN

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

SPD



Foto: privat

Einrichtungen beim LWV in guten Händen

Die SPD spricht sich eindeutig für den Verbleib von wirtschaftlich „gesunden“ Einrichtungen in der Trägerschaft des LWV Hessen aus. Insbesondere die Verzahnung der allgemeinen Psychiatrie mit der Forensik in den ZSP wird von der SPD – wie auch von der Hessischen Landesregierung – als wichtig und richtig gesehen. Die Konzernstruktur erzeugt Synergien, die zur Wirtschaftlichkeit der Unternehmensgruppe beitragen – dies sieht der unabhängige Gutachter ebenso. Defizitäre Teile müssen sich neu aufstellen, gegebenenfalls mit anderen Teilen Kooperationen eingehen, im schlimmsten Fall jedoch auch abgetrennt werden.

Unter der Trägerschaft des LWV konnte eine sehr hohe Behandlungsqualität erreicht werden, die wir – wie die Sicherheit der Bevölkerung – in Zukunft erhalten wollen und deshalb nicht ausschließlich dem Gewinnstreben privater Krankenhauskonzerne untergeordnet werden dürfen. Gerade forensische Kliniken für psychisch kranke und suchtkranke Rechtsbrecher müssen weiterhin unter öffentlich-rechtlicher Verantwortung betrieben werden.

Die SPD tritt dafür ein, dass der LWV gleichwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Behandlungsangebote für psychisch Kranke in Hessen im Auftrag und in enger Abstimmung mit den Kreisen und Städten als Bestandteile der regionalen gemeindepsychiatrischen Verbünde führt.

Nur durch den sozialen Dienstleister LWV können Spezialeinrichtungen wie kinder- und jugendpsychiatrische Kliniken oder Schulen für Sinnesgeschädigte für ein überregionales Einzugsgebiet wirtschaftlich betrieben werden. Dies gilt auch für Heilpädagogische Einrichtungen sowie Wohn- und Pflegeheime. Dieser Personenkreis besonders benachteiligter Menschen findet in Heimen privater oder freigemeinnütziger Träger oft nur schwer einen Platz.

Für die SPD-Fraktion im LWV gilt: Der LWV Hessen ist als Träger der Einrichtungen unverzichtbar.

Stefan Ringer

Sprecher Arbeitskreis Einrichtungen

CDU



Foto: privat

Raus aus der Schuldenfalle

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LWV, mit Erleichterung hat die CDU-Fraktion registriert, dass der LWV von den Kreisen und kreisfreien Städten im Jahre 2005 nicht – wie ursprünglich angekündigt – 97 Mio. € mehr als im Vorjahr verlangt, sondern „nur“ 70,5 Mio. €. Leider hat diese Absenkung keine Entlastung der Träger zur Folge: Kreise und kreisfreie Städte müssen die Differenz von annähernd 27 Mio. € jetzt direkt an die Sozialhilfeempfänger zahlen. Bisher hat das der LWV getan. Deshalb handelt es sich um ein „Null-Summen-Spiel“. Damit bestätigt sich das, was die CDU bewogen hat, eine Diskussion über die Struktur des LWV anzuregen: Die örtlichen Sozialhilfeträger werden mit der Bürde der Sozialhilfe allein gelassen. Sie zahlen ihren Anteil an der Verbandsumlage zwischenzeitlich auf Pump und sind in der Schuldenfalle. Die Trägerfamilie fragt: Kann der Mitteleinsatz bei der Eingliederungshilfe sparsamer als bisher gehandhabt werden? Lassen sich die Gelder für die Sozialhilfe noch effizienter einsetzen? Welche Schritte organisatorischer und struktureller Art wären dazu erforderlich?

Die CDU-Fraktion beteiligt sich an der im Hessischen Sozialministerium eingerichteten Arbeitsgruppe ohne jede Vorfestlegung: Der Hessische Landkreistag und der Hessische Städtetag als Kommunale Spitzenverbände haben zugesagt, ihre Überlegungen zur Zukunft der Eingliederungshilfe zu formulieren und zur Diskussion zu stellen. Das ist logisch und vernünftig; denn von Kreisen und Städten ist massive Kritik am LWV geübt worden. Von dort kommt der Vorschlag, Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammenzuführen. Dann sollen die Träger auch sagen, ob und welche Zuständigkeiten sie verändern oder transferieren möchten. Die CDU-Fraktion wird diese Konzepte prüfen – objektiv und ergebnisoffen. Und sie wird das unter Beachtung der Belange der Behinderten und der Bediensteten des LWV tun.

Fritz Kramer

Fraktionsvorsitzender



Foto: privat

Mehr Selbstbestimmung ist möglich

Für Bündnis 90/Die Grünen steht bei der jetzt geführten Diskussion um Reformen in der Eingliederungshilfe der Mensch mit Behinderungen im Mittelpunkt. Reformen sind nur so gut, wenn sie dazu dienen, Menschen mit Behinderungen die Teilhabe an dem Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Wir müssen uns von dem Gedanken der „reinen Versorgung“ lösen und die Selbstbestimmung in den Vordergrund stellen. Menschen mit Behinderungen steht ein Wahlrecht zu, durch ein persönliches Budget soll er zwischen Leistungen und Anbietern aussuchen können. Die Nachfrage nach ambulanten Dienstleistungen wird erheblich steigen. Es sind sehr differenzierte, auf die individuelle Situation bezogene Angebote erforderlich, die in den jeweiligen Kommunen im Lebensumfeld der Betroffenen vorgehalten und teilweise erst noch aufgebaut werden müssen. Dafür sind funktionierende regionale und örtliche Planungskonferenzen notwendig. Die Leistungsgewährung sollte im persönlichen Kontakt mit dem Leistungsempfänger im Rahmen eines Teilhabepfandes erfolgen. Der überörtliche Träger hat mit den Selbsthilfeorganisationen dafür zu sorgen, dass hessenweit die Qualität und Leistungsstandards sichergestellt sind. Die Eingliederungshilfe kann nicht unabhängig von der kommunalen Finanzkraft agieren. Kostengünstige Lösungen bedeuten nicht automatisch einen Qualitätsverlust. Der Einsatz der Mittel muss direkt über die Betroffenen erfolgen. Deren Fähigkeiten zur sparsamen Bewirtschaftung werden oft unterschätzt. Daher können die Reformen nur dann erfolgreich verlaufen, wenn die Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten als dritte Säule neben den Kostenträgern und Leistungsanbietern an diesem Reformprozess entscheidend beteiligt werden. Andreas Kammerbauer
Abgeordneter der Verbandsversammlung



Foto: Jörg Daniel

Seit Gründung immer wieder verändert

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte“, hat Gustav Heinemann vorhergesagt. Das galt für den LWV Hessen schon seit seiner Gründung 1953. Die heutigen Aufgaben sind mit der Trägerschaft für die überörtliche Sozialhilfe und für Zentren für Soziale Psychiatrie sowie weiteren Kliniken zwar geringer als zu früheren Zeiten, in denen beispielsweise noch Jugendhilfe und teilweise Altenpflege einbezogen waren, aber für die finanzielle Belastung der Träger sind diese Aufgaben weiterhin erdrückend. Das Aufgabenspektrum des LWV Hessen war und ist eher ein buntes Puzzle als ein nach Plan systematisch geknüpfter Dienstleistungskatalog. Andererseits konnte der LWV neben seiner finanziellen Lastenausgleichsfunktion oft genug durch einvernehmliche politische Abstimmung immer wieder sozialpolitische Inhalte nicht zuletzt in seinem Leitbild durchsetzen, während die Diskussion oder Kritik um den LWV Hessen meist nur bei den Finanzen ansetzt und sozialpolitisch keine neuen Perspektiven eröffnet. Auch in der aktuellen Diskussion um fehlende Finanzen in der Sozialhilfe und die Steigerung der Eingliederungshilfe muss es deshalb Aufgabe aller Fraktionen sein, auf die Fragen der Landkreise und Städte zu den Gründen der Aufgaben- und Kostenentwicklung zeitnah und exakt zu antworten. In gleicher Weise muss sichergestellt werden, dass der LWV die Arbeitsgruppe beim Sozialministerium zur Reform der Aufgaben- und Kostenzuständigkeit in der Sozialhilfe umfassend unterstützt. Angst ist auch hier ein schlechter Weggenosse und Ratgeber. Vielmehr gilt es, um Verständnis bei den betroffenen Menschen und den Kostenträgern in gleicher Weise zu werben. Dabei können die Fraktionen durchaus Hilfen bieten, wie die FDP-Fraktion mit ihrem Hinweis auf die notwendige Wiederauflage der Leistungsberichte für die einzelnen Träger in ihren Regionen gezeigt hat. Ferdinand Walther
Fraktionsvorsitzender



Foto: privat

Gefährden Finanzprobleme den LWV?

Die Freien Wähler sind davon überzeugt, dass es töricht wäre, die Zerschlagung des LWV über eine Strukturdebatte herbeizuführen. Wir hegen den Verdacht, dass die neue Koalition von CDU, FDP und Grünen im LWV ein Wahlbündnis geschlossen hat, um die Stelle des Landesdirektors auch nach der Kommunalwahl 2006 für die CDU zu sichern. Man darf gespannt sein, ob vor der Kommunalwahl 2006 die Koalition einen Grünen Ersten Beigeordneten wählt und somit unter dem Deckmantel einer Reformdebatte vor allem Personalansprüche realisiert werden sollen.

In der Strukturdebatte bleibt abzuwarten, ob nach dem Willen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen die Zuständigkeiten des LWV künftig zum Teil oder ganz auf die Kommunen verlagert werden. Hintergrund des wachsenden Finanzbedarfs des LWV ist aber der Fallzahlenzuwachs und nicht etwa Unwirtschaftlichkeit. Fach- und Finanzverantwortung können beim LWV zusammengeführt werden, um eine landesweit auf einheitlichem Niveau befindliche, effiziente Eingliederungshilfe zu gewährleisten. Auch sorgt der LWV für einen Solidarausgleich zwischen finanzstarken und -schwachen Landkreisen und kreisfreien Städten. Der muss nach Auffassung der FWG auch so bleiben.

Einzelne Einrichtungen der Jugendhilfe gerieten wegen defizitärer Entwicklungen in die Kritik. Deshalb ist zu Recht ein Gutachten zu den Einrichtungen des LWV Hessen in Auftrag gegeben worden. Das Gutachten muss unabhängig von der derzeitigen Strukturdebatte ausgewertet werden. Dann muss die Verbandsversammlung entscheiden. Die begleitende „Reformdebatte“ im LWV wird spannend. Wer aber glaubt, mit einer Verlagerung der Aufgaben des LWV auf die Kommunen werden die Finanzprobleme gelöst, unterliegt einer gravierenden Fehleinschätzung. Veränderungen und Strukturverbesserungen im Sinne des Leitbildes werden die Freien Wähler positiv begleiten.

Willi Werner

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Doppeljubiläum in Riedstadt: Der Geburtstag des Landgrafen und 100 Jahre „Philippshospital“

Noch einmal Philipp: Nach den Veranstaltungen in Merxhausen und Haina (siehe LWV-Info Nr. 4/2004) führte das Jubiläum des hessischen Landgrafen im November erneut Menschen unter dem Dach des LWV zusammen. In Riedstadt war neben dem 500. Geburtstag des Hospitalsgründers sogar noch ein zweites Jubiläum zu begehen: Vor genau einhundert Jahren erhielt die damalige Heilanstalt den Namen ihres Gründers und ist seitdem als „Philippshospital“ bekanntes Markenzeichen über die Region hinaus. Den Namensbestandteil Philippshospital behielt die Einrichtung bei, als sie 1998 in ein Zentrum für Soziale Psy-

chiarie mit mehreren selbstständigen Betriebszweigen umgewandelt wurde. Denn die Gründungsidee des Namenspatrons ist nach wie vor Programm: Seit 469 Jahren übernimmt das Philippshospital im Auftrag der Gesellschaft Verantwortung für behinderte, kranke und bedürftige Menschen – seit 1994 sogar als Referenzklinik der Weltgesundheitsorganisation.



Sprach zu den „Sozialen Aufgaben der Kirche“: Pfarrer Dr. Thomas Posern vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.
Fotos: Michael Spallek

Philipp und Riedstadt

In Merxhausen und Haina wandelte Landgraf Philipp von Hessen 1533 zwei Klöster zu „Hohen Hospitälern“ um, drittes Hospital wurde 1535 die damalige Pfarrei Hofheim bei Darmstadt. Heute gehört das Zentrum für Soziale Psychiatrie Philippshospital territorial zum Ortsteil Goddellau in der Gemeinde Riedstadt. Wie für Merxhausen bestimmte Philipp, dass das Hofheimer Hospital bedürftige Frauen aus der ländlichen Bevölkerung aufnehmen solle. Sie kamen aus dem südlichen Bereich seines Herrschaftsgebietes, der früheren Grafschaft Katzenelnbogen um Darmstadt und St. Goar. In Haina wie auch den anderen Hospitälern orientierten sich Alltag und Ritus – modifiziert durch die Änderungen der Reformation – weiterhin am vormaligen klösterlichen Leben und stellten neben der Versorgung der bedürftigen Menschen die Seelsorge in den Vordergrund. In der Fachwelt wird dieser einmalige Hospitaltypus „Protestant Monastery“, also protestantisches Kloster, genannt, obwohl die eigentlichen Klöster ja durch die Reformation abgeschafft waren.
Christina Vanja/(jda)

Für die Menschen stets einen Schritt voraus sein

Annähernd fünf Jahrhunderte ließ denn auch LWV-Landesdirektor Lutz Bauer in seinem Beitrag Revue passieren: Dem „multifunktionalen“ Hospital der frühen Neuzeit, in dem mehr versorgt und betreut als behandelt und geheilt wurde, sei im 19. Jahrhundert unter dem ersten medizinischen Anstaltsleiter Dr. Franz Ludwig Amelung die Spezialisierung auf „Geisteskranke“ gefolgt. Amelung und seine Nachfolger hätten auf Zwangsmittel verzichtet und auf philanthropische Konzepte zurückgegriffen, die den kranken Menschen sowohl in Behandlung als auch bei der Unterbringung Ruhe, Ausgeglichenheit und Menschlichkeit vermitteln sollten. Von Philanthropie (Menschenliebe), so der LWV-Chef weiter, sei dann zu Beginn des unruhigen 20. Jahrhunderts nicht mehr viel zu spüren gewesen: Schon der Erste Weltkrieg habe eine angemessene psychiatrische Behandlung unmöglich gemacht – das Philippshospital wurde Militärlazarett – und auch in den Folgejahren hätten die Heilanstalten unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage gelitten. Schließlich habe das Philippshospital während der Zeit des Nationalsozia-

lismus sein dunkelstes Kapitel erlebt, als behinderte und kranke, alte und gebrechliche, aber auch sozial auffällige und missliebige Menschen bewusst aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wurden: „In vielen tausend Fällen mit einer menschenverachtenden und mörderischen Konsequenz“. Schätzungen zufolge seien etwa 2.400 Patienten und Bewohner des Philippshospitals zwischen 1940 und 1945 Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen geworden. Dies dürfe auch an einem Tag, an dem man überwiegend mit Stolz auf die Geschichte zurückblicke, nicht verschwiegen werden, sagte Bauer vor den Gästen des Philippshospitals. Aus der Geschichte abgeleitete Verantwortung habe sich in den Nachkriegsjahrzehnten darin gezeigt, dass das Philippshospital – gemeinsam mit dem aus der Region stammenden Politiker und Psychiatrieexperten Walter Picard – zum Vorreiter der Psychiatrie-Enquete wurde. Enthospitalisierung, Dezentralisierung, Einführung ambulanter Hilfen – alle fachlichen Neuerungen seien in Riedstadt frühzeitig umgesetzt worden. Dem Leitbild, einen Beitrag zur Lösung akuter



Gäste der Jubiläumsveranstaltung im Riedstädter Philipppshospital (1. Reihe v. l.): Gerald Kummer, Bürgermeister Riedstadt; Gerhard Thurn; Thomas Will, Erster Kreisbeigeordneter Landkreis Groß-Gerau; Liesel Thurn, Beigeordnete im LWV-Verwaltungsausschuss; Landesdirektor Lutz Bauer und Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der LWV-Verbandsversammlung.

sozialer und gesundheitlicher Probleme in der Gesellschaft leisten zu wollen, folge man auch bei den jetzt begonnenen Planungen für eine forensische Psychiatrie, schloss der LWV-Chef.

Gerechtigkeit als Maßstab

Landgraf Philipp hat Klöster und eine Pfarrei zu Hospitälern gemacht, eine Abkehr von christlichen Werten war aber damit nicht verbunden, im Gegenteil: Durch die Stiftung der Hospitäler sah Philipp einen Weg, der ihm zugefallenen individuellen Verantwortung für Menschen, die Hilfe benötigen, nachzukommen. Über die Jahrhunderte hinweg sei die christliche Haltung immer wieder Beweggrund für viele Menschen gewesen, sich für ihre Mitmenschen in Not einzusetzen, betonte Pfarrer Dr. Thomas Posern vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in seinem Vortrag. Heute bewegten auch nicht-religiöse und humanistische Motive die Menschen zu einem Einsatz für Menschen in Not, auch bezögen sich in kirchlichen Einrichtungen Mitarbeitende nicht immer unmittelbar auf theologische Lehren, die verantwortliche Wahrnehmung sozialer Aufgaben sei aber jenseits

gewandelter Haltungen den „säkularisierten Folgen des Christentums“ zuzurechnen. Wenn heute über die „Sozialen Aufgaben der Kirche“ – so der Titel des Vortrages – reflektiert werde, gelte es, „die Verbindung zwischen den Wurzeln des Glaubens und der Verantwortung für ‚das Soziale‘ im weitesten Sinne zu stärken.“ Verantwortung, so wie sie im Philipppshospital mit vielfältigen Aufgaben und durch die vielen professionell und ehrenamtlich Handelnden heute wahrgenommen werde. Verantwortung heiße – nach einem Bibelwort – noch immer: „Einer trage des anderen Last“ mit Konsequenzen, die auch auf Staat und Gesellschaft zu übertragen seien. Hier sah Posern eine Entwicklung, die Korrekturen verdient: „Seit Jahren erleben wir, dass ärmere Bevölkerungsschichten ärmer werden und auch die öffentlichen Hände verarmen und ihren sozialen und anderen Zukunftsaufgaben nicht mehr in ausreichendem Maße nachkommen können.“ Große Unternehmen und vermögende Privatpersonen entzögen sich ihrer Verpflichtung, mit der Folge einer wachsenden „Unterfinanzierung sozialer Arbeit“. Zu einer Sozialkultur, die das Bewusstsein gegenseitiger Verantwortung fördere, gehöre daher auch Steuergerechtigkeit und die Begren-

zung eines Denkens, alle öffentlichen Güter und Dienstleistungen zu Waren des marktwirtschaftlichen Systems zu machen. Aus diesem Grund hätten die christlichen Kirchen mit ihren Partnern vor wenigen Monaten eine „Hessische Sozialcharta“ verabschiedet.

Frisch aus der Druckerpresse

Die Jubiläumsveranstaltung wartete auch mit zwei nagelneuen Erzeugnissen aus der Druckerpresse auf: Eine Grafik zum Philipppshospital übergab der Gernsheimer Künstler und Grafiker Mario Derra an Betriebsleiter Kurt Ernst (siehe Umschlag). Dr. Sabine Trosse vom Funktionsbereich Archiv und Gedenkstätten der LWV-Hauptverwaltung stellte den pünktlich zu den Jubiläen herausgegebenen, voluminösen Sammelband zu Geschichte und Gegenwart des Philipppshospitals vor. Er wird in diesem LWV-Info von Dr. Peter Barkey besprochen. (jda)



Dr. Walter Fleischmann-Bisten

Im LWV-Info Nr. 4/2004 berichteten wir über die Gedenkveranstaltung „Wurzeln der ‚Euthanasie‘“ im ZSP Philipppshospital. Ein Foto zeigte jedoch nicht den Referenten dieser Veranstaltung, Dr. Walter Fleischmann-Bisten, Geschäftsführer des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, sondern den Redner der Jubiläumsveranstaltung, Dr. Thomas Posern. Wir bitten den Irrtum zu entschuldigen. (jda)



Kontinuität und Wandel eines psychiatrischen Zentrums

Verwaltung gekennzeichnet, aber auch durch die Umbenennung des „Landeshospitals Hofheim“ in „Großherzogliche Landesirrenanstalt Philipppshospital“ zum 400. Geburtstags des Stifters.

Stand um 1900 die Therapie als Wiederherstellung sozialer Ordnung im Vordergrund, die zeitbedingt heute kaum verstehbare Methoden wie Dauerbäder einbezog, treten schon vor 1930 erstmals sowohl Kinder und Jugendliche als spezielle Patientengruppen ebenso hervor wie die systematischen Versuche, auch für epileptisch Kranke außerhalb des Philipppshospitals eine gesonderte Einrichtung zu schaffen. Die „Euthanasie“ wird ausgehend von dem Mord an jüdischen Pflegekindern zum Thema, das anhand der Meldebogen der „T 4“-Aktion, der tatsächlichen Ermordung auf dem Eichberg, in Hadamar und Idstein konkretisiert wird. Aus heutiger Sicht erschreckende Details der bisher kaum bekannten damaligen Bürokratie und der Finanzierung zu Lasten oft genug der Herkunftskommunen kennzeichnen das unmenschliche System.

Differenzierung und Spezialisierung

Der Übergang zum Geschehen im 20. Jahrhundert gelingt durch einen Beitrag zur Schriftstellerin Elisabeth Langgässer und ihren teilweise vom Philipppshospital und dem Thema Geisteskrankheiten geprägten Arbeiten sowie über ausgewählte Bilder von Patienten, die das Verhältnis Therapie und Kunst im Philipppshospital beispielhaft an der Malerei abbilden. Der von den Klinikseelsorgern

gemeinsam verfasste Beitrag spannt den weiten Bogen von dem Hospitalalltag der reformatorischen Gründungszeit bis zur heutigen Situation, die nicht mehr durch einheitliche religiöse Bezugssysteme geprägt ist und trotzdem Fragen nach dem Lebenssinn und der Identitätsfindung einbeziehen will.

Die Vielzahl der seit der Psychiatriereform um 1970 feststellbaren Entwicklungsverläufe wird ausgehend vom Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen, der Differenzierung und Spezialisierung der Akutpsychiatrie bei geistig behinderten, chronisch psychisch behinderten Menschen bis hin zur Kinder- und Jugendpsychiatrie als jüngster Fachdisziplin in vielen Einzelbeiträgen referiert. Schließlich bieten die Einschätzung einer Angehörigen und die Übersicht über das umfassende Netz gesundheits- und sozialpolitischer Angebote im Landkreis Groß-Gerau, in dem das Zentrum für Soziale Psychiatrie Philipppshospital verankert ist, den inhaltlichen Schlusspunkt der Festschrift, die jetzt auch für Aus- und Weiterbildungsangebote genutzt werden kann.

Dr. Peter Barkey



Irmtraut Sahmland, Sabine Trosse, Christina Vanja, Hartmut Berger, Kurt Ernst (Hg.): „Haltestation Philipppshospital“. Ein psychiatrisches Zentrum – Kontinuität und Wandel 1535 - 1904 - 2004, Marburg 2004 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Band 10)

Angesichts der vielen Publikationen zum 500. Geburtstag Philipp des Großmütigen war es für die Herausgeber eine schwierige Aufgabe, diese eine Einrichtung von anfänglich vier „Hohen Hospitälern“ gesondert so zu präsentieren. Ohne Herausgeber und Autoren der über 30 Beiträge einzeln nennen zu können, darf festgestellt sein, dass einerseits die überregionalen Zusammenhänge, andererseits aber auch die regionalen Besonderheiten seit der Gründung exemplarisch prägnant hervortreten.

Schwierige Ausgangsbedingungen

In der gebotenen Kürze seien einige Themen skizziert: Die hessische Reformation und vorrangig das Reformationswerk Philipp des Großmütigen hat E. G. Franz, der als profunder Kenner der Landesgeschichte und insbesondere als Herausgeber der Dokumente zur Gründungsgeschichte der „Hohen Hospitäler“ ausgewiesen ist, dargestellt. Die schwierigen Anfangsbedingungen insbesondere für die säkularisierte Pfarrei Hofheim, die nur zögerliche Ablösung aus den bisherigen Besitzverhältnissen und die im Gegensatz zu Haina und Merxhausen vergleichsweise magere Ausstattung verhinderten anfangs eine ähnlich positive Entwicklung. Diese ist durch die über fast 300 Jahre andauernde gemeinsame

Psychiatrische Versorgung Wiesbaden: Krankenhauskonferenz kippt Konzept

Ein Blick zurück: Mitte Oktober des vergangenen Jahres hatte die Verbandsversammlung des LWV durch einen Beschluss ihre Bereitschaft bekundet, die klinisch-psychiatrische Versorgung für die Landeshauptstadt Wiesbaden zum 1. Januar 2005 vollständig zu übernehmen und dazu die notwendigen Plätze in Gebäuden der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH (HSK) zu schaffen. Im Endausbau sollten 160 Betten bzw. Plätze entstehen. Die Verbandsversammlung beschloss – ruhend auf den Ergebnissen vorangehender intensiver Beratungen – eine neue „Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Wiesbaden“ einzurichten, die als Betriebszweig des LWV-Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Rheinblick in Eltville geführt werden sollte. LWV-Vertreter hatten in den Verhandlungen zugesagt, dass ein provisorischer Betrieb bereits am 1. Januar 2005 beginnen könne.

Strategiewechsel

In den darauffolgenden Beratungen wird der LWV jedoch mit einer neuen Situation konfrontiert: Erstmals am 15. November trägt der Vertreter des Hessischen Sozialministeriums in einer Gesprächsrunde vor, dass das Ministerium einen krankenhausplanerischen Feststellungsbescheid lediglich für eine **Außenstelle** der Eltviller Klinik, nicht aber für eine Klinik Wiesbaden als **Betriebszweig** des ZSP Rheinblick erlassen könne. Der LWV geht hierauf ein, kündigt aber eine rechtliche Prüfung dieses Sachverhaltes durch die Hessische Krankenhausgesellschaft an und sieht sich später in seiner Auffassung bestätigt. Dem LWV wird vorgeworfen, bei den Verhandlungen eine „verwirrende Strategie“ zu verfolgen. Die Geschäftsführung der HSK kündigt einen an die Krankenhauskonferenz gerichteten Antrag an, die Bettenzahl der durch die HSK betriebenen psychiatrische Abteilung von 36 auf 105 Betten zu erhöhen. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer weist dies mit guten Argumenten zurück: „Ich bin verpflichtet, den einstimmigen, von allen LWV-Abgeordneten gefassten



Beschluss der Verbandsversammlung vom 13. Oktober 2004 auszuführen. Von diesem Auftrag bin ich nicht abgewichen, auch hat der LWV keinen Beschluss der örtlichen Krankenhauskonferenz umgangen.“ Von „Blockade und Verhinderung“ durch den LWV könne keine Rede sein, wohl aber vom Anspruch der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger auf eine psychiatrische Versorgung, die einschlägigen fachlichen und therapeutischen Standards entspreche.

Auf Kompromiss hingearbeitet

Dass der LWV keine Blockade betreibt, beweist er, indem er erneut das Gespräch mit den Kostenträgern sucht und auf einen Kompromiss bei der Frage der Budgetierung hinarbeitet. Diese Gespräche bringen erste Ergebnisse, dennoch wird der Antrag des LWV-Vertreters in der Sitzung der Krankenhauskonferenz, die Vorlage der HSK wegen der laufenden Verhandlungen auszusetzen, abgelehnt. Der Antrag der HSK zur Erweiterung des Versorgungsgebietes erhält eine Mehrheit, eine Abwägung zwischen beiden Alternativen, auch im Hinblick auf die Kosten, findet nicht mehr statt. Durch den Beschluss der Krankenhauskonferenz vom 17. Januar tritt nach Auffassung des LWV-Chefs nun das ein, was die Kostenträger eigentlich verhindern wollten: Durch die Aufteilung des Wiesbadener Versorgungsgebietes zwischen den Dr.-

Hat trotz der Entscheidung der Wiesbadener Krankenhauskonferenz eine Zukunft: Das Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick in Eltville.

Foto: ZSP Rheinblick

Horst-Schmidt-Kliniken und der psychiatrischen Klinik Eichberg des LWV wird es zwei getrennte Budgets mit voraussichtlich höheren Kosten geben. Verhandlungsziel für den LWV war die Budget-Vereinbarung für die psychiatrische Abteilung in Friedberg. Nach diesem Vorbild hätte auch die psychiatrische Versorgung für Wiesbaden in Trägerschaft des LWV auf einem zeitgemäßen Niveau und kostengünstig organisiert werden können.

Auch nach der für den LWV nachteiligen Entscheidung der Krankenhauskonferenz hebt Bauer hervor, dass für den LWV nach wie vor eine hochwertige psychiatrische Versorgung für die Menschen in Wiesbaden und im Rheingau-Taunus-Kreis im Mittelpunkt stehe. Auch trage der Verband Verantwortung für die Zukunft der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Für den uns verbleibenden Versorgungsbereich werden wir dafür Sorge tragen, dass psychisch kranke Menschen weiterhin auf fachlich hohem Niveau versorgt werden“, stellt der LWV-Chef klar. Sein Augenmerk werde der LWV auch auf den Erhalt der Arbeitsplätze der Eltviller Klinik legen. Betriebsbedingte Kündigungen werde es nicht geben. (jda)

Künftige forensische Kliniken in Bad Emstal

Weitere wichtige Schritte

Die Bedarfsprognose für den hessischen Maßregelvollzug sieht einen zügigen Ausbau der Kapazitäten an vorhandenen und neuen Standorten bis zum Jahr 2010 vor. Angesichts wachsender Patientenzahlen und komplexer Entscheidungsprozesse gibt es dabei keine Zeit zu verlieren. Für die künftigen Kliniken in Bad Emstal-Merxhausen und Riedstadt ist nun etwas Fortschritt spürbar.

suchtkranke Rechtsbrecher in Bad Emstal besteht aus zwei Teilmaßnahmen. In einem ersten Schritt wird die „Alte Schule“, ein denkmalgeschütztes Gebäude, saniert und so umgebaut, dass dort auf drei Ebenen 15 Plätze im offenen Therapiebereich entstehen. Hier werden nach dem Umbau suchtkranke Rechtsbrecher einziehen, die bereits den überwiegenden Teil ihrer Behandlung erfolgreich durchlaufen haben und auf die Entlassung vorbereitet werden. Be-

plätze in einem gesicherten Therapiebereich geplant. Die 84 neuen Behandlungsplätze für suchtkranke Rechtsbrecher in Bad Emstal sollen die stark überbelegte Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar entlasten. „Die neue Klinik in Bad Emstal wird dafür sorgen, dass wir den Maßregelvollzug in Hessen aufnahmefähig halten können und die angespannte Situation bei der Therapie und gesicherten Unterbringung suchtkranker Rechtsbrecher in Hessen spürbar verbessern. So wird die öffentliche Sicherheit in Hessen gestärkt“, erläuterte Landesdirektor Bauer anlässlich der Baustellenschild-Enthüllung.

Klinikleitung berufen

Nicht nur im Baubereich konnte der langersehnte Startschuss gegeben werden, auch traf der Verwaltungsausschuss des LWV im Dezember Personalentscheidungen für die Spitze der künftigen forensischen Klinik. Als Ärztliche Direktorin soll Birgit von Hecker die Klinik leiten. Sie war bisher in der Merxhäuser Allgemeinpsychiatrie als leitende Ärztin im Fachgebiet Suchttherapie tätig. Eine Zusatzausbildung in forensischer Psychiatrie mit Zertifizierung hat die Fachärztin für Psychiatrie und Neurologie bereits durchlaufen. Insbesondere durch ihre langjährigen Erfahrungen in der Behandlung und Betreuung von suchtkranken Patienten ist von Hecker für die neue Funktion bestens qualifiziert. Zum Krankenpflegedirektor wurde Dieter Sommer berufen, der diese Funktion auch weiterhin für die Allgemeinpsychiatrie ausüben wird. Mit Sommer übernimmt ein auch in Leitungsaufgaben erfahrener Krankenpflegeschef diese neue Herausforderung. Eine zusätzliche Aufgabe kommt auch auf Herbert Dreisbach, den Betriebsleiter des ZSP Kurhessen, zu: Neben seiner bisherigen Funktion wird Dreisbach als kaufmännischer Direktor für die neue forensische Klinik zuständig sein. Auch wenn der Betriebsbeginn noch in weiter Ferne liegt, ist die frisch gekürte Klinikleitung schon jetzt



Nach der Enthüllung des Baustellenschildes (v. l.): Herbert Dreisbach, Betriebsleiter des ZSP Kurhessen; Ingeburg Gründer-Schäfer, Vorsitzende der Betriebskommission des ZSP; Gerd Krämer, Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Eckhard Bräutigam, Bürgermeister von Bad Emstal.

Foto: Michael Grün

Zwei Bauabschnitte in Merxhausen

Mit der Enthüllung des Baustellenschildes vor dem historischen Gebäude „Alte Schule“ im LWV-Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen in Bad Emstal-Merxhausen haben Staatssekretär Gerd Krämer vom Hessischen Sozialministerium und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer gemeinsam Anfang November den Bau der Forensischen Klinik Merxhausen mit diesem symbolischen Akt gestartet.

Der Bau der Forensischen Klinik für

sondere bauliche Sicherungsmaßnahmen sind angesichts dieser therapeutischen Ausrichtung der offenen Station für die „Alte Schule“ nicht erforderlich. Die Kosten für den Umbau der „Alten Schule“ belaufen sich auf rund 3 Mio. €, von denen das Land Hessen rund 2,2 Mio. € finanziert.

In einem zweiten Bauabschnitt soll ein Neubau auf dem Gelände des ZSP mit insgesamt 69 Therapieplätzen entstehen. Davon sind 21 Plätze in einem stark gesicherten Aufnahme- und Rückverlegerbereich und 48

und Riedstadt: getan

gefragt: So gilt es beispielsweise ein Weiterbildungsprogramm für die künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maßregelvollzugs zu entwickeln, damit beim Klinikstart bestens qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Forensikbeirat für Riedstadt

Angst um die Kinder – vor allem solche Befürchtungen trieben Riedstädter Bürgerinnen und Bürger um, als sie sich im vergangenen Jahr in einem Bürgerentscheid gegen den Bau einer forensischen Klinik aussprachen. In vielen Gesprächen und Diskussionen boten LWV und Philipppshospital Information und Aufklärung an, doch deutliche Vorbehalte blieben bestehen. Eine Erkenntnis aus dem Bürgerentscheid war: Argumente von Gegnern und Skeptikern Ernst nehmen, nicht nachlassen mit einem umfassenden Informationsangebot, überall, wo es möglich ist, offen und transparent informieren. Darin haben sich die Verantwortlichen bei LWV und im Philipppshospital nicht erschüttern lassen, auch wenn mitunter Informationsangebote mit dem Unterton der Empörung ausgeschlagen werden. So lehnte die Wählergemeinschaft „Wir in Riedstadt“, als ihr wie allen kommunalen Fraktionen angeboten wurde, einen Vertreter für den neuzugründenden Forensikbeirat zu benennen, brüsk ab und fühlte sich durch dieses Angebot zu Information und Mitwirkung zusätzlich noch als „Handlanger des LWV“ missbraucht. Warum eigentlich? Forensikbeiräte sind keine Foren für Agitation und Propaganda, sondern Instrumente der Bürgerbeteiligung. So erläuterten auch LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Gerd Krämer, Staatssekretär aus dem Hessischen Sozialministerium, den Bürgerinnen und Bürgern ihr Grundverständnis, als der Forensikbeirat im Dezember zur ersten und konstituierenden Sitzung zusammenkam. Beide betonten, dass der Beirat schon jetzt seine Arbeit aufnehmen könne, damit er die weiteren planerischen Schritte intensiv und mit wachem Auge begleiten kann. Bei den jetzt beginnenden Pla-

nungen für die Klinik, stellte LWV-Chef Bauer klar, setze man auf einen transparenten Ablauf, zu dem auch der Beirat beitragen solle. Die Beiräte hätten sich an den hessischen Klinikstandorten in der kurzen Zeit ihres Bestehens als ein wichtiges Instrument, über Aufgaben und Ziele der forensischen Psychiatrie zu informieren und aufzuklären, erwiesen: „Die Erfahrungen, die wir bisher mit den Beiräten machen konnten, sind durchaus ermutigend. Die Beiräte können einen Beitrag dazu leisten, die Arbeit der Klinik in der Region zu verankern und Vorbehalte und Vorurteile zu erörtern.“ Die Mitglieder des Riedstädter Beirates wurden vom Verwaltungsausschuss des LWV berufen, allerdings nicht – wie sonst üblich – auf Vorschlag durch die Gemeinde, da sich die Gemeinde Riedstadt durch das Bürgerbegehren verpflichtet sieht, den Bau der Klinik nicht zu unterstützen. Der LWV hat die Mitglieder des Beirates deshalb durch Anfragen bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, aber auch durch einen Aufruf unter den Einwohnern gewonnen. Bei ihrer ersten Sitzung wählten die Mitglieder den evangelischen Pfarrer Frank Sticksel zum Vorsitzenden des Gremiums. Stellvertretender Vorsitzender ist Michael Pehle, Vertreter der katholischen Kirche im Beirat.

Aufklärungsarbeit fortgesetzt

Die Angst um die Kinder wird ernst genommen. Genau um dieses wich-

tige Signal ging es ZSP-Betriebsleiter Kurt Ernst, als er im Dezember die Leitungen der Riedstädter Kindergärten und Schulen eingeladen hatte, um über den momentanen Planungsstand zu informieren. „Es ist uns wichtig“, betonte Ernst vor den Pädagogen, „so viel Transparenz wie möglich in die Angelegenheit zu bringen. Wir wollen hier nichts verschweigen und geheim halten.“ Als wichtige Multiplikatoren in der Riedstädter Bevölkerung sieht auch der Ärztliche Direktor des Philipppshospitals, Prof. Dr. Hartmut Berger, das Leitungspersonal dieser Einrichtungen. „In diesen Gesprächen soll es nicht darum gehen, jemanden mundtot zu machen oder gar von einer Meinung überzeugen zu wollen, die er eigentlich gar nicht haben möchte. Vielmehr soll es darum gehen, mit Gerüchten und Halbwahrheiten besser umgehen zu können“, sagte Berger. Nur wer sich aus erster Hand informiere, wisse, wie es um den Bau der Forensischen Klinik bestellt sei. Nach einer sachlichen und für beide Seiten interessanten Diskussion wurde verabredet, die Gespräche fortzuführen. Ernst und Berger sagten zu, einer Vertreterin des Kindertagesstättenbeirates die Mitarbeit im Forensikbeirat zu ermöglichen. Auch wollen die Mitglieder der Betriebsleitung und andere Fachleute der Klinik Gespräche direkt in den Schulen und Kindergärten führen und stehen weiter für Informationen zur Verfügung. (jda)/(rvk)/Michael Spallek



Konstituierende Sitzung unter dem Weihnachtsbaum: Forensikbeirat für die künftige forensische Klinik in Riedstadt.
Foto: Michael Spallek



Werkstätten und Integrationsunternehmen – zwei Säulen des Arbeitsmarktes für Menschen mit Behinderungen, die tragen. Darüber können auch die wenigen Projekte nicht hinwegtäuschen, die – aus konjunkturellen Gründen oder auch wegen individueller Managementfehler – am Markt zu kämpfen haben. Im Gegenteil: Bei den Integrationsunternehmen ist es ja gerade die Gründungsidee, nah an den Märkten zu agieren. Dort muss dann mitunter die Geschäftsidee flexibel angepasst werden, wenn es die Marktsituation erfordert. Nicht selten auch im positiven Sinne: So beschäftigt das Integrationsunternehmen IFAB gGmbH fast 80 % behinderte Menschen, obwohl die gesetzliche Vorgabe bei nur 50 % liegt.

IFAB gGmbH: Neue Produktionshalle

In Runkel-Ennerich kann die IFAB Technik gGmbH eine neue Produktionshalle errichten. Einen Bewilligungsbescheid des LWV-Integrationsamtes über 681.000 € übergab im November anlässlich der Grundsteinlegung für das Bauvorhaben LWV-Landesdirektor Lutz Bauer an Harry Beck, Geschäftsführer des Unternehmens, und Werner Reingen, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Lebenshilfe Limburg gGmbH sowie der IFAB gGmbH. Mit der neuen Produktionshalle will die IFAB gGmbH ihre Produktion ausweiten und so neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen. Zum Kerngeschäft der Unterneh-

Feierstunde im Zelt (v.l.): LWV-Landesdirektor Lutz Bauer übergibt den Bewilligungsbescheid an Harry Beck, Geschäftsführer der IFAB gGmbH, und Werner Reingen, Aufsichtsratsvorsitzender der Lebenshilfe Limburg gGmbH sowie der IFAB gGmbH.

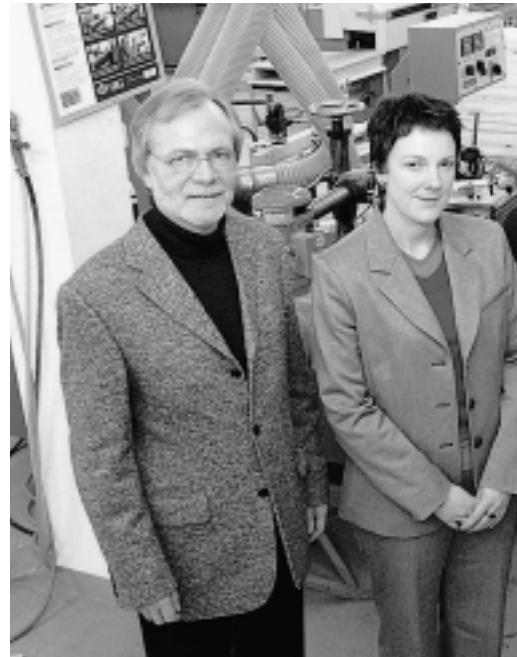
Foto: IFAB gGmbH

menstochter der Lebenshilfe Limburg e. V. gehört die lasergesteuerte Metallbearbeitung, weitere verwandte Tätigkeitsfelder kamen später hinzu. Gegenwärtig beschäftigt das Unternehmen 19 Mitarbeiter mit einer Behinderung und fünf nichtbehinderte Mitarbeiter. Durch den Bau der Produktionshalle soll die Beschäftigtenzahl auf mindestens 30 angehoben werden.

721.000 € für 3 Projekte in Waldeck-Frankenberg

„Aller guten Dinge sind drei“ – dieses Sprichwort galt auch Ende Dezember, als Dr. Wolfgang Werner, Geschäftsführer des Lebenshilfewerks Waldeck-Frankenberg e. V., Bewilligungsbescheide vom LWV entgegen nahm: Drei Projekte der Behindertenhilfe im Landkreis Waldeck-Frankenberg fördert das LWV-Integrationsamt mit insgesamt 721.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. „Wir unterstützen drei sehr unterschiedliche Projekte des Lebenshilfewerks. Alle LWV-Zuschüsse tragen wesentlich dazu bei, die Angebote für die behinderten Menschen in der Region zu sichern“, erläuterte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer. Ein Teil der Gelder fließt in die technische Ausstattung der Holzwerkstatt in Korbach. In der Holzwerkstatt sollen damit Anpassungen für einen neu gewonnenen Großkunden mitfinanziert werden. Positiver Effekt: Die Pro-

Säulen, LWV fördert Integrations



dukte, die künftig für einen Möbelhersteller gefertigt werden, bezog dieser bislang im Ausland, in der Holzwerkstatt können nun mindestens 40 Mitarbeiter beschäftigt werden. Ebenfalls in Korbach entsteht der Neubau einer Werkstatt für Menschen mit seelischer Behinderung mit bis zu 60 Plätzen. Die Lebenshilfe kann dann bisher angemietete unzureichende Räumlichkeiten verlassen. 11 statt bisher sechs Arbeitsplätze sollen zur Verfügung stehen, wenn der „Frankenauer Hof“, ein gastronomischer Betrieb mit Gästebetten, Tagungsbetrieb und Restaurant mit Mitteln des Integrationsamtes ausgebaut wurde. Die Küche beliefert auch externe Kunden.

„Dienstleistungszentrum“ in Langenselbold

Das Behinderten-Werk Main-Kinzig e. V. plant, auf dem Gelände „Am Bahnhof“ in Langenselbold eine Werkstatt für Menschen mit geistigen Behinderungen einzurichten. Die als „Dienstleistungszentrum Langenselbold“

die tragen –

Arbeitsplätze in Werkstätten und Unternehmen



Arbeitsplätze nach Deutschland zurückgeholt (v. l.): Dr. Wolfgang Werner, Geschäftsführer des Lebenshilfe-Werks; Kirsten Hille, Leiterin der Korbacher Werkstätten des Lebenshilfe-Werks; Christoph Hille, Fachbereichsleiter des Lebenshilfe-Werks, und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer. Foto: Johannes Fuhr

Die neue Werkstatt in Langenselbold soll mit einer produktionsorientierten Ausgangsgruppe errichtet werden und ist damit konzeptionell auf leistungsfähigere Werkstattbeschäftigte und deren Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgelegt. Als Arbeitsbereiche werden dort die Aktenvernichtung, ein Garten- und Landschaftsbau, ein Schulungszentrum, Montagebereiche, die Küche und die Logistikzentrale für den gesamten Träger angesiedelt. Durch das neue Dienstleistungszentrum wird die Überbelegung in den insgesamt 7 Werkstätten des Behindertenwerks abgebaut, auch kann ein nicht mehr ausreichend ausgestatteter Standort aufgegeben werden. Das Behindertenwerk investiert in die neue Werkstatt insgesamt mehr als 6,1 Mio. €.

14 neue Arbeitsplätze in Bad Arolsen

Mit 213.500 € fördert das Integrationsamt die Werkstatt für behinderte Menschen in Bad Arolsen, die damit 14 neue Arbeitsplätze für seelisch

behinderte Menschen ausstatten kann. Die Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe erhielt der Träger der Werkstatt, der Bathildisheim e. V. Den Bewilligungsbescheid überreichte ebenfalls im Januar LWV-Landesdirektor Lutz Bauer an Horst-Wilhelm Hensel, Vorstand des Bathildisheim e. V. „Wir freuen uns, dass wir die Erhöhung der Platzzahl der Werkstatt von 16 auf 30 genehmigen konnten und jetzt auch mit finanziellen Mitteln den Ausbau unterstützen. So können wir den Bedarf in der wohnortnahen Betreuung verbessern“, erklärte der LWV-Chef beim Termin.

Die 14 neuen Plätze werden am Standort in der Bathildisstraße in Bad Arolsen entstehen. Dort ist ein Anbau an die bestehende Werkstatt geplant, der im Lauf dieses Jahres fertig gestellt werden soll.

(jda)/(rvk)

Vor großen Plänen (v. l.): Erich Pipa, Erster Beigeordneter und Sozialdezernent des Main-Kinzig-Kreises; Doris Peter, Vorstand des Behindertenwerks Main-Kinzig e. V.; Joachim Schröck, Geschäftsleitung des Behindertenwerks, und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer. Foto: Behindertenwerk Main-Kinzig e. V.

geplante Werkstatt soll nach Fertigstellung über insgesamt 150 Arbeitsplätze in verschiedenen Dienstleistungs- und Produktionszweigen verfügen. Für dieses Investitionsvorhaben überreichte der LWV-Chef im Januar einen Bewilligungsbescheid über 2,77 Mio. € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe an Joachim Schröck, Mitglied der Geschäftsleitung des Behinderten-Werk Main-Kinzig e. V., und Doris Peter, die dem Vorstand des Vereins angehört. „Mit der neuen Werkstatt in Langenselbold können wir die langersehnte durchgreifende Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in den Werkstätten des Behinderten-Werks auf den Weg bringen“, sagte Bauer bei der Bescheidübergabe.



„Licht und Schatten“ – Sozialgesetzbuch Neue Rechtsgrundlage auch

Sie war zusammen mit der Reform der Leistungen bei Arbeitslosigkeit Teil eines Reformpaketes von über zehn Gesetzen, die Ende 2003 im Vermittlungsausschuss beraten und verabschiedet wurden: Die Sozialhilfe-reform. Seit dem 1. Januar dieses Jahres gilt es nun, das neue Sozial-gesetzbuch Teil XII (SGB XII), und löst das seit 1962 geltende Bundessozial-hilfegesetz (BSHG) ab. Geregelt werden darin neben der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Veränderungen ergeben sich insbesondere bei den Einkommens- und Vermögensgrenzen sowie bei der Heranziehung Unterhaltspflichtiger. Außerdem wurden die Vorschriften zum Persönlichen Budget durch das SGB XII weiterentwickelt. Was das neue Gesetz für behinderte Menschen und für den LWV bedeutet, darüber sprach LWV-Info mit Katharina Daume, Leiterin des Fachlichen Service SGB XII und derzeit auch kommissarische Leiterin der Steuerung des SGB XII-Bereichs, und ihrem Stellvertreter Neidhard Heinemann, zuständig für den Bereich „Grundsatzangelegenheiten“.

LWV-Info: Frau Daume, Herr Heinemann, seit Januar gilt das neue SGB XII – wie waren die Erfahrungen mit dem alten BSHG und warum wurde es nun in das Sozialgesetzbuch eingegliedert?

Neidhard Heinemann: Wir haben über viele Jahrzehnte mit dem Bundessozialhilfegesetz gelebt und danach gearbeitet. Das BSHG hatte mit Inkrafttreten im Jahr 1962 den alten Fürsorgegedanken abgelöst – und das war ein großer Schritt nach vorn: Das „Verteilen von Almosen“ wurde abgelöst durch einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, die Grundbedürfnisse der Menschen sollten mit dem Gesetz abgedeckt werden. Diese Aufgabe hat das BSHG über die Jahrzehnte auch gut erfüllt. Es kam dann aber, was die Begrifflich-

keiten und die Modalitäten betrifft, ein wenig in die Jahre. Deshalb war es richtig, das BSHG abzulösen und es in das Sozialgesetzbuch für die Bundesrepublik Deutschland einzuordnen.

Katharina Daume: Die Teile des SGB sind jetzt aufeinander abgestimmt, wobei das alte BSHG eingeordnet worden ist – aufgeteilt in das SGB XII für die Nichterwerbsfähigen und in das SGB II für die Erwerbsfähigen. Außerdem wurden die Sprachregelungen in den einzelnen Teilen einander angepasst. Und die Struktur des SGB XII ist klar erkennbar.

LWV-Info: Was sind die wesentlichen Änderungen in den für den LWV wichtigen Bereichen?

Katharina Daume: Änderungen gibt es bei den Einkommens- und Vermögensgrenzen, ebenso im unterhaltsrechtlichen Bereich. Auch wurden, beispielsweise im § 97, die Zuständigkeiten klar und eindeutig geregelt: So wird ab 2007 der überörtliche Träger der Sozialhilfe voll umfassend zuständig sein für die Eingliederungshilfe, für die Hilfe zur Pflege, für Hilfen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und für die Blindenhilfe. Diese Zuständigkeit ist in Hessen allerdings durch das Ausführungsgesetz zum SGB XII verändert worden. Neu ist auch eine Darlehensregelung für die Zuzahlungen im Gesundheitswesen, das ist beispielsweise die Praxisgebühr. Überdies sind die Regelsätze angepasst worden – dafür sind allerdings die Weihnachtsbeihilfe und viele einmalige Beihilfen für Bekleidung, Hausrat etc. weggefallen. Und nicht zuletzt ist das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingearbeitet worden.



Katharina Daume

LWV-Info: Was bedeuten die Leistungsänderungen für die Betroffenen?

Katharina Daume: Zum Beispiel sind die Einkommensgrenzen herabgesetzt worden: von 853 auf 690 €. Dadurch werden diejenigen, die kurzfristig stationär untergebracht werden, früher in Anspruch genommen. In der Vergangenheit hatten wir unterschiedliche Grenzen, nun gibt es nur noch eine einheitliche Einkommensgrenze.

LWV-Info: Hat der Gesetzgeber versucht, diese Belastungen durch den Einsatz eigenen Einkommens abzumildern?

Neidhard Heinemann: Um die Belastungen zumindest für Menschen, die blind oder schwerstpflegebedürftig sind, etwas abzumildern, hat der Gesetzgeber in das SGB XII aufgenommen, dass diese Personen aus ihrem Einkommen, das über der

SGB XII löst Bundessozialhilfegesetz ab für die Eingliederungshilfe

Einkommensgrenze liegt, nicht zu 100 Prozent, sondern zu höchstens 40 Prozent in Anspruch genommen werden dürfen. Also bleibt diesem Kreis der Hilfeempfänger 60 Prozent des über der Einkommensgrenze liegenden Anteiles zu seiner Verfügung. Ansonsten sind es bei langfristigen Aufhalten in stationären Einrichtungen, das heißt, länger als ein halbes Jahr Betreuungsbedürftigkeit, 100 Prozent, bei kurzfristigen Aufhalten 80 Prozent. Außerdem ist die Vermögensgrenze von 2.301 auf 2.600 € heraufgesetzt worden.

Katharina Daume: Neu ist auch, dass der so genannte Zusatzbarbetrag, das ist eine besondere Form des Taschengeldes in Höhe von maximal rund 30 €, den die Lei-

ligen, künftig wegfällt. Die Menschen, die diesen Zusatzbarbetrag bis Jahresende bekommen haben, erhalten ihn zwar weiterhin, bis sie aus der Einrichtung herausgehen, hingegen nicht diejenigen, die neu leistungsbe-rechtigt sind. Das heißt, es können sich in einer Einrichtung Menschen befinden, die den Zusatzbarbetrag noch erhalten und andere, die nichts mehr bekommen. Das ist allerdings nicht besonders förderlich für den Heimfrieden.

LWV-Info: Stichwort Grundsicherung, was hat sich in diesem Bereich verändert?

Neidhard Heinemann: Der Gesetzgeber hat mit der neuen Sozialgesetzgebung zwei Bereiche der Grundsicherung geschaffen: Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die sich jetzt im Kapitel IV des SGB XII wiederfindet, und die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Für diesen Bereich ist ein eigenständiges Leistungsgesetz innerhalb des SGB geschaffen worden, nämlich das SGB II, die so genannte Hartz IV-Gesetzgebung.

Das Kapitel IV im SGB XII soll im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung vor Armut schützen, also die Grundabsicherung der Menschen sicher stellen, die nicht oder zu wenig eigene Alters- oder Rentenansprüche erworben haben, und ist somit das Auffangnetz für die Menschen, die durch die sozialen Sicherungssysteme gefallen sind oder von ihnen nur unzureichend getragen werden.

Mit den Leistungen nach SGB II haben wir, was die Ausführung des Gesetzes anbelangt, nichts zu tun. Wir nehmen aber das Arbeitslosengeld II in Anspruch, wenn diejenigen, die diese Leistungen bekommen, wegen einer Eingliederungshilfemaßnahme oder Hilfe zur Pflege stationär betreut werden. Das Arbeitslosengeld II wird wie ein Arbeitseinkommen behandelt. Mit dem Bereich, der im Kapitel IV des SGB XII geregelt wird, haben wir allerdings sehr viel zu tun,

jedenfalls für den Personenkreis, der sich stationär in Betreuungseinrichtungen befindet, die vom LWV als überörtlichem Sozialhilfeträger finanziert werden. Für diesen Personenkreis sind wir auch Grundsicherungsträger.

LWV-Info: Gibt es im neuen SGB XII innovative Ansätze?

Katharina Daume: Ja, durchaus, und zwar beim so genannten Persönlichen Budget. Persönliches Budget heißt, die Leistungsempfänger bekommen ein bestimmtes Budget, über das sie selber verfügen und sich ihre Hilfen, also die Leistungen, die sie persönlich benötigen, selber organisieren können. Zuvor wird eine Zielvereinbarung getroffen, in der u. a. festgelegt wird, wofür die Gelder verwendet werden und welche Nachweise erbracht werden müssen. Ein solches Persönliches Budget haben viele Behindertenorganisationen gefordert, aber diese Möglichkeit wird noch nicht sehr häufig in Anspruch genommen.

LWV-Info: Woran liegt das?

Katharina Daume: Das kann an der gesetzlichen Ausgestaltung liegen oder aber auch an anderen Hindernissen, vielleicht daran, dass manche sich die benötigten Hilfen gar nicht organisieren können. Manche sind vielleicht auch abgeschreckt, eine bindende Zielvereinbarung unterschreiben zu sollen, aber das ist jetzt Spekulation. Die Umsetzung muss auch erst mal anlaufen.

LWV-Info: Zum Persönlichen Budget gibt es in Hessen ja auch zwei Bundesmodellprojekte – wird sich der LWV daran beteiligen?

Katharina Daume: Die Bundesmodellprojekte werden in den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Groß-Gerau durchgeführt. Das Land hat sich ebenfalls als Projektleiter einge-



Neidhard Heinemann

Fotos: Jörg Daniel

stungsberechtigten bekommen, wenn sie sich mit eigenem Einkommen an den Kosten der Hilfe zur Pflege oder der Eingliederungshilfe betei-

schaltet. Mit dem LWV soll eine Vereinbarung erarbeitet werden, wie er sich einbringen wird. Dazu gab es bereits eine Besprechung im Januar, eine weitere war für den 3. März geplant.

LWV-Info: Ein innovativer Schritt wäre auch gewesen, ein eigenständiges Leistungsrecht für die Eingliederungshilfe zu schaffen ...

Neidhard Heinemann: Ja, wir hatten uns eigentlich erhofft, dass – wenn jetzt nun schon mal eine grundlegende Neuordnung des Sozialhilferechts und des Sozialrechts vorgenommen wird – auch auf die seit langem erhobene Forderung der überörtlichen Sozialhilfeträger eingegangen wird, ein eigenständiges Leistungsrecht für die Eingliederungshilfe zu schaffen. Das wäre wirklich ein innovativer Schritt nach vorne gewesen. Aber dazu hat sich der Gesetzgeber, wohl aus finanziellen Gründen, nicht durchringen können.

Hintergrund unserer Forderung: Im Bereich der Eingliederungshilfe steigen die Fallzahlen und damit auch die Kosten exorbitant. Das hat auch damit zu tun, dass durch das NS-Regime und durch die NS-„Euthanasie“-Morde ganze Jahrgänge von Behinderten fehlen, so dass die Alterspyramide hier immer noch im Aufbau begriffen ist. Dies und andere Gründe führen dazu, dass wir in der Eingliederungshilfe jedes Jahr über 1.100 Fälle dazu bekommen. Das stellt alle Sozialhilfeträger vor enorme finanzielle Herausforderungen. Die Finanzierung dieser Hilfe macht allen Trägern sehr zu schaffen. Angesichts dessen hätten wir uns ein eigenständiges Leistungsgesetz des Bundes – auch mit Beteiligung des Bundes an der Finanzierung – wirklich erhofft, aber dazu ist es leider nicht gekommen.

So beschränken sich die innovativen Ansätze im SGB XII auf die Ausweitung des Persönlichen Budgets, viel mehr Innovatives kann man nicht feststellen.

LWV-Info: Welche Auswirkungen hat das neue SGB XII auf die Arbeit in den Zielgruppenmanagements des LWV?

Katharina Daume: Da das neue SGB XII eine völlig andere Systema-



tik hat, findet man nichts mehr an der alten Stelle. Es ist ein völlig neues Gesetz, das auch unsere Sachbearbeiter erlernen und verinnerlichen müssen. Nicht nur die Sprachregelungen sind neu, auch die ganzen Bezugsparagrafen haben sich geändert. Darüber hinaus stehen einige Bestimmungen zwar nicht mehr an der alten Stelle, haben sich aber inhaltlich nicht oder nur unwesentlich geändert. Und bei anderen Bestimmungen haben sich nicht nur die Bezugsparagrafen geändert, sondern auch die Inhalte. So ist es schon eine gewaltige Aufgabe für die Einzelfallsachbearbeiter, sich auf das neue Gesetz einzustellen.

LWV-Info: Wie haben Sie sich auf die Gesetzesänderung vorbereitet?

Katharina Daume: Umfassende Vorbereitungen gab es zuerst in unserem Bereich, dem Fachlichen Service. Wir mussten uns ja erst mal selber informieren, dazu gab es unter anderem zwei Klausurtagungen im April und im Oktober vergangenen Jahres. Da haben wir das alte BSHG und das SGB XII sowie das Ausführungsgesetz zum SGB XII gegenübergestellt, Änderungen zusammengetragen, und auch die vier Schulungen entwickelt, in denen die Sachbearbeiter vorbereitet wurden. Dann mussten die Rundschreibensammlung geändert und das gesamte Texthandbuch überarbeitet werden, da sind wir auch immer noch dabei. In Papier ausgedruckt umfasst das so genannte Texthandbuch, also die Vordrucke, die den Sachbearbeitern die Textverarbeitung und die Beschei-

Viele Änderungen im Detail: Katharina Daume, Leiterin des Fachlichen Service SGB XII; Neidhard Heinemann, ihr Stellvertreter, und LWV-Info-Mitarbeiterin Gundula Zeitz.

Foto: Jörg Daniel

derteilung erleichtern, einen prall gefüllten Aktenordner. Auch die Bescheide selbst mussten/müssen neu konzipiert werden. Und dann noch die Neuregelung im Betreuten Wohnen, ja, das war schon eine Mammutaufgabe. Wir stehen übrigens vor den nächsten Änderungen: Es wird wahrscheinlich ein Verwaltungsvereinfachungsgesetz geben, welches das SGB XII noch einmal verändern wird, rückwirkend zum 1.1.2005. Das heißt, wir gehen davon aus, dass noch mal einige – wenn auch kleinere – Anpassungen vorgenommen werden müssen.

LWV-Info: Wie verlief die Einführung des SGB XII beim LWV in den ersten Wochen?

Neidhard Heinemann: Wir sind mit der Einführung und Umsetzung eigentlich erst mal zufrieden, das ist relativ ruhig gelaufen. Aber es kann ja durchaus noch einiges nachkommen, Probleme, die sich nach und nach aus der Rechtsanwendung ergeben.

LWV-Info: Frau Daume, Herr Heinemann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Gundula Zeitz/(jda)

Hessisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen verabschiedet

Einen wichtigen Baustein der Behindertenpolitik sieht Hessens Sozialministerin Silke Lautenschläger durch das im vergangenen Dezember nach intensiver Beratung durch den Hessischen Landtag verabschiedete Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gesetzt.

Das mit den Stimmen der Abgeordneten von CDU und FDP beschlossene Gesetz sei ein richtiger Schritt, „um die Lebenssituation der behinderten Menschen zu verbessern und ihnen gleiche Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Hessen zu eröffnen“, sagte die Ministerin. Die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen votierten gegen die Gesetzesvorlage, die sie für „unzureichend und unverbindlich“ halten. Durch das Gesetz sehen sie für andere Bundesländer bereits festgeschriebene Standards nicht erreicht. Insbesondere wandten sich die Fraktionssprecher gegen eine Ausklammerung der Kommunen als verbindliche Adressaten der Gleichstellungsmaßnahmen, diese seien jedoch – so die Sozialministerin – über das Instrument der Zielvereinbarungen an der Umsetzung des Gesetzes beteiligt. Das neue Gesetz setze nun den im Grundgesetz verankerten Gleichstellungsgrundsatz im hessischen Recht um.

Maßnahmenkatalog

Das Gesetz beinhaltet Maßnahmen zur Gleichstellung behinderter Menschen, die im ersten Artikel des Gesetzes fixiert sind. Ziel des Gesetzes ist danach, die Benachteiligung behinderter Menschen zu beseitigen und zu verhindern. Behinderte Menschen sollen am Leben in der Gesellschaft teilhaben und selbstbestimmt leben können. Das Gesetz verpflichtet das Land und seine Behörden, Einrichtungen etc., künftig eine barrierefreie Informationstechnik einzuführen. Dadurch soll erreicht werden, dass Internetseiten auch von behinderten Menschen möglichst uneingeschränkt genutzt werden können. Das Land erkennt ab sofort die deutsche Gebärdensprache als „eigenständige Sprache“ an. Folge: Im Verkehr mit den Landesdienststellen können Hörbehinderte und Men-

schen mit eingeschränkter Sprechfähigkeit die Gebärdensprache benutzen, ggf. unter Einsatz von Dolmetschern. Auch bei Wahlen müssen die entsprechenden Hilfsmittel, so zum Beispiel Schablonen für blinde Menschen, bereitgehalten werden.

Mit dem Gleichstellungsgesetz hat sich das Land auch zur Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr verpflichtet. Bei Neu- oder größeren Um- und Erweiterungsbauten müssen die Bauherren dafür Sorge tragen, dass der Grundsatz der Barrierefreiheit umgesetzt wird.

Ebenfalls neu: Das Verbandsklagerecht ermöglicht es den anerkannten Verbänden für behinderte Menschen, bei Verstößen gegen das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen Klage zu erheben.

Barrierefreiheit auch Ziel für Kommunen

Mit einer Demonstration vor dem Landtag haben Behindertenverbände am Tag der Verabschiedung kundgetan, dass sie mit dem Gesetz nicht einverstanden sind. Im Fokus der Kritik stand auch hier die Ausklammerung der Kommunen, da gerade die kommunalen Stellen von den behinderten Menschen häufig aufgesucht werden müssten oder für öffentlichen Nahverkehr Barrierefreiheit unentbehrlich sei.

Barrierefreiheit ist jedoch für die Kommunen auch ohne gesetzlichen Zwang stetes Ziel. An vielen Stellen sind bereits erfolgreich Barrieren gefallen, sind die Vorgaben in Planungen für öffentliche Einrichtungen eingeflossen. Am gleichen Ziel arbeitet auch der LWV: Die 2003 eröffnete Service- und Beratungsstelle für Rehabilitation ist für Rollstuhlfahrer bequem zu erreichen. Das Internet-



Vermittelte einen Eindruck von den Schwierigkeiten im Alltag behinderter Menschen: Rollstuhlparcours am LWV-Stand beim Hessentag in Heppenheim. Foto: LWV Pressestelle

angebot www.lwv-hessen.de entspricht dem allgemeinen Standard „W3C/WAI-AA“. Der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für behinderte Menschen, Friedel Rinn – durch das Gesetz mit einem erweiterten Aufgabenbereich versehen –, brachte es während der Beratungsphase bei einer Hessentags-Veranstaltung auf den Punkt: Mit dem Gesetz komme man einen ganzen Schritt weiter, am Endpunkt einer völligen Gleichstellung behinderter Menschen sei man freilich noch nicht angelangt.

Stefan Laupichler/(jda)

„Gebt ihnen ihre Namen

LWV-Gedenkstätte Hadamar stellt erste Ergebnisse des Projektes zur Opferliste

Über 15.000 behinderte, kranke, schwache und alte Menschen wurden in der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar wegen ihres körperlichen oder geistigen Zustandes zwischen 1941 und 1945 auf grausame Weise umgebracht. Sie galten dem NS-Regime als „lebensunwert“ und wurden Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen. Vernichtet wurde vom NS-Regime nicht nur die physische Existenz der Menschen, auch Namen und Biografien sollten für immer ausgelöscht bleiben. Es sollte sein, als hätten die Menschen nie gelebt. Um das Gedenken jedes einzelnen Opfers der „Euthanasie“-Verbrechen in Hadamar zu ermöglichen, hat die vom LWV getragene Gedenkstätte vor rund zweieinhalb Jahren begonnen, eine umfassende Opferliste zu erstellen, die Grundlage für ein Gedenkbuch des Memorials werden soll. In einer Gedenkveranstaltung wurden im Januar erstmalig Ergebnisse des Projektes vorgestellt.

Anonymes Gedenken nicht ausreichend

„Heute vor 64 Jahren begannen die ‚Euthanasie‘-Morde in Hadamar, die erst mit dem Einmarsch der amerikanischen Truppen im März 1945 enden sollten. Dazwischen lagen mehr als vier Jahre grausamer Verbrechen gegen wehrlose behinderte, kranke und schwache Menschen“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer in seiner Ansprache. Der LWV habe seit seiner Gründung in 1953 dieser schrecklichen Ereignisse gedacht und in Hadamar und an vielen anderen Plätzen Gedenkorte eingerichtet, darunter die hiesige zentrale Gedenkstätte. In den Anfangsjahren sei dabei, aus dem Zeitgeist heraus, das anonyme, abstrakt gehaltene Bekennen von Verantwortung bevorzugt worden. So würden das Relief im ehemaligen Haupteingang und die Stele auf dem Friedhof nicht verraten, an welche Opfer und welche Verbrechen erinnert werden solle.



Heute aber genüge anonymes Gedenken nicht mehr: Angehörige, betroffene Einrichtungen, auch Städte und Gemeinden wollten die Schicksale ihrer ehemaligen Patienten, Bewohner und Mitbürger aufgeklärt sehen. „Mit der Opferliste soll den ermordeten Menschen ihre Würde zurückgegeben werden, und das geplante Opferbuch soll – in symbolischer Form – die letzte Ruhestätte ersetzen, die den meisten dieser Menschen durch ihre Mörder bewusst vorenthalten wurde“, so Bauer weiter.

Projekt Opferliste/Gedenkbuch

- Mit Unterstützung des Landes Hessen begann 2002 das Projekt „Opferliste/Gedenkbuch“, dessen Ziel es ist, Namen und Daten aller rund 15.000 Opfer der damaligen Landesheilanstalt in einer Datenbank zu erfassen und unter Wahrung der Datenschutzbestimmungen ein Opferbuch zu erstellen.
- Die Daten wurden Patientenakten, die im Bundesarchiv Berlin und der Gedenkstätte verwahrt werden, dem Hauptkrankenbuch und dem Sterbeverzeichnisbuch der ehemaligen Anstalt Hadamar für die Jahre 1944/45 sowie Transportlisten oder Abgangsbüchern der ehemaligen Zwischenanstalten entnommen. Ausgewertet werden sollen auch Sterbebücher des Standesamtes der Stadt Hadamar.
- Für die Zukunft ist die Anlage eines Gedenkbuches geplant. Als Teilergebnis wurde die Liste der 1941 in Hadamar durch Gas ermordeten Patienten vorgestellt. Sie enthält fast alle 10.000 Opfer.
- Die Opferliste ermöglicht es, den bisher anonym gebliebenen Opfern ihre Namen zurück zu geben und dient auch der pädagogischen Arbeit. Anfragen von Angehörigen und aus der historischen Forschung können schneller beantwortet werden. Es ist auch der Wunsch der Angehörigen, dass der Opfer namentlich gedacht wird.

Doppelte Stigmatisierung

Dr. Georg Lilienthal, Leiter der Gedenkstätte, wies bei der Vorstellung der Ergebnisse des Projektes darauf hin, dass das Gedenken an die „Euthanasie“-Opfer schwerer als bei anderen Opfergruppen in Gang gekommen sei: Zum einen hätten nur wenige Menschen die „Euthanasie“-Aktionen überlebt, zum anderen hätten Überlebende wie auch Familien

zurück"- te und zum Gedenkbuch vor



Protagonisten der Gedenkveranstaltung (v. l.): Dr. Christina Vanja, Leiterin des Bereichs Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen beim LWV; Margret Hamm, Geschäftsführerin des Bundes der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten e. V.; Bettina Winter, Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Dr. Georg Lilienthal, Leiter der Gedenkstätte und Prof. Dr. Werner F. Kümmel, Beiratsvorsitzender des Gedenkstätten-Fördervereins.

der Opfer mit dem Stigma der „Geisteskrankheit“ kämpfen müssen: „Die Betroffenen schwiegen, weil sie nicht ein zweites Mal stigmatisiert werden wollten. Oftmals schwiegen auch ihre Familien aus Scham über den vermeintlichen Makel.“ Der „Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten“ sei erst 1986 gegründet worden, zu einem Zeitpunkt, an dem bereits viele Überlebende verstorben waren. Lilienthal zitierte aus einem Schreiben, das die Gedenkstätte erst vor wenigen Tagen erreicht habe: „Wir ließen uns ... die Krankenunterlagen ... kommen und studierten sie gründlich und gewis-

Veranstaltungen in der Gedenkstätte

Die Gedenkstätte Hadamar ist Dienstag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr, am Freitag von 9 bis 13 Uhr sowie jeden ersten Sonntag im Monat von 11 bis 16 Uhr geöffnet. An diesen Sonntagen findet um 14.30 Uhr eine öffentliche Führung statt. Neben den regulären Öffnungszeiten bietet die Gedenkstätte 2005 eine ganze Reihe von Sonderveranstaltungen an. Vom 22. bis 24. April lädt die Gedenkstätte Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren zu einem Wochenendprojekt ein. Dabei sollen Ereignisse der „Euthanasie“-Verbrechen mit kindgerechten Methoden betrachtet und bewertet werden. Eine Sonderausstellung über Janusz Korczak wird vom 1. April bis zum

20. Mai in der Gedenkstätte zu sehen sein. Mehrere Veranstaltungen knüpfen an diese Sonderausstellung an. Eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrer/innen wird am 6. Oktober angeboten. Sie soll sich um Fragen von individuellen Entscheidungen im Alltag des Nationalsozialismus drehen und wird in Zusammenarbeit mit dem Fritz-Bauer-Institut durchgeführt. (jda)



INFO

Das gesamte Veranstaltungsprogramm für 2005 finden Interessierte im Internet unter www.gedenkstaette-hadamar.de. Es kann als Faltblatt angefordert werden bei: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel.: 0 54 33 / 9 17 – 1 72

senhaft. Das hat uns alle sehr erschüttert, nicht nur die Krankheit, sondern auch das würdelose Ende. Wir haben erst dadurch in das Leben dieses Menschen Einblick erhalten, denn es wurde in unserer Familie stets ausgeklammert. Wir haben erst

jetzt bewusst unsere Großmutter in unsere Familie integrieren können.“ Nach den Redebeiträgen verlasen Schülerinnen der Theodor-Heuss-Schule aus Limburg ausgewählte Opfernamen und stellten drei Patientenschicksale vor. (jda)



Die Opfer der Anonymität entreißen: Schülerinnen der Theodor-Heuss-Schule stellten Patientenschicksale vor. Fotos: Helmut Zimmermann

„Benchmarkingbericht 2004“: LWV im bundesweiten Vergleich vorn

Seit sieben Jahren führen die überörtlichen Träger der Sozialhilfe in Deutschland ein bundesweites „Benchmarking“ durch. In diesem Jahr erschien der dritte Bericht. Das Benchmarking gibt den teilnehmenden Institutionen Kennzahlen an die Hand, mit denen sie sich mit Anderen vergleichen sowie ihre eigenen Strukturen und Prozesse kritisch hinterfragen können. Die Daten sind wichtige Steuerungsinformationen, um eigene Entwicklungspotenziale erkennen zu können. Wohnen und Werkstätten für behinderte Menschen werden in den Kennzahlenvergleich einbezogen. Der jüngste Bericht enthält Kennzahlen zu den leistungsberechtigten Personen sowie zur Entwicklung der Kostenstruktur von 1998 bis 2002. Eindrucksvoll bestätigt er den vom LWV erfolgreich eingeschlagenen Weg der Kostendämpfung beim Wohnen für Menschen mit Behinderungen: Die Kostensteigerungen zeigen für Hessen – um die Fallzahlsteigerungen bereinigt – den niedrigsten Wert eines Flächenlandes und unterschreiten den Bundesdurchschnitt um mehr als die Hälfte.

Bundesweite Trends

Bundesweit setzen die Träger der überörtlichen Sozialhilfe seit Jahren auf den Ausbau des Betreuten Wohnens, dennoch findet in der stationären Eingliederungshilfe noch ein Platzausbau statt. Die Tendenz ist dabei leicht abnehmend: Eine Steigerung wurde lediglich für Erwachsene, nicht aber für Minderjährige festgestellt. Parallel dazu ist das Betreute Wohnen in fast allen Ländern mit einer Steigerungsrate von 10 % von 1998 bis 2002 stark ausgebaut worden, während die Ausgaben in der stationären Eingliederungshilfe im Fünfjahreszeitraum bundesweit um 7 % wuchsen. Wichtig für künftige Planungen: Der steigende Anteil älter werdender behinderter Menschen – vor allem in Werkstätten und Betreutem Wohnen – muss bei der Planung tagesstrukturierender Maßnahmen berücksichtigt werden.

Auch in den Werkstätten für behinderte Menschen fand bundesweit ein Platzausbau statt. Hier verzeichneten die Träger der Eingliederungshilfe in den letzten Jahren Steigerungen von durchschnittlich 3,5 % bei leicht fallender Tendenz. Höher lag die durchschnittliche Steigerung der Fallzahlen: Sie lag bei 4,3 %, bei der Gruppe schwerstbehinderter Menschen sogar bei 7 %. Wachstum auch bei den Ausgaben für die Werkstätten: Sie stiegen im Fünfjahreszeitraum bundesweit um 7, für den Schwerstbehindertenbereich um mehr als 10 %. Aufgrund des Nachrangigkeitsgrundsatzes der Sozialhilfe muss der Kostenträger prüfen, ob die entstandenen Kosten durch andere Einnahmequellen der Leistungsbezieher (teilweise) aufgefangen werden können. Für die Einnahmen ergab die Untersuchung, dass diese im Zeitraum 2000 bis 2002 bei nahezu allen Teilnehmern gestiegen sind; größtenteils wegen Änderungen im Wohngeldrecht und bei Unterhaltszahlungen nach SGB IX, Steigerungen ergaben sich aber auch im Bereich der Ren-

ten. Sofern der Wohngeldanspruch für behinderte Menschen in stationären Wohneinrichtungen durch erneute Änderung des Wohngeldgesetzes entfallen sollte, befürchten die überörtlichen Träger der Sozialhilfe Einnahmeverluste von rund 7,5 %.

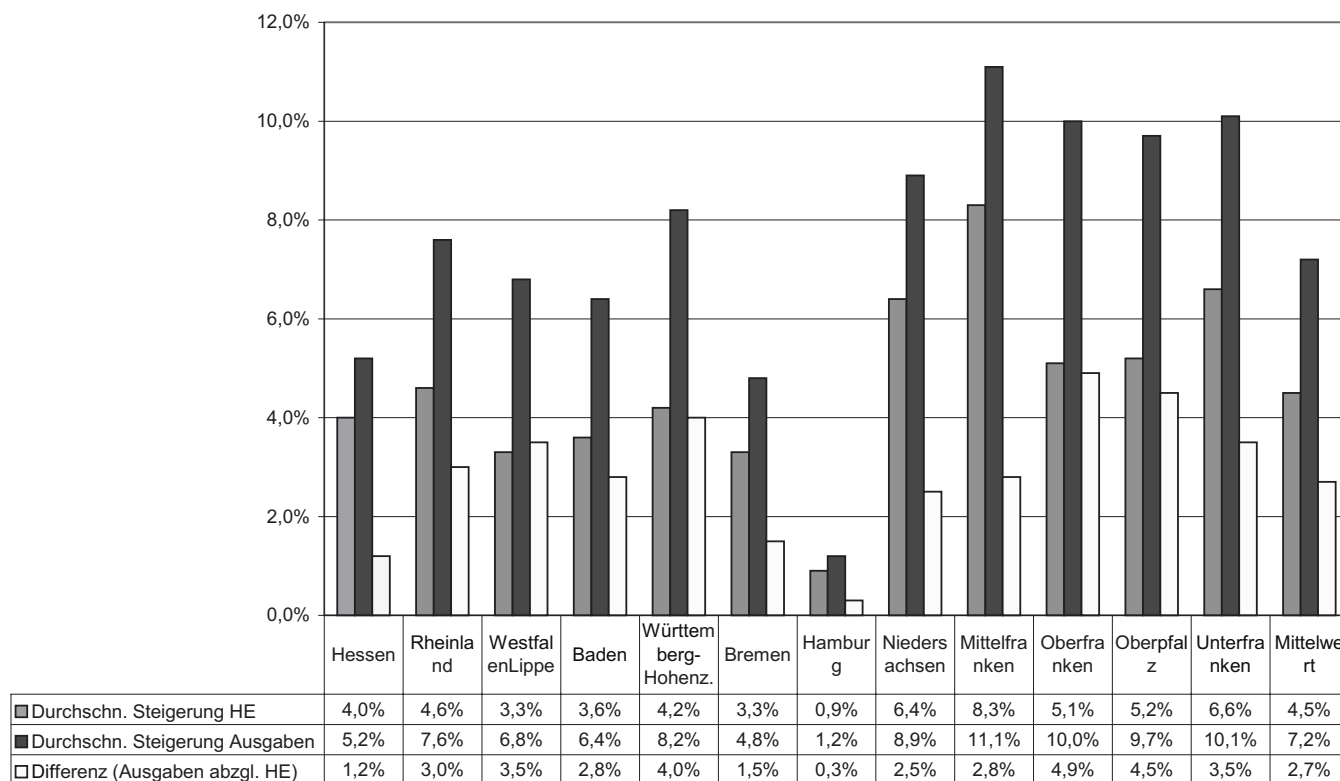
Wirksame Kostendämpfung

In Hessen baut der LWV seit 1988 das Betreute Wohnen zügig aus. Der Vergleich mit anderen Bundesländern bestätigt eine positive Entwicklung beim Ausgabevolumen für das stationäre Wohnen: Es weist unter den Flächenländern den niedrigsten Wert auf. Doch das Betreute Wohnen ist nicht der einzige Aspekt, der zu einer erheblichen Kostendämpfung beigetragen hat. Durch moderate Anpassungen für Vergütungstarife und schließlich auch durch eine nachhaltig wirkende Verwaltungsreform konnte der Kostenanstieg wesentlich gedämpft werden. Die Grafik macht deutlich:

- ▲ die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der Fallzahlen über den Zeitraum 1998 bis 2002 in Prozent,
- ▲ die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der Ausgaben über den Zeitraum 1998 bis 2002 in Prozent sowie
- ▲ die Differenz zwischen der Ausgaben- und der Fallzahlentwicklung.

Letztere gibt Auskunft über die tatsächliche Ausgabensteigerung, weil der Fallzahlanteil herausgenommen wird.

12 von insgesamt 24 überörtlichen Trägern in Deutschland haben hier Fallzahlen- und Ausgabendaten für die gesamten fünf Jahre geliefert. Es ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von 4,5 % für die Hilfeempfänger, von 7,2 % für die Ausgaben und von 2,7 % für die reine Ausgabensteigerung, wenn der Steigerungsanteil der Fallzahlen (4,5



Die Grafik zeigt die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten von 1998 – 2002 bei minderjährigen und erwachsenen Leistungsbeziehern, HE = Hilfsempfänger Grafik: LWV Hessen

%) von der 7,2 %-igen Ausgabensteigerung abgezogen wird.

Hessen liegt mit einer Steigerungsrate von 4 % für die Hilfsempfänger unterhalb des Mittelwertes von 4,5 %. Überdurchschnittliche Steigerungen sind in Niedersachsen (6,4 %) und den bayerischen Bezirken (Mittelfranken 8,3 %, Oberfranken 5,1 %, Oberpfalz 5,2 %, Unterfranken 6,6 %) zu verzeichnen, geringe Steigerungen in Westfalen-Lippe, Baden, Bremen und Hamburg. Die hessische Steigerungsrate läge bei tatsächlichen 3,3 %, denn in 2002 sind 320 Hilfsempfänger der Eingliederungshilfe zugeordnet worden, die vorher Hilfe zur Pflege erhalten hatten. Damit bezeichnen diese keinen echten Neuzugang, erhöhen aber den durchschnittlichen Steigerungswert.

Bezüglich der Ausgabenentwicklung gesamt zeigt sich ein Mittelwert von 7,2 %. Hessen liegt hier, zusammen mit Bremen (4,8 %) und Hamburg (1,2 %), mit 5,2 % am unteren Ende der Skala. Unter Herausrechnung der schon erwähnten Ausgaben für die 320 Hilfsempfänger, die vorher der Hilfe zur Pflege zugeordnet waren,

läge die Ausgabensteigerung bei 4,9 %. Dass hier die Steigerungen in Niedersachsen und den bayerischen Bezirken (wie bei den Fallzahlen) überdurchschnittlich hohe Steigerungsraten aufweisen, ist vorwiegend auf die dortigen hohen Fallzahlsteigerungen zurückzuführen.

„Netto“-Ausgabensteigerung niedrig

Die jährliche „bereinigte“ Netto-Ausgabensteigerung zeigt einen Mittelwert von 2,7 %. Zu berücksichtigen ist hier, dass diese Steigerung durch folgende Faktoren beeinflusst wird:

- ▲ jährlich zunehmende Ausgaben für die interne Tagesstruktur in Wohnheimen, z.B. für aus Altersgründen ausgeschiedene Beschäftigte aus den Werkstätten für behinderte Menschen,
- ▲ Kostensteigerungen durch Fluktuation in der Belegung, z. B. wenn selbstständigere Hilfsempfänger in das Betreute Wohnen wechseln und dafür eher schwerer behinderte Menschen stationäre Leistungen erhalten,

▲ Kostensteigerungen bei laufenden Fällen durch Einstufung in höhere Hilfebedarfsgruppen, sofern hier Differenzierungen nach Hilfebedarfsgruppen vorgenommen wurden.

Für Hessen liegt die Steigerungsrate bei niedrigen 1,2 %. Dasselbe gilt für Bremen (1,5 %) und Hamburg (0,3 %). Überdurchschnittlich hohe Steigerungsraten sind bei dem größten Teil der bayerischen Bezirke (Oberfranken 4,9 %, Oberpfalz 4,5 %, Unterfranken 3,5 %) festzustellen. Abschließend zu dieser Grafik lässt sich noch sagen, dass die Steigerungen ausnahmslos im Erwachsenen-Bereich zu verzeichnen sind.

Das Benchmarking wird mit den Daten für die Jahre 2003 und 2004 fortgesetzt, Ergebnisse werden für 2005 erwartet. Workshops zur Prozessqualität im Wohnen für behinderte Menschen und zu unterschiedlichen Verfahren bezüglich der Einstufung in Hilfebedarfsgruppen im Wohnen sollen weitere Aspekte der Ausgabensteuerung beleuchten.
Uwe Schalm-Blume/(jda)



(v. l.): Eva Bablick-Hoffmann, Sprecherin der „Laienhilfe Miteinander“ im ZSP Hochtaunus; Bernhard Staufenberg, katholischer Klinikseelsorger, und Edelgard Gath, Laienhelferin im „Lädchen“. Dort können die Patienten Kleidung zu günstigen Preisen erwerben. Foto: Christel Wösner-Rafael

BRÜCKE ZWISCHEN LAIENHELPER

Selbstverständlichkeit. So auch für die Rentnerin Ursula Behrends. Ihre jahrelange Arbeit in einem Altenheim war einer der Auslöser dafür, dass sie sich dieser Aufgabe widmet, denn dort spürte sie sehr oft, dass sehr viel Einsamkeit unter manchen Heimbewohnern herrschte. Seit neun Jahren betreut sie nun im Rahmen ihrer Laienhelfertätigkeit eine Patientin des Philippphospitals. Darüber hinaus bieten Ursula Behrends und drei weitere Laienhelferinnen seit zwei Jahren einmal im Monat für zwei Stunden auf der Station 8 des ZSP Philippphospitals eine Spielgruppe an, in der sie dann mit den Bewohnern Halma, Mensch ärgere dich nicht oder auch Karten spielen. Für Ursula Behrends sind es die „glücklichen Augen“ der Bewohner, die sie nach ihrem Besuch immer wieder darin bestätigen, wie wichtig und beliebt ihre Laienhelfertätigkeit doch ist.

Ebenfalls eine engagierte Laienhelferin im ZSP Philippphospitals ist Elisabeth Richter. Vor einigen Jahren war sie aufgrund von einer Depressionserkrankung selbst einmal Patientin des ZSP. In dieser Zeit hat sie viel Interessantes über die dortige Laienhilfe gelesen. Seit über zwei Jahren trifft sie sich nun zusammen mit einem Ergotherapeuten jeden Donnerstag auf der Station 9.3 (Gerontopsychiatrie), um dort mit den Patienten

Die Laienhilfegruppe „Miteinander“ aus dem Waldkrankenhaus Köppern wurde in diesem Jahr mit dem Walter-Picard-Preis des LWV ausgezeichnet (siehe LWV-Info Nr. 2/04). Laienhelferinnen und Laienhelfer sind ehrenamtliche Mitarbeiter, die nicht anstelle, sondern ergänzend zu den professionellen Mitarbeitern in einigen psychiatrischen Kliniken eingesetzt werden. Ziel ihrer Arbeit ist es, den Patienten den Kontakt nach außen zu erleichtern und ihnen ein Stück „Normalität“ in den Krankenhausalltag zu bringen. Dort, wo sie tätig sind, leisten sie mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag im täglichen Miteinander. Man könnte auch sagen, sie sind die Brücken zwischen Drinnen und Draußen. Doch was für Menschen sind das, die sich ehrenamtlich als Laienhelfer engagieren? Was sind ihre Ambitionen? Und wie sehen sie ihre Aufgabe? LWV-Info hat mit Menschen gesprochen, die in Laienhilfegruppen mitarbeiten.

„EINE ART SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT“

Seit fünf Jahren engagiert sich Margot Sebold als Laienhelferin im Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Philippphospitals in Riedstadt. Sie ist eine von rund 50 ehrenamtlichen Laienhelferinnen und Laienhelfern der Einrichtung, die mit Patienten oder

Bewohnern des Wohnheims spazieren gehen, basteln, sie besuchen, ihnen Geschichten vorlesen, singen, musizieren oder sich mit ihnen zu einem kleinen Plausch treffen. Aufmerksam wurde sie auf diese Tätigkeit durch eine Ausschreibung im Gemeindeblatt. Da sie selber schon zwei stationäre Klinikaufenthalte im Philippphospitals hinter sich hatte, fühlte sie sich von der Tätigkeit als Laienhelferin angesprochen und nahm daraufhin mit der Koordinatorin Bettina Scholtz Kontakt auf. Heute ist sie auf einer Station für depressiv erkrankte Menschen als Laienhelferin tätig, die sie alle sechs Wochen für einen Nachmittag lang besucht. Mit Unterstützung eines Pflegers bietet sie den Patienten eine Gesprächsrunde an oder liest ihnen Interessantes vor, oft auch aus einem Buch mit dem Titel „Brücke ins Licht“. Die Autorin dieses Gedichtbandes ist Margot Sebold selbst. Sie hat darin ihre eigenen Erfahrungen mit einer psychischen Erkrankung aufgeschrieben. Gedanken und Gefühle aus dieser Zeit bringt sie somit in die Gruppe ein, und viele der Patienten finden sich in ihren Texten wieder. Margot Sebold bereitet die „Arbeit“ sehr viel Freude.

Für die Laienhelfer ist die Tätigkeit, der sie nachgehen, oft auch eine Art

Pures Glück

Empfindest du es manchmal auch,
dieses aufregende Kribbeln im
Bauch?

Tausend Schmetterlinge schlagen
mit den Flügeln,
keine Gedanken verschwendest du
ans Grübeln.

Du fühlst dich wie neu geboren,
das Glück hat dich als sein Besitzer
auserkoren.

(Gedicht aus dem von Margot Sebold
veröffentlichten Gedichtband „Brücke
ins Licht“)

„DRINNEN“ UND „DRAUßEN“ – IN KLINIKEN DES LWV

ten zu singen und Klavier zu spielen. Beim gemeinsamen Singen und Musizieren spüre sie die Lebensfreude der Patienten, sagt Elisabeth Richter. Nicht selten ergeben sich an einem solchen Vormittag aber auch kleine Gespräche mit den einzelnen Patienten. Das Ehrenamt bereitet auch ihr sehr viel Freude. Aus diesem Grund möchte sie sich zusätzlich noch gern auf einer anderen Station engagieren. Sie sieht diese Aufgabe für sich als eine Art zusätzliche Selbsthilfe. Die Laienhelfertätigkeit bringe nicht nur den Patienten, sondern auch ihr selber sehr viel, allein schon, wenn sich die Patienten bei ihr für die schönen gemeinsamen Stunden bedanken.

„JEMAND, DER ZEIT HAT UND ZUHÖRT“

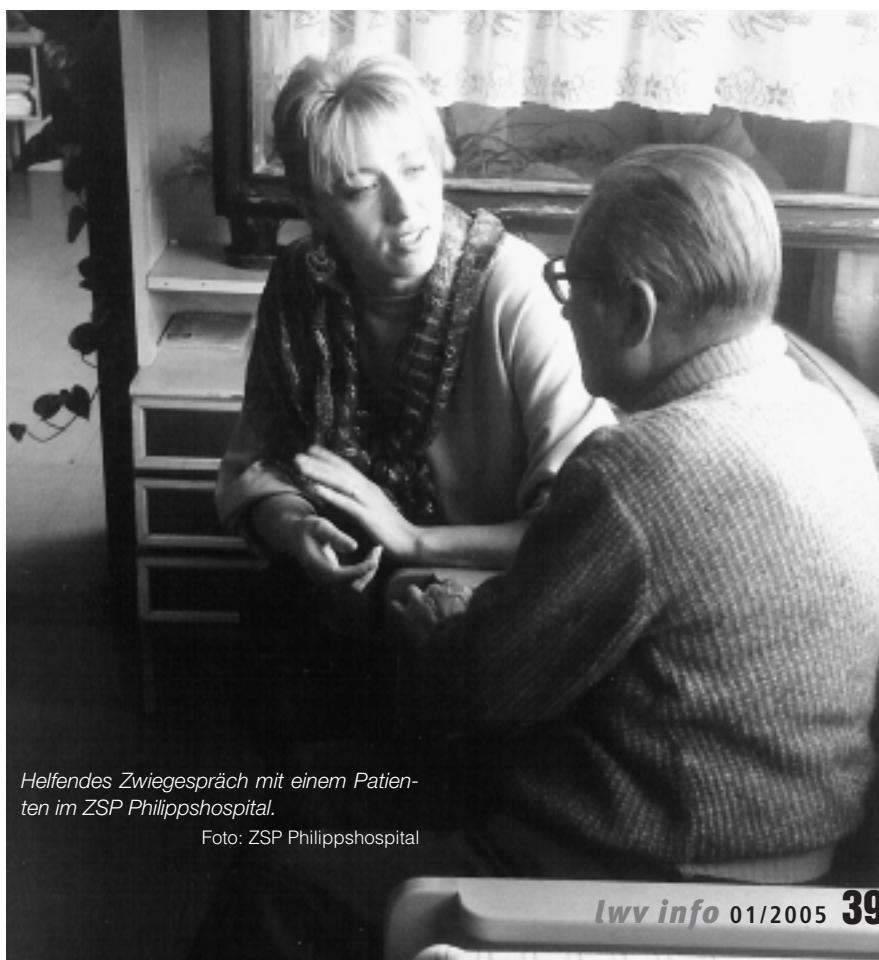
Im Waldkrankenhaus Köppern des ZSP Hochtaunus gGmbH gibt es Laienhelfer schon seit gut 35 Jahren. Damals wurde die Laienhilfegruppe „Miteinander“ gegründet, in der zurzeit rund 30 Frauen und Männer psychisch kranke Menschen bei ihrem Klinikaufenthalt unterstützen. Zu den Helfern gehört seit über 18 Jahren auch Gun-Lis Grellmann. Ihr Interesse an der Tätigkeit wurde durch eine Nachbarin – zu einer Zeit, als noch viel Scheu zum Thema Psychiatrie in der Bevölkerung herrschte und über die Klinik nicht viel bekannt war – und auch durch ihre schwedische Soziale Ausbildung geweckt. Die Laienhilfe „Miteinander“ veranstaltet regelmäßig jeden zweiten und vierten Samstag im Monat für die Dauer von jeweils zwei bis drei Stunden im Sozialzentrum Kaffeenachmittage für die Patienten. Gun-Lis Grellmann selbst ist jeden vierten Samstag im Monat zusammen mit drei weiteren Laienhelferinnen tätig. An diesen Kaffeenachmittagen stoßen auch immer mal wieder ehemalige Patienten des Waldkrankenhauses Köppern hinzu. Neben Kaffee und Kuchen (gespendet von zwei Kirchengemeinden) steht das unverbindliche Einzelge-

spräch mit den Patienten im Vordergrund. Die Patienten haben einen sehr großen Bedarf an den Gesprächen, meint Grellmann. Sie haben den Laienhelfern gegenüber viel Vertrauen, sicherlich auch, weil sie für die Patienten klinikunabhängige und somit neutrale Gesprächspartner sind. Nicht selten werden ganze Lebensgeschichten erzählt. Dass die Laienhelfer ihre Tätigkeit freiwillig und ohne Bezahlung ausüben, schätzen die Patienten sehr. Für sie ist es sehr wichtig, dass jemand Zeit für sie hat und zuhört.

Die regelmäßige Organisation der Kaffeenachmittage ist nur eine der insgesamt vier Arbeitsgruppen, aus denen die „Laienhilfe Miteinander“ im Waldkrankenhaus Köppern besteht. Eine weitere Gruppe von Laienhelfern betreibt das „Lädchen“ im Waldkrankenhaus und verkauft dort preiswerte gebrauchte Kleidung sowie Arbeiten der Patienten aus der Beschäftigungs- und Arbeitstherapie. Ein wei-

teres Team sorgt sich um die wöchentliche Ausleihe in der Patientenbücherei, wo sich immer auch die Zeit für einen kleinen Plausch findet. Die vierte Arbeitsgruppe begleitet die Patienten zu den katholischen und evangelischen Gottesdiensten, die immer abwechselnd im 14-Tage-Rhythmus Montagabend im Festsaal der Klinik stattfinden. Zur katholischen Gottesdienstgruppe gehört seit vielen Jahren auch die Laienhelferin Elfriede Voss. Die Begegnung mit den Menschen, aber auch das bessere Kennenlernen der Klinik waren für sie Beweggründe, sich als Laienhelferin zu engagieren. Während der Gottesdienste kehre so mancher Patient sein Inneres nach Außen, und in diesen Momenten merkt man die Schwere der Erkrankung sehr intensiv. Elfriede Voss hat mit ihrer Aufgabe als Laienhelferin sehr viel Freude, sie macht es gern für die Patienten. Sie weiß aber auch, dass nicht jeder mann für die Laienhilfe geboren ist. Es gibt Menschen, welche die Arbeit äußerst interessant finden, aber Angst haben, die Nöte und Probleme der Patienten nicht verarbeiten zu können und mit nach Hause zu nehmen. Einen gewissen Abstand müsse man sich als Laienhelfer bewahren, meint Voss.

Diana Becker/(jda)



Helfendes Zwiegespräch mit einem Patienten im ZSP Philippshospital.

Foto: ZSP Philippshospital

Lernziel Persönlichkeit:

Die Schule am Sommerhoffpark unterberät nicht nur hörgeschädigte Kinder auch deren Familien und Pädagogen



Die Schulbibliothek hat auch in den Pausen geöffnet. Dort können die Schüler/innen Lesen und Malen.

Fotos: Stella Dammbach

LWV-Einrichtungen stellen sich vor

Die Serie „LWV-Einrichtungen stellen sich vor“ zeichnet aktuelle Porträts von Einrichtungen des LWV oder auch einzelnen Betriebszweigen. In der heutigen Folge stellt LWV-Info die Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt am Main vor, eine von fünf Sonderschulen für sinnesgeschädigte Kinder und Jugendliche. In der Schule werden hörgeschädigte Kinder und Jugendliche unterrichtet und betreut. (jda)

Auf dem Hof der Schule am Sommerhoffpark im Frankfurter Gutleutviertel geht es rege zu. „Achtung“, ruft ein Mädchen und zischt mit dem Roller vorbei. Sie ist eine von 156 Schülerinnen und Schülern dieser Schule. Insgesamt betreut die Einrichtung in ihren unterschiedlichen Abteilungen 556 Kinder und Jugendliche aus 27 Nationen mit jeweils unterschiedlichem sozialen Hintergrund. Die Schule führt zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Zusätzlich gibt es Klassen für Lernhilfe. An dieser Einrichtung, deren Träger der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen ist, werden hörgeschädigte Kinder und Jugendliche ab der Vorklasse unterrichtet.

Vielsprachigkeit

„Die Strukturen unserer Schule zu beschreiben, ist nicht einfach, zumal alles im Umbruch ist“, sagt Schulleiterin Heide Marwede. Das liegt nicht allein am neuen Gebäude, das pünktlich zum 30-jährigen Bestehen der Schule in diesem Jahr errichtet wird – eine Investition von rund 6,5 Millionen Euro. „Dafür sind wir angesichts der knappen Kassen überaus dankbar“, sagt Verwaltungsleiter Wilfried Bornscheuer. Der Umbruch zeigt sich genauso in den Veränderungen bei den Schülern selbst. „Durch den Ballungsraum Frankfurt haben wir es hier auch mit unterschiedlichen Herausforderungen zu tun. Das zeigt sich bei den Kindern im oft auch im negativen Sinne kreativen Verhalten“, so Marwede.

Die 38 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten die Kinder und Jugendlichen in Klassen mit Gebärdensprache sowie in solchen mit Lautsprache. „Gebärdensprache wird zusätzlich von zwei gehörlosen Assistentinnen unterrichtet, ebenso wie Hörgeschädigtenkunde“, fügt Heide Marwede an.

Till wendet sich lächelnd an die Besucherin: Erst stellt er sich selbst vor, dann die Klassenkameraden. Mit seinen Händen formt er Buchstabe für Buchstabe. Er wird in einer Klasse mit Gebärdensprache unterrichtet. Denn Till ist gehörlos. Aber: An der Schule am Sommerhoffpark für Hörgeschädigte lernt er, zu kommunizieren. „Alle Kinder dieser Klasse sind mindestens zweisprachig, die meisten gehen sogar mit drei Sprachen um“, erklärt Lehrerin Sonja Wind. Deutsch und Gebärdensprache lernen sie alle. Zwischen sechs und neun Jahre alt sind Till und seine sieben Klassenkameraden der ersten

richtet, fördert und er und Jugendliche –

Klasse. Was Wind und ihren Kollegen wichtig ist: „Es gibt nicht das typische gehörlose Kind. Die Kinder sind alle hochgradig schwerhörig, aber ihre intellektuellen Fähigkeiten reichen wie bei allen anderen Kindern auch von der Hochbegabung bis an die Grenze zur praktischen Bildbarkeit.“ Das ist für die Lehrkräfte eine Herausforderung: Sie fördern in der auf fünf Jahre ausgedehnten Grundstufe jedes Kind so, wie es seiner persönlichen Entwicklung entspricht. Eine Aufteilung der Kinder in Haupt- und Realschüler findet erst nach der Mittelstufe statt. „Die Kinder erkennen oft erst beim Schuleintritt, dass sie nicht oder schlecht hören können. Und sie machen die Erfahrung, dass sie auch mit Hilfe der Gebärdensprache in der Lage sind, sich und ihre Gefühle mitzuteilen“, schildert Wind.

Förderung für Regelschule

Zur Schule gehört ein Hort. Hier verbringen die Kinder die unterrichtsfreie Zeit, erholen sich, machen Hausaufgaben. Der Hort bietet auch Freizeitaktivitäten. Das ist wichtig, damit die Kinder und Jugendlichen lernen, sich in einem sozialen Umfeld zu bewegen außerhalb von Klassenstrukturen und Familie. Denn die Kinder verbringen so viel Zeit weg von zu Hause, dass sie in ihren Heimorten kaum Kontakte zu Gleichaltrigen knüpfen können. „Insgesamt arbeiten an unserer Einrichtung 19 Erzieherinnen, davon sind zwei nicht hörend und kommunizieren mit den Kindern in Gebärdensprache“, erläutert Marwede.

Doch die Sommerhoffparkschule betreut viel mehr Kinder, als sich auf dem Schulgelände tummeln. Sechs Lehrerinnen und Lehrer begleiten im Rahmen der ambulanten Fördermaßnahme hörgeschädigte Kinder und

Jugendliche, die Regelschulen an ihren Heimorten besuchen. Dieser Zweig existiert seit 20 Jahren. „Anfangs haben wir innerhalb Frankfurts neun Kinder ambulant betreut, heute sind es 253 Kinder im gesamten Einzugsgebiet“, erzählt Dorothea Meier-Linsert. Und es werden immer mehr. Früher haben ihre Kollegen und sie regelmäßig mit den betroffenen Kindern gearbeitet. „Inzwischen sind wir fast nur noch beratend tätig“, erklärt sie. Lehrer und Eltern wissen oft nicht, mit welchen Problemen hörgeschädigte Kinder in Regelklassen konfrontiert werden. „Die japsen immer hinterher, weil sie die Inhalte nicht verstehen“, schildert sie. Hörgeschädigte Schüler fühlen sich oft ausgeschlossen. „Sie bekommen nicht mit, wenn sich die anderen per Zuruf zum Fußballspielen verabreden“, nennt sie ein Beispiel. Wichtig für diese Schüler ist der Blickkontakt mit dem Sprechenden. „Aber bis der Betroffene weiß, wo er hinschauen muss, hat er die Hälfte schon wieder verpasst“, erläutert Meier-Linsert. Auf all diese Aspekte müssen sie und ihre Kollegen eingehen: „Zusammen mit den Lehrern der von den Kindern besuchten Schule wollen wir das Selbstbewusstsein der Kinder stärken.“ Das funktioniert, wenn Eltern und Lehrer mit der besonderen Situation der Kinder und Jugendlichen vertraut sind. „Da gibt es durchaus Schwierigkeiten“, betont Meier-Linsert. So denke jeder, wenn ein Kind hörgeschädigt sei, reichen Hörgeräte aus, und alles sei in Ordnung. „So einfach ist es aber nicht, denn welchen Nutzen Hörgeräte haben, hängt davon ab, welche Hörschädigung vorliegt“, erklärt die Expertin. Die Hörgeräte versuchen einen Ausgleich zu



Heide Marwede leitet die Schule am Sommerhoffpark seit fünf Jahren.

finden, sind aber kein „Wundermittel“. Das heißt, einem solchen Kind fehlen trotz der Hörgeräte oder des Cochlea-Implantats wichtige Informationen fürs Verstehen. „Ein solches Kind ist ständig bemüht, damit ihm ja nichts entgeht.“ Meier-Linsert und ihre Kollegen arbeiten an allen Schulformen ab den Vorklassen bis zur Berufsschule, zum Teil auch an anderen Sonderschulen. „Bei manchem Kind liegt auch eine erhebliche Hörschädigung vor, die aber von einer anderen Behinderung überlagert wird“, weiß sie.

Frühförderung unerlässlich

Ungewöhnlich für eine Schule ist auch, dass die Schule am Sommerhoffpark über eine Frühförderung verfügt. „Wir beginnen bereits mit Säuglingen. Glücklicherweise hat das Neugeborenenhörscreening die Möglichkeiten der Früherkennung wesentlich verbessert. So können die Eltern schon früh von uns unterstützt werden. Sie sind doch oft am Anfang ratlos und verzweifelt, was sie denn jetzt mit so einem kleinen Kind anfangen sollen, das doch ganz anders reagiert als sie gedacht haben“, sagt Dr. Hiltrud Funk von der Frühberatungsstel-

le für Hörgeschädigte. Die neun Mitarbeiterinnen versorgen über 140 Kinder. „Viel zu wenig Personal, aber das kennen wir ja heute von überall her. Trotzdem macht die Arbeit Spaß, sie ist sehr abwechslungsreich. Wir machen regelmäßig Hausbesuche, aber auch Eltern-Kind-Gruppen sind ein wichtiges Angebot. Schließlich sollen die Kinder sehen, dass nicht nur sie Hörgeräte oder ein Cochlea-Implantat tragen, und für die Eltern sind die Gespräche mit anderen Betroffenen sehr stützend“, betont Funk. Die Frühförderung legt großen Wert auf die jeweiligen Möglichkeiten der Familie, da wo sie ihre Stärken hat, setzen die Frühförderinnen an. „Wir empfehlen beispielsweise einer türkischen Mutter, die gern kocht, ihr Kind zu beteiligen. Wie schön ist es, wenn Mutter und Kind zusammen Joghurt umrühren, eine intensive Zeit zusammen haben. Und sie in ihrer Sprache dem Kind erklärt, was sie gerade tun. Das ist Hör- und Sprachförderung, aber so, dass das Kind am besten davon profitieren kann“, führt Funk aus. Die Mitarbeiterinnen fördern das Kind spielerisch – immer mit dem Schwerpunkt des Hörens und der Sprache, immer individuell den Bedürfnissen des Kindes angepasst. Wichtig ist ihnen Methodenvielfalt. Bedeutsam sind ebenso das Miteinander mit den Eltern und enge Absprachen, so dass förderlich für das Kind gehandelt werden kann. Ziel ist es, die Kinder bei der Integration in ihr Umfeld zu unterstützen. Deshalb bieten die Mitarbeiterinnen auch Beratung in Kindertagesstätten an, die hörgeschädigte Kinder integriert haben. Überhaupt hat das Team erkannt, dass Gruppen nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern sehr wichtig sind.

Kulturelle und soziale Probleme

Die Schule am Sommerhoffpark unterscheidet sich in vielem von einer herkömmlichen Einrichtung: Die Klassen sind klein, es wird viel Technik



Neues Schulgebäude: Die Inbetriebnahme ist für 2005 vorgesehen.

benötigt und das Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist Bestandteil der täglichen Arbeit. Was jedoch vergleichbar ist mit den übrigen Schulen im Ballungsraum Frankfurt, das sind die sozialen Probleme, mit denen Heide Marwede und ihre Kollegen zu kämpfen haben. „Die kulturellen und sozialen Unterschiede führen zu Spannungen, und die Elternarbeit ist allein schon wegen der großen Entfernungen zwischen Elternhaus und Schule oft schwierig“, schildert Marwede. Trotzdem bemüht sich die Schule, auf allen Ebenen ins Gespräch mit den Eltern zu kommen und mit ihnen gemeinsam geeignete Möglichkeiten für ihr Kind zu finden. Hinzu kommt, dass der Anteil hochgradig hörgeschädigter und gehörloser Schüler zunimmt. Auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Zusatzbehinderungen wie beispielsweise Wahrnehmungs- und Verhaltensstörungen sowie der Anteil an Ausländerkindern steigt. Deshalb hat der LWV ein Modellprojekt Schulsozialarbeit – befristet auf drei Jahre – auf den Weg gebracht.

Besonderes Augenmerk genießt die Arbeit von Doris Aumüller, die seit November 2003 als Sozialpädagogin im Projekt Schulsozialarbeit tätig ist. Sie erläutert, weshalb die Hörschädigung bei manchen Kindern und Jugendlichen zu Aggressionen führt: „Die erhebliche Einschränkung der Kommunikationsfähigkeit bewirkt ein Gefühl der Ohnmacht. Das Nicht-Ver-

stehen und das Nicht-Verstandenwerden ist eine Grunderfahrung dieser Kinder. Das wiederum erschüttert das Vertrauen – in sich selbst, in die Mitmenschen und in die Umgebung.“ Hinzu komme, dass viele der Kinder aus Familien stammen, die anderen Kulturkreisen angehören, deshalb zu Hause andere Werte und Normen vermittelt bekommen als in der Schule. Oft seien Eltern auch einfach überfordert, können gar keine Hilfestellung geben – und laden alles, was mit Schule zu tun hat, auf Lehrer und Erzieher ab. Diese Bündelung der Probleme führe dazu, „dass die Kinder andere Wege wählen, um sich verständlich zu machen und andere Mittel, um auf sich aufmerksam zu machen“. Das Ergebnis: Die Kinder werden manchmal handgreiflich, sind ungeduldig mit ihrem Gegenüber und haben eine geringe Frustrationstoleranz.

Aumüllers Aufgaben sind vielschichtig. An erster Stelle steht die Qualifizierung des Hortangebotes und die Beratung von Schülern, Eltern, Lehrern, Erziehern überall da, wo Fragen auftauchen.

Unterstützt werden sie und die Lehrer außerdem von Integrationshelfern, die diese Kinder im Schulalltag begleiten. Sieben davon betreuen derzeit neun Kinder. Hinzu kommen drei Zivildienstleistende. „Seit diese Projekte laufen, haben wir mehr Möglichkeiten, die täglichen Probleme gemeinsam durchzusprechen und zu bewältigen“, bilanziert Marwede.

Wurzeln reichen bis 1827 zurück

Den hörgeschädigten Schülerinnen und Schülern Sicherheit und Selbstbewusstsein geben für ihre persönliche Entwicklung – das ist das Ziel, das sich die Mitarbeiter der Schule am Sommerhoffpark gesteckt haben. Und das sie bereits seit 30 Jahren unter der Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbands Hessen verfolgen. Die Wurzeln der Frankfurter Bildung für Schwerhörige und Gehörlose reichen jedoch viel weiter zurück. Ludwig Kosel war es, der am 1. November 1827 in seiner Frankfurter Wohnung ein „Privat Institut zur Erziehung und Unterrichtung taubstummer Kinder“ eröffnete und seine Arbeit mit vier „Zöglingen“ begann. Die Geschichte ist wechselhaft, am 1. September 1939 wird das Institut zeitweise gar geschlossen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kämpfen die Frankfurter Bürger für eine Einrichtung für hörgeschädigte Kinder in der Stadt, bis 1974 die Schule am Sommerhoffpark in der Trägerschaft des LWV eröffnet wird.

Dass ausgerechnet zum 30-jährigen Bestehen der erste Spatenstich für ein neues Schulgebäude vollzogen werden konnte, freut Schulleiterin und Verwaltungschef besonders. „Es ist noch keine zehn Jahre her, da war der Bestand dieser Schule ernsthaft gefährdet“, erzählt Bornscheuer. In dem neuen Gebäude werden Klassenräume für die Grundstufe geschaffen, eine Sporthalle und Horträume entstehen sowie gut ausgestattete Räume für Fachunterricht. „Und die Frühförderung kommt endlich mit der übrigen Schule unter ein Dach“, fügt Bornscheuer hinzu. Dass sich der finanzielle Aufwand lohnt, steht für die Schulleiterin außer Frage: „Die Schule ist für die Kinder Heimat. Fünf Tage die Woche leben sie hier von Viertel vor acht bis halb drei.“

Stolz sind Marwede und ihre Lehrerkollegen auf die Kooperation mit Grundschulklassen der Karmeliter-schule. Für Schüler, die besonders gut lautsprachlich erreicht werden können, bietet die Einrichtung kooperativen Unterricht. „Ein Großteil der Fächer wird gemeinsam unterrichtet. Das funktioniert hervorragend und das Interesse der Eltern daran ist außerordentlich groß“, berichtet Marwede.

Doch was wäre ein Schulleiterleben

ohne Träume? Marwedes Traum ist der einer heilpädagogischen Wohngruppe, die angegliedert ist an eine bestehende Frankfurter Einrichtung. „Dann wäre der Bezug zur Schule größer und die Kinder mit psychischen Problemen könnten hier bleiben, würden nicht ausgesondert in psychiatrische Einrichtungen.“

Lernziel Persönlichkeit

Bei all den Herausforderungen des pädagogischen Alltags sind es die Begegnungen mit den Schülern, die Freude machen und motivieren. Dazu gehört das Gespräch mit Samira und Pascale, die beide Französisch pauken. Worin sehen sie die Vorteile ihrer Schule? „Meine Hörschädigung kommt von einem Unfall. Danach war ich erst in meiner alten Klasse. Aber dort wurde ich ständig gehänselt, weil ich schlecht höre“, erzählt Samira. Hier hat sie die Erfahrung gemacht, dass sie keine Ausnahme ist, dass es viele Kinder gibt mit ähnlichen Problemen. Haben sie Freunde außerhalb der Schule? „Aber klar doch. Ich zum Beispiel bin im Karnevalsverein“, erzählt Pascale. Auch Samira hat ihren Freundeskreis. „Die akzeptieren mich so, wie ich bin, wer das nicht tut, der kann uns gestohlen bleiben“, lacht sie. „Diese beiden machen mir Spaß. Zu diesem Selbstvertrauen müssen wir unsere Schüler führen“, schmunzelt Marwede. Das

gelingt nicht zuletzt dank der Arbeitsgemeinschaften, die angeboten werden. „Wir sind im Mädchenfußball“, erzählen Samira und Pascale. Stolz zeigen sie die Pokale, die sie bei Turnieren mit anderen Schulen gewonnen haben. „Da konkurrieren wir auch mit Mannschaften von Regelschulen. Und die ziehen oft den Kürzeren“, grinst Samira. Geboten wird den Kindern und Jugendlichen viel mehr als Sport: Die einen arbeiten sich in die Geheimnisse der Computer-Technik ein, die anderen beschäftigen sich mit Kunst, wieder andere haben eine Rockband auf die Beine gestellt. Solche Aktivitäten machen stark. Das hilft in kritischen Situationen, zum Beispiel wenn die Jugendlichen erfahren, dass ihr Traumberuf für sie unerreichbar bleiben wird. „Für eine Hotelfachfrau sind mehrere Fremdsprachen wichtig. Das kann ich nicht bieten“, erklärt Pascale. Dann lächelt sie: „Aber Samira wollte ja auch mal Ärztin werden.“ Und jetzt? „Ich werde Lehrerin“, antwortet Samira bestimmt. „Die beiden machen ihren Weg“, ist Marwede sicher. Dennoch sei es für viele Jugendliche nicht leicht, wenn sie feststellen, dass ihre beruflichen Chancen eingeengt sind. „Aber es ist unsere Aufgabe, ihnen ein realistisches Bild ihrer Möglichkeiten aufzuzeigen. Wer, wenn nicht wir, kann ihnen offen sagen, wo ihre Stärken und Chancen liegen?“

Stella Dammbach



Insgesamt 156 Schüler besuchen die Schule am Sommerhoffpark im Frankfurter Gutleutviertel. Zum Einzugsgebiet der Schule zählen neben dem Großraum Frankfurt auch Main-Taunus-Kreis, Main-Kinzig-Kreis, Offenbach und der Landkreis Offenbach, der Odenwaldkreis sowie die Landkreise Darmstadt-Dieburg und Bergstraße.

Fotos: Stella Dammbach

Wohnangebote in vier Regionen gefördert



Erster Spatenstich bei den Werraland-Werkstätten (v. l.): Horst Dietzel, Bürgermeister Gemeinde Wehretal; Pfarrerin Hanna Hossbach, Erste Vorsitzende Verein Werkstätte für Behinderte, Eschwege; Erster Beigeordneter Uwe Brückmann; Gerd Hoßbach, Geschäftsführer Verein Werkstätte für Behinderte, Eschwege; Gerd Grabowski (GG Anderson); Jürgen Schinkmann, Vorsitzender des Kreistages und MdL Lothar Quanz. Foto: Verein Werkstätte für Behinderte Eschwege e. V.

Bewilligungsbescheide in Höhe von insgesamt rd. 2,78 Mio. € überreichten der Landesdirektor und der Erste Beigeordnete des LWV Ende vergangenen und Anfang dieses Jahres, um mit neuen Wohnangeboten für behinderte Menschen Versorgungslücken in verschiedenen Regionen Hessens zu schließen oder deren Fortbestehen zu sichern. Rund 2,26 Mio. € finanzierte das Integrationsamt aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Main-Taunus-Kreis

So fördert der LWV die Errichtung eines Wohnheimes für Menschen mit seelischer Behinderung mit 12 Plätzen in Hofheim (Main-Taunus-Kreis) mit rund 416.000 €. Die Mittel erhält der Evangelische Verein für Innere Mission in Nassau (EVIM) als Träger der Einrichtung. Rund 216.000 € des LWV-Investitionskostenzuschusses finanziert das LWV-Zielgruppenmanagement „Menschen mit seelischer Behinderung“, 200.000 € trägt das

LWV-Integrationsamt. Den Bewilligungsbescheid des Zielgruppenmanagements überreichte Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV, Anfang Dezember im Rahmen der Einweihungsfeier des Erweiterungsbaus der Werkstatt für behinderte Menschen in Hattersheim (Schlocker-Stiftung), den das LWV-Integrationsamt ebenfalls mit rund 614.000 € finanziell unterstützt hat. „Dieser Termin heute unterstreicht die enge Verbundenheit von EVIM und LWV, die sich insbesondere in dem Bemühen ausdrückt, Menschen mit Behinderung ihrem individuellen Bedarf gemäß zu unterstützen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass das Wohnheim für Menschen mit seelischer Behinderung als das erste im Main-Taunus-Kreis eine Bedarfslücke füllt“, so Uwe Brückmann bei der Feierstunde.

Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Den Kauf eines Hauses in Bebra

(Landkreis Hersfeld-Rotenburg), in dem zehn Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen des Intensiv Betreuten Wohnens leben, fördert das Integrationsamt des LWV mit 185.000 €. Die Mittel erhält der Träger der Einrichtung, „Die Sozialen Förderstätten für Behinderte e. V.“ Den entsprechenden Bewilligungsbescheid überreichte Mitte November LWV-Landesdirektor Lutz Bauer an den Vorstand des Vereins, dem neben dem Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, Dr. Karl-Ernst Schmidt, die Dekanin des Kirchenkreises Hersfeld, Jutta Preiß-Völker, und Willi Weißhaar von der Lebenshilfe Rotenburg sowie Alfred Schüler als geschäftsführendes Vorstandsmitglied angehören. „Durch den Kauf der Immobilie Bahnhofstraße 7 in Bebra kann der Träger die Wohnungen an die Bewohner rund 15 % günstiger vermieten.

Dies bedeutet auch für die Sozialhilfeträger eine Reduzierung der Kosten, was wir sehr begrüßen“, so Landesdirektor Lutz Bauer.

Das Haus in der Bahnhofstraße 7 mieteten „Die Sozialen Förderstätten für Behinderte e. V.“ im Oktober 2001 an und bauten es den Bedürfnissen der Bewohner entsprechend um. Heute stehen hier zehn Wohnungen mit räumlich abgetrennter Küchenzeile, Dusche und WC zur Verfügung. Die zehn schwerbehinderten Menschen, die hier leben, sind alle in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in Bebra und Bad Hersfeld beschäftigt.

Werra-Meißner-Kreis

Mit 300.000 € beteiligt sich der LWV an der Errichtung einer Wohneinrichtung mit 16 Plätzen für Kinder und Jugendliche mit geistiger und/oder Mehrfachbehinderung. Die Mittel erhalten die Werraland-Werkstätten e. V. als Träger der Einrichtung. Den Bewilligungsbescheid des LWV-Zielgruppenmanagements „Menschen mit geistiger Behinderung“ überreichte Mitte November der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, an Hanna Hossbach, die Vorsitzende

des Vereins, anlässlich des ersten Spatenstichs des Neubaus. „Mit den neuen Wohnheimplätzen tragen wir hier trotz eines engen finanziellen Spielraumes dem regionalen Bedarf Rechnung und schließen so eine Versorgungslücke im Werra-Meißner-Kreis“, erläuterte Uwe Brückmann.

Die Werraland-Werkstätten verfügen heute über ein differenziertes Wohn- und Betreuungsangebot, das den unterschiedlichen Hilfebedarfen der Menschen mit geistiger Behinderung in der Region Rechnung trägt und ihre größtmögliche Selbstständigkeit gewährleistet.

Main-Kinzig-Kreis

Mit 1,88 Mio. € fördert das Integrationsamt des LWV den Neubau einer Wohnstätte für Menschen mit geistiger Behinderung in Hanau. Diese Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe erhält der Träger der Einrichtung, das Behinderten-Werk Main-Kinzig e. V. (BWMK). Den entsprechenden Bewilligungsbescheid überreichte Mitte Januar LWV-Landesdirektor Lutz Bauer – in Anwesenheit des Kreisbeigeordneten und Sozialdezernenten des Main-Kinzig-Kreises, Erich Pipa – an Martin Berg, den Geschäftsführer des Behinderten-Werk Main-Kinzig e. V.

Der geplante Neubau in der Hanauer Feuerbachstraße mit 28 Plätzen und vier Kurzzeitplätzen soll in Kürze begonnen werden. Die Bedarfssituation im Raum Hanau wird anhand der Warteliste von 80 Personen deutlich, die derzeit überwiegend im Erwachsenenalter noch im elterlichen Haushalt leben und umfassender Unterstützung im Wohnen bedürfen. Mit dem Einzug der Bewohner rechnet das BWMK im ersten Halbjahr 2006. Die neue Wohnstätte gliedert sich in das Projekt „Wohnen im Verbund“ ein. Wohnen im Verbund bedeutet die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen ambulanten und stationären Wohnformen. Sie gestattet dem Einrichtungsträger flexibleres Handeln und stärkt dabei die Selbstbestimmung und Selbstständigkeit der Bewohner. (rvk)

Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe



Der Gewerbeverein Friedrichsdorf trug mit einer Einzelspende von 500 € zum Gesamterlös des Benefizkonzertes im Waldkrankenhaus Köppern bei. Bei der Spendenübergabe (v. l.) die Künstlerinnen Katharina Kutsch und Pauliina Tukiainen; Heinz Berg und Christa Tröger, Gewerbeverein; Werner Bierschenk, Geschäftsführer ZSP Hochtaunus; Frank Atzler, ebenfalls Gewerbeverein, und Elisabeth Haindl, Vorsitzende von „Live Music Now“, Frankfurt.

Foto: Dieter Becker

Unermessliches Leid brachte das Seebeben über die Menschen in Südostasien. Hunderttausende verloren ihr Leben, Überlebende stehen vor den Trümmern zerstörter Städte und Dörfer. Die Rückkehr zu einem Alltag bleibt dort auf Jahre versperrt, der Wiederaufbau verlangt Mittel, die ohne die weltweite Hilfsbereitschaft auch über einen sehr langen Zeitraum hinweg nicht hätten aufgebracht werden können. Wie in vielen anderen Ländern zögerten die Menschen in Deutschland nicht und halfen durch ihren Einsatz in Hilfsorganisationen und vor allem durch Geldspenden. Auch in den Einrichtungen des LWV bewiesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Solidarität.

Köppern

Zu einem Benefizkonzert zu Gunsten der Opfer der Flutkatastrophe lud das Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Hochtaunus gGmbH gemeinsam mit dem Yehudi Menuhin Live Music Now e. V. in sein Waldkrankenhaus Köppern ein. Im Januar sangen und spielten dort Katharina Kutsch und Pauliina Tukiainen Lieder von Robert Schumann und Richard Strauss. Auch über das Konzert hinaus, bei dem ein Spendenbetrag von 1.800 € zusammenkam, bat die Betriebsleitung ihre Mitarbeiter schon Ende Dezember um Spenden, zu einem Zeitpunkt, als die ganze Tragik noch nicht erkannt war.



Gedenkminuten für die Opfer des Seebebens: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZSP Am Mönchberg versammeln sich in Hadamar.

Foto: Klaus-Dieter Häring

Eltville

Musik als Medium, das berührt und verbindet. Auch das Kulturzentrum „KuZ“ Eichberg im ZSP Rheinblick sammelte durch eine musikalische Benefizaktion Gelder für die Opfer des Seebebens. In Eltville wurde es – wie häufig im KuZ – dabei etwas lauter: Gleich fünf Bands – von afrikanischem Drumbeat bis zum sechziger Jahre-Rock reichte die Palette – machten mit und spielten so vor rund 170 begeisterten Zuhörern 1.015 € für die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ ein. Selbstverständlich verzichteten die Künstler auf ihre Gagen.

Haina

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ZSP Haina (Kloster) gab es keinen Zweifel, welchem wichtigen Zweck diesmal die alljährliche Advents-Spende zufließen sollte: Rund 1.200 € wurden in Haina zusammengetragen und auf das Spendenkonto der „Aktion Deutschland hilft“ überwiesen.

Kassel und Wiesbaden

Wegen der täglichen Schreckensmeldungen war Vielen nicht zum

Regionalverwaltung Wiesbaden: Dort kamen 750 € zusammen, die den „Ärzte ohne Grenzen“ überwiesen wurden.

Hadamar

An vielen LWV-Standorten traten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 5. Januar um 12 Uhr vor ihre Dienstgebäude, um durch drei Schweigeminuten der Toten und Verletzten des Seebebens zu gedenken. Dies geschah auch im ZSP Am Mönchberg in Hadamar, wo in diesen Tagen zu Spenden für eine Hilfsorganisation aufgerufen wurde. Die Mitarbeiter spendeten auf das Spendenkonto des ZSP oder direkt auf das Konto einer Hilfsorganisation.

Riedstadt

Gleich drei Spendaktionen fanden im ZSP Philipppshospital statt: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie sammelten beim Neujahrsempfang. Versteigerung und Tombola erbrachten dort rund 1.000 €. Weitere ansehnliche Spendenbeträge kamen durch einen Basar und eine Sammelaktion der Frauenbeauftragten zusammen. Mehr als 2.000 € konnten auf diese Weise an das Deutsche Rote Kreuz weitergeleitet werden. (jda)

Feiern zumute: In Kassel verzichtete der Personalrat der Hauptverwaltung auf die traditionelle Neujahrsbegrüßung im Ständehaus und rief alle Kolleginnen und Kollegen zu Spenden für die Flutopfer auf. Dadurch konnten bis Ende Januar insgesamt rund 350 € auf eines der Spendenkonten eingezahlt werden. Noch spendenfreudiger waren die Mitarbeiter der



Nahmen ihre Instrumente für einen guten Zweck in die Hand: Yannik Monot mit seiner Cajun Band.

Foto: ZSP Rheinblick

„Haus am Landgrafenteich“:

LWV scheidet aus Erholungswerk-gGmbH aus

Dem LWV Reformfähigkeit absprechen zu wollen heißt, mit seiner mehr als 50-jährigen Geschichte nicht vertraut zu sein. Wandelten sich Aufgaben, verschwanden soziale Probleme, hatte dies immer wieder auch Auswirkungen auf die Einrichtungswelt beim LWV. Zum Jahresbeginn 2003 wurde das ZSP Werra-Meißner in die Trägerschaft des nordhessischen Landkreises überführt. Der Jahreswechsel 2004/2005 vollendete den Abschied des LWV als Mitgesellschafter einer traditionsreichen Einrichtung der Kriegsopferfürsorge (KOF). Das „Haus am Landgrafenteich“ in Nidda-Bad Salzhausen wurde lange Zeit durch die „Erholungswerk des VdK Hessen und des LWV Hessen gGmbH“ betrieben. Zum 31. Dezember hat der LWV seine zuletzt 25 % betragenden Gesellschafteranteile abgegeben. Nach der vom Zielgruppenmanagement KOF mitgestalteten Übergangsphase blickt das Haus unter seinem neuen Geschäftsführer Reinhold Medebach nun auf neue Aufgaben.

1978 gegründet

Die gute Zusammenarbeit zwischen den Verbänden der Kriegsopfer und Behinderten und der Hauptfürsorgestelle des LWV hat Tradition und schlug sich augenfällig im „Haus am Landgrafenteich“ nieder, einem Erholungsheim für Kriegsopfer und Behinderte mit Hotelcharakter. 1978 wurde dazu als Trägersgesellschaft ein Erholungswerk als gemeinnützige GmbH ins Leben gerufen, der VdK-Landesverband Hessen und der LWV übernahmen jeweils 50 % der Gesellschafteranteile. Vornehmliche Aufgabe des Hauses: Durch Erholungsaufenthalte zur gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung der Kriegsopfer und ihrer Hinterbliebenen beizutragen. Für viele Menschen dieses Personenkreises wurde das am Südrand des Vogelsbergs idyllisch im kleinsten hessischen Staatsbad gelegene Erholungsheim ein wichtiger und regelmäßiger Anlaufpunkt.

Über ein Vierteljahrhundert nahm das Haus, das seine Gäste stets mit besonderer Zuwendung versorgt,



Neue Bestimmung, neue Bewohner: Wohnen wie in den eigenen vier Wänden.

Foto: Behindertenhilfe Wetteraukreis gGmbH



Erholungsheim mit Hotelcharakter: Das Haus am Landgrafenteich in Bad Salzhausen. Foto: VdK Hessen-Thüringen

rund ein Drittel aller kriegsbeschädigten Erholungsteilnehmer auf. Zu Beginn des neuen Jahrtausends mussten die Gesellschafter feststellen, dass die demografische Entwicklung auch Auswirkungen auf die Auslastung des Erholungsheimes hatte, eine betriebswirtschaftlich zufriedenstellende Belegung konnte ohne ein ergänzendes Konzept nicht mehr erreicht werden. Der Altersdurchschnitt der Gäste des KOF-Bereichs lag inzwischen bei mehr als 80 Jahren, viele Stammgäste konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr anreisen. Gesagt – getan: Mit Wirkung vom 1. Juli 2003 gab der LWV 25 % seiner Gesellschafteranteile an die Behindertenhilfe Wetteraukreis gGmbH ab, die im „Haus am Landgrafenteich“ Wohn- und Arbeitsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung schuf. Als Mitgesellschafter öffnete der Sozialverband VdK den Geschäftsbereich Erholungsaufenthalte für behinderte und ältere Menschen außerhalb der KOF und nahm zusätzlich auch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen für Menschen in sozialen Aufgabenfeldern in seine Angebotspalette auf.

Neue Ausrichtung erforderlich

Mit dieser Konzeption konnte ein

neuer, zukunftsweisender Weg beschritten werden: Die Behindertenhilfe als erfahrener und leistungsstarker Einrichtungsträger schloss mit dem Angebot eine Bedarfslücke in der Region Wetterau und der VdK als kompetenter Sozialverband bietet ein Forum für Schulungsangebote, setzt darüber hinaus die bewährten Erholungsmaßnahmen für beschädigte und behinderte Menschen sowie für andere Personengruppen fort. Ende 2003 gab es dann einen Generationenwechsel an der Spitze des Hauses am Landgrafenteich: Jürgen Heddergott, von Beginn an Geschäftsführer, gab den Stab an seinen Nachfolger Reinhold Medebach weiter. Die Umstrukturierungen hatte Heddergott noch gemeinsam mit den beiden Gesellschaftern in die Wege geleitet. Diesen Weg beschritt Medebach fort. So kann das „Haus am Landgrafenteich“ auch 2005 und in den Folgejahren voraussichtlich eine schwarze Null schreiben. Zum Jahreswechsel 2004/2005 hat der LWV nun vereinbarungsgemäß seine restlichen 25 % Gesellschafteranteile an die Behindertenhilfe Wetterau weitergereicht. Dem „Haus am Landgrafenteich“ bleibt eine gute Zukunft und seinen zahlreichen Gästen so mancher erholsame Tag zu wünschen. (jda)

Namen, Titel, Jubilare

Neuer Ärztlicher Direktor auf dem Eichberg

Dr. Anton Lehr, neuer Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick in Eltville, ist Mitte November vergangenen Jahres von LWV-Landesdirektor Lutz Bauer offiziell in sein Amt eingeführt worden. Lehr, der die Nachfolge von Dr. Stefan Haas antrat, ist bereits seit vergangenen Jahr kommissarisch als Ärztlicher Direktor tätig. In einer kleinen Feierstunde beschrieb Landesdirektor Lutz Bauer Lehr als kompeten-

ten Fachmann und geeignete Führungskraft für die Klinik, die über zwei Institutsambulanzen und eine Tagesklinik verfügt. Lehr ist bereits seit 23 Jahren im ZSP Rheinblick beschäftigt. Zunächst als Assistenzarzt tätig, erhielt der heute 51-Jährige 1989 die Anerkennung als Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie und wurde Abteilungsleiter der dortigen Institutsambulanz. 1997 wurde Lehr zusätzlich Abteilungsleiter der Sektorklinik Rheingau-Taunus. (rvk)



Amtseinführung von Dr. Anton Lehr (r.) durch LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.

Foto: ZSP Rheinblick

Erich Schaeffter feierte 90. Geburtstag

Die Liste seiner Ämter und Ehrenämter ist lang, darunter spielten Funktionen in sozialpolitischen Feldern keine unwichtige Rolle. Von 1977 bis 1985 übte Erich Schaeffter das Amt des Präsidenten der LWV-Verbandsversammlung aus und er war stolz darauf, als bis heute einziger Christdemokrat dem Hessischen Sozialparlament vorstehen zu können. Am 10. Januar feierte der frühere Rüsselsheimer Stadtrat seinen 90. Geburtstag und konnte zahlreiche prominente Gäste, unter ihnen Hessens Justizminister Dr. Christean Wagner, den Rüsselsheimer Oberbürgermeister Stefan Gietowski und Landesdirektor Lutz Bauer begrüßen. Während seiner Amtszeit sah der Jubilar die Aufgabe des LWV und seines Parlamentes darin, nicht lediglich Vollzugsorgan gesetzlicher Bestimmungen zu sein: Bei der psychiatrischen Betreuung, der Fürsorge für Kriegsopfer und



Erich Schaeffter während seiner Amtszeit als Präsident der Verbandsversammlung.

Foto: Fotoarchiv Pressestelle LWV Hessen

Behinderte gelte es, neue Wege aufzuzeigen, schrieb Schaeffter damals seinen Abgeordnetenkollegen ins Stammbuch. (jda)

Forschung, Lehre, Praxis

Psychisch kranken Menschen zu helfen, aber auch seine in nunmehr jahrzehntelanger Tätigkeit erprobten und dabei durch die berufliche Praxis gefilterten wissenschaftlichen Erkenntnisse an junge Menschen weiterzugeben, könnten Leitmotive des Handelns von Dr. Hartmut Berger, dem Ärztlichen Direktor des ZSP Philippphospitals sein. Er wurde vor kurzem von der Technischen Universität Darmstadt zum Honorarprofessor ernannt. Berger lehrt seit 2001 am dortigen Institut für Psychologie, führt

seine Studenten in die Lehre von den krankhaften Veränderungen des Seelenlebens ein. Seit langem bemüht sich Berger erfolgreich um die Verzahnung von Wissenschaft und Praxis. Der in zahlreiche Expertengremien berufene Psychologe und Mediziner war von 1992 bis 1998 wissenschaftlicher Leiter eines Modellprojektes über gesundheitsfördernde Strategien für Kliniken. Heute gehört das Philippphospitals einem solchem Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation an. (jda)

Trauer um Carl Moritz Heppe



Foto: Privat

Die Verbindung zum LWV hat Carl Moritz Heppe nicht abreißen lassen, auch nicht nach seinem Ausscheiden aus den Verbandsgremien in 2001. Seine früheren Abgeordnetenkollegen konnten den Christdemokraten aus Hess. Lichtenau im Kasseler Ständehaus willkommen heißen, wenn er – trotz angegriffenem Gesundheitszustand – bei wichtigen Anlässen wie dem 50-jährigen Bestehen des Verbandes dabei sein wollte. Anfang Dezember des vergangenen Jahres ist Carl Moritz Heppe im Alter von 82 Jahren verstorben. Der pensionierte Polizist und leidenschaftliche Kommunalpolitiker war insgesamt 28 Jahre, über 7 Wahlperioden, Abgeordneter der LWV-Verbandsversammlung. Daneben gehörte er dem Aufsichtsrat der Orthopädischen Klinik Kassel und der Betriebskommission des ZSP Werra-Meißner an. 2002 wurde Carl Moritz Heppe für seinen Einsatz mit der höchsten Auszeichnung des LWV, dem Ehrenring, ausgezeichnet. (jda)

Erfolge

Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen zur bestandenen Prüfung

Staatsexamen in der Krankenpflege

ZSP Philippshospital, Riedstadt

JOSEFINA BOTA
NICOLE BONIOLO
YVONNE DEICHERT
JÖRG HASS
SUSAN KNAPPE
MICHAEL LEITER
STEFANIE MAUL
SUSANN NEUGEBAUER
MARINA RIMPL
DOROTHEA SCHMUCKER
ANDREAS SCHNEIDER
JUSTYNA SCHWARZ
THORSTEN SIMMEROCK
ANNETT WERNER
JAN DIRK ZUBER

ZSP Bergstraße, Heppenheim

NATYRA HOXHA

FRANK MARDORF
Krankenpfleger
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2004

GABRIELE HILLEBRAND
Krankenschwester
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2004

ELKE HEINEMANN
Stationsschwester
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2004

ROLAND ICKLER
Krankenpfleger
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2004

IRIS JÄGER
Krankenschwester
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1.10.2004

PIERRE KUNTZ
Stellv. Stationsleiter
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.10.2004

MANFRED HOFFMEISTER
Stellv. Stationsleiter
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.10.2004

ANDREA KRAEMER
Krankenschwester
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.10.2004

MARGIT GHIGLIERI
Krankenschwester
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.10.2004

ANNELIE HOLZHAUER
Krankenpflegehelferin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 12.10.2004

GERTRUD MÜLLER
Hausgehilfin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.11.2004

JUTTA LUKESCH
Krankenpflegehelferin
ZSP Haina (Kloster) 1.11.2004

KEA-SCHUL CHANG
Krankenpflegehelfer
ZSP Rheinblick, Eltville 15.11.2004

DR. CHRISTA GERWIN
Ärztin für Neurologie und Psychiatrie
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 27.11.2004

HEIKE RUOFF
Sozialpädagogin
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn 28.11.2004

KARIN HAU
Hausgehilfin
ZSP Rheinblick, Eltville 1.12.2004

JÜRGEN EIBECK
Koch
ZSP Rheinblick, Eltville 1.12.2004

MONIKA TURNER
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Wiesbaden 1.12.2004

FRANK-MARTIN MOOS
1. Stationspfleger
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn 2.12.2004

HUBERT HOFMANN
Regionalmanager
Regionalverwaltung Wiesbaden 3.12.2004

BRUNO KREISEL
Betriebsingenieur
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 1.2005

GISBERT SCHARFF
Stellv. Äztl. Direktor
der Klinik für forens. Psychiatrie
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 1.2005

THOMAS GUNZERT
Facharzt
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 1.2005

MONIKA SCHNEIDER
Schreibkraft
Regionalverwaltung Wiesbaden 10. 1.2005

BIRGIT GRAF
Verwaltungsangestellte
Hauptverwaltung Kassel 1. 2.2005

REINER LANDAU
Krankenpfleger
ZSP Haina, ASt. Gießen 1. 2.2005

Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

JULIANE STERN
Ergotherapeutin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31. 7.2004

PATRIZIA REHN
Vorzimmersekretärin
Regionalverwaltung Wiesbaden 31.12.2004

25-jähriges Dienstjubiläum

MARTIN BISKAMP
Stellv. Krankenpflegedirektor
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 4. 8.2004

GUDRUN BERNHARDT
Krankenpflegehelferin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 9. 8.2004

BONG-WON CHANG
Krankenpflegehelfer
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 16. 8.2004

REINGARD SCHLOSSER
Gymnastiklehrerin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 21. 8.2004

WERNER ZINGEL
Gesamtleiter Werkhalle AT/BT
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 6. 9.2004

HANS-GÜNTHER KAISER
Leiter der Tagesklinik
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 25. 9.2004

BERNHARD MIERMEISTER
Facharzt
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31.12.2004

Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

URSULA REITZ
Friseurin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 8.2004

HELMUT-WILHELM PETER
Pförtner
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31. 8.2004

HANS REIFENBERGER
Krankenpflegehelfer
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 9.2004

FRANCESCA CASALE
Krankenpflegerin
ZSP Philippshospital, Riedstadt
30. 9.2004

HILDEGUNDE SPIELBERGER
Krankenpflegehelferin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.10.2004

DIETER HOFFMANN
Krankenpfleger
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 30.11.2004

LUKAS PATRAS
Ärztlicher Abteilungsleiter
ZSP Philippshospital, Riedstadt
30.11.2004

GERTRUD FRANTZ
Hausgehilfin
ZSP Philippshospital, Riedstadt
30.11.2004

DIETER WEBER
Stationsleiter
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.12.2004

IRMGARD BULEI
Küchenhilfe
ZSP Philippshospital, Riedstadt
31.12.2004

MECHTILDE ZISTLER
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Wiesbaden
31.12.2004

RENATE MÜLLER
Hausgehilfin
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2004

URSULA BOUCSEIN
Hausgehilfin
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2004

DR. HELMUT BALZAR
Arzt
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2004

ACHIM RECKERT
Erzieher
ZSP Haina (Kloster) 31.12.2004

RENATE STRACKE
Beschäftigungstherapeutin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31.12.2004

MYUNG BO CHANG
Krankenpflegehelferin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31.12.2004

REGINA DÖRFLER
Verwaltungsangestellte
Hauptverwaltung Kassel 31. 1.2005

ERIKA NOWAK
Hausgehilfin
Freiherr-von-Schütz-Schule,
Bad Camberg 31. 1.2005

BRIGITTE HEINE
Hausgehilfin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31. 1.2005

In den Ruhestand traten

BERNHARD FLATH
Amtmann
Regionalverwaltung Darmstadt 1.12.2004

GUSTAV SMOLINKA
Amtsinspektor
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 2.2005

WALTER ZEISS
Verwaltungsobererrat
Hauptverwaltung Kassel 1. 2.2005

Ehrenplakette in Silber

PAUL ERDHÜTTER
ehemaliger Geschäftsführer der ZSP Rehb
bergpark Herborn gGmbH und der Klini-
kum Weilmünster gGmbH 30.11.2004

Neue Namen – Neue Positionen

BIRGIT VON HECKER
Ärztliche Direktorin der Klinik für
forensische Psychiatrie
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 1.2005

DIETER SOMMER
Krankenpflegedirektor der Klinik
für forensische Psychiatrie
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 1.2005

Wir trauern um unsere verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

CAROLIN DÜBEN
Krankenpflegeschülerin
ZSP Philippshospital, Riedstadt

WALTER KNOTHE
Polsterer
ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

Neue Information der Orthopädischen Klinik Kassel

Eine neue Informationsschrift der Orthopädischen Klinik (OK) Kassel gibt auf 24 Seiten einen Überblick über die Klinik. Im Mittelpunkt steht dabei Wissenswertes über die Spezialgebiete „Schlüsselloch“-Chirurgie, Computer-assistiertes Operieren, Ambulantes Operieren und Schmerztherapie.

Ein Einlegeblatt weist schnell und übersichtlich auf Verantwortliche, Ansprechpartner und Öffnungszeiten hin.



INFO

Die neue Klinikinformation ist kostenlos erhältlich bei:

Orthopädische Klinik Kassel gGmbH
Wilhelmshöher Allee 345
34131 Kassel
Tel.: 05 61 / 30 84 – 0
Fax: 05 61 / 30 84 – 3 04
Email: info@okkassel.de

(K)ein Dach über dem Leben

Mit rund 50 Anmeldungen hatten sie gerechnet, 142 Teilnehmer konnten die Organisatoren Mitte November vergangenen Jahres beim „1. Hessischen Fachtag § 72 BSHG“ im Bürgerhaus Gutleut in Frankfurt am Main dann zählen. Das überaus große Interesse freute die Veranstalter, die „Hessische Fachkonferenz § 72 BSHG“, die sich aus Vertretern des Hessischen Sozialministeriums, des LWV Hessen, dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag, der Liga der freien Wohlfahrtspflege und neuerdings der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit zusammensetzt. Die Hessische Fachkonferenz hat die Aufgabe übernommen, zu wichtigen fachlichen und organisatorischen Fragen der Wohnungslosenhilfe, die Information und Kommunikation der Akteure in Hessen sicherzustellen.



Grußworte und Fachforen

Grußworte an die Teilnehmer richteten Dr. Walter Kindermann, Leiter der Abteilung Soziales, Integration im Hessischen Sozialministerium; Ingo Staymann, Leiter des Sozialamts Frankfurt, und LWV-Zielgruppenmanager Gerhard Kronenberger.

(K)ein Dach über dem Leben, unter diesem Titel hatte die Hessische Fachkonferenz im Jahr 2004 Empfehlungen zu Aufgaben, Verfahren und Strukturen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach § 72 BSHG herausgegeben. Von daher war es nur folgerichtig, unter diesem Titel den 1. Hessischen Fachtag zu initiieren und die Empfehlungen dort zur Diskussion zu stellen. Daneben nahmen beim Fachtag die ab 2005 veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen durch SGB II, besser als Hartz IV bekannt, und das SGB XII, das das bisherige Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ablöst, einen breiten Raum in der Diskussion ein. Für den LWV Hessen gab Ramona Spohr vom Fachlichen Service ein Statement zu diesen Fragestellungen ab.

Interessierte Zuhörer beim 1. Hessischen Fachtag.

Foto: J. Malyssek

In einem Impulsreferat zur Frage „Wohnungslos und (nicht) erwerbsfähig – welche Standards der Unterstützung und Hilfe sind in Hessen wichtig?“ zeigte Prof. Albrecht Brühl von der Fachhochschule Darmstadt im Fachforum 1 am Nachmittag anhand einzelner gesetzlicher Neuregelungen die Auswirkungen für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Menschen mit Anspruch auf Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten auf. Im Fachforum 2 „Geht gemanagt alles besser? – Aspekte des Fallmanagements in der 72-er-Hilfe“ gab Prof. Claus Reis von der Fachhochschule Frankfurt am Main einen Einblick in die aktuelle Diskussion des Fallmanagements. Mit Spannung wurde Horst Tippelt, dialogicon GmbH, Hamburg, erwartet. Er stellte die Ergebnisse der Vergleichenden Prüfung „Obdachlosenhilfe“ des Landesrechnungshofs mit der Feststellung: „Geprüft: und für veränderungswürdig befunden“ vor. Wenngleich die Empfehlungen eine umfassende Neustrukturierung der Aufgabenwahrnehmung vorsehen,

ließ Horst Tippelt keinen Zweifel an der künftigen Rolle des LWV Hessen, dessen Zuständigkeit im Rahmen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten in Hessen erweitert werden sollte. Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmer ist für Januar 2006 ein weiterer Fachtag geplant. (rvk)



Weitere Informationen zur Hessischen Fachkonferenz sowie zum nächsten Fachtag erhalten Sie bei den LWV-Ansprechpartnern:

Ramona Spohr
Tel.: 05 61/10 04 – 28 75
E-Mail: ramona.spohr@lwv-hessen.de
Knut Kelsch
Tel.: 05 61/ 10 04 – 27 04
E-Mail: knut.kelsch@lwv-hessen.de
Ursula Grede
Tel.: 05 61 – 10 04-27 13
E-Mail: ursula.grede@lwv-hessen.de

ildung • Fortbildung • Fortbildung • Fortbildung • Fortbildung • Fortbildung •

Programm 2005 des LWV-Fortbildungszentrums

Das LWV-Fortbildungszentrum Gießen (FBZ) mit seiner Außenstelle in Riedstadt bietet 2005 wieder viele interessante Fort- und Weiterbildungsseminare in den Bereichen

- Psychiatrie und
- Sozial- und Behindertenpädagogik an.

Neu im Programm sind Fachtagungen zu aktuellen Themen der Psychiatrie und der psychiatrischen Krankenpflege, zum Beispiel zum Qualitätsmanagement oder zum neuen Krankenpflegegesetz. Auch wird erstmals eine neue Lehrgangsreihe „Management- und Führungsaufgaben“ angeboten.

Die Fort- und Weiterbildungsangebote des Fortbildungszentrums Gießen/Riedstadt stehen nicht nur den Beschäftigten des LWV zur Verfügung, sondern auch externen interessierten Personen.

Nähere Informationen sowie das Gesamtprogramm sind erhältlich bei:

Fortbildungszentrum des LWV Hessen
Licher Straße 106
35394 Gießen
Tel.: 06 41 / 9 43 75 – 0
Fax: 06 41 / 9 43 75 – 10
E-Mail: info@fortbildungszentrum-lwv-hessen.de

Fortbildungsprogramm 2005 des Bathildisheim e. V.

Das Bathildisheim e. V. Arolsen bietet in diesem Jahr Seminare zu folgenden Themen an:

- Methoden und Medien zur Entwicklungsförderung (z. B. „Sprechende Hände – Einführungskurs in Gebärdensprache“)
- Entwicklungsstörungen und Behinderungsformen (z. B. „Genetische Syndrome“)
- Kommunikations- und Leitungsaufgaben
- Elternarbeit

Ebenfalls im Programm sind Angebote für Menschen mit Behinderungen, Eltern und Angehörige, u. a. ein Mobilitätstrainingskurs für rollstuhlfahrende Kinder und Jugendliche oder zum Thema „Epilepsie“.

In diesem Jahr kann das Bathildisheim Arolsen e. V. bereits auf zehn Jahre Weiterbildung für die Arbeit mit schwerst behinderten Menschen zurückblicken.



Nähere Informationen sowie das gesamte Programm erhalten Sie bei:

Bathildisheim e. V.
Brigitte Vernaleken / Michael Michels
Bathildisstraße 7, 34454 Bad Arolsen,
Tel.: 0 56 91 / 8 99 – 0,
Fax: 0 56 91 / 8 99 – 2 96
E-Mail: Seminare@bathildisheim.de
www.bathildisheim.de/seminare.htm
(mbr)

LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN

Reizt es Sie mit Maxi oder Moritz



zusammen zu leben und sie erzieherisch zu begleiten?

Erziehungsstellen § 33 (2) KJHG

Wir suchen:

- Paare oder Einzelpersonen,
- die bereit sind, Kinder (ab Babyalter) und Jugendliche in Problemlagen aufzunehmen;
- die pädagogisch qualifiziert sind;
- die bereit sind, mit dem sozialen Umfeld und den beteiligten Institutionen zusammen zu arbeiten.

Wir bieten:

- kontinuierliche fachliche Beratung und externe Supervision;
- angemessene Bezahlung (Aufwandsentschädigung);
- Austausch mit Menschen in der gleichen Situation;
- Fortbildung.

Bitte rufen Sie uns an. Wir freuen uns auf Sie.

Sozialpädagogisches Zentrum
Wabern · Homberg
– Fachdienst Erziehungsstellen –
Kurfürstenstraße 26 · 34390 Wabern

☎ 0 56 83 / 5 09-54 Frau Bleker · ☎ 0 56 83 / 5 09-57 Frau Neumann
☎ 0 56 83 / 5 09-53 Frau Günther

Ziel der Familientherapie: „Autorität ohne Gewalt“?



Demonstration neuer Ansätze in der Jugendhilfe: Mit einem Konzept des „gewaltfreien Widerstandes“ von Eltern bei Erziehungsproblemen sowie mit anderen Fachthemen beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Autorität ohne Gewalt“ im SPZ Kalmenhof.

Foto: AMP

Gar nichts mehr scheint zu helfen – der Nachwuchs ist aggressiv in Schule und Elternhaus, auch gegenüber Gleichaltrigen unverträglich, scheut sogar vor Gewalt nicht zurück. Berechtigte Forderungen der Eltern verschärfen die Entfremdungs- und Aggressionsspirale. Die Eltern erhoffen sich professionellen Rat und stellen eine verwirrende Vielfalt an therapeutischen Methoden und Ansätzen fest. Auf diesem Feld an Bedeutung gewonnen haben in jüngster Zeit Ansätze zur „systemischen Familientherapie“, hinter denen die Erkenntnis steckt, dass nicht das Kind „einzeln“ therapiert werden kann, sondern dass in solchen Fällen ein ganzes Erziehungssystem, sprich die Familie, aus der Balance geraten ist und demzufolge Eltern auch in eine erfolversprechende Therapie einbezogen werden müssen. Ansätze, wie Eltern dies – unter professioneller Beratung – in aktivierender Weise, also ohne sich resignativ zurückzuziehen, tun können, war Thema einer Fachveranstaltung, die von gleich drei in Idstein ansässigen LWV-Einrichtungen im Januar angeboten wurde: Zu den Veranstaltern gehörten die Außenstelle Idstein der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Rheinblick, die Max-Kirmsse-Schule und das SPZ Kalmenhof. Günter Steger, Sozialarbeiter in der

Idsteiner Außenstelle der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Rheinblick, übernahm die Aufgabe der Tagungsorganisation, bei der er ein solches Interesse nicht erwartet hätte: 300 Fachleute aus verschiedenen Einrichtungen und Disziplinen wollten an der Tagung teilnehmen, aus kapazitären Gründen konnten nur 200 zugelassen werden. Plenum und Workshops verliefen überaus lebendig, die Teilnehmer konnten viel für die eigene berufliche Praxis mit nach Hause nehmen. So auch Anregungen zu einem „systemischen“ Ansatz, der Erkenntnisse aus dem beispielsweise von dem indischen Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi entwickelten und erprobten Konzept des zivilen Widerstandes in die familiäre Situation überträgt: Bei massiver Renitenz „besetzen“ die Eltern das Zimmer des Kindes, tragen dort ihre unzweideutigen Forderungen vor und beenden diese Belagerung bzw. ihr Verhalten erst, wenn das Kind Verhaltensänderungen deutlich erkennen lässt. Kernpunkt des in Israel bereits angewandten Verfahrens: Gewalt wird nicht akzeptiert, das Verhalten der Eltern ist streng und formal, die besagte Aggressionsspirale soll aber keinesfalls in Gang gesetzt werden. (jda)

Modellprojekt: Seniorentreffpunkt

Durch medizinische Fortschritte und andere Faktoren gleicht sich die Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung jener ohne Behinderung an. Der Übergang von der Berufstätigkeit in den Ruhestand bedeutet für sie genau wie für ihre nicht behinderten Altersgenossen eine Umstellung und benötigt eine Auseinandersetzung mit dem neuen Lebensabschnitt. Hier liegt zukünftig ein großes Aufgabenfeld im Rahmen der Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung.

Pilotprojekt

Um diesem Bedarf zu begegnen, haben sich im Jahr 2000 fünf Träger der Behindertenhilfe in Frankfurt am Main zusammengeschlossen, um gemeinsam Freizeit- und Bildungsangebote für ältere und bereits pensionierte Menschen mit geistiger Behinderung zu organisieren. Dies geschah im Rahmen des Pilot-Projektes „Seniorentreff für Menschen mit geistiger Behinderung“, das zur besseren Auswertung wissenschaftlich durch den Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität begleitet wurde.

Die Koordination des Pilotprojektes lag bei einer Steuerungsgruppe, in der neben den fünf Trägern auch der LWV Hessen und die Stadt Frankfurt vertreten waren. Ziel des Projektes ist unter anderem, die Inhalte konzeptionell weiter zu entwickeln und als Vorbild für andere zu dienen, die eigene Konzepte zur Betreuung geistig behinderter Senioren erarbeiten wollen.

Vor kurzem hat die Forschungsgruppe ihren Begleitforschungsbericht veröffentlicht, der nun als Dokumentation vorliegt. (rvk)



Der Bericht ist erhältlich bei:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
ZGM 206, Christa Schelbert,
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel.
Tel.: 05 61 / 10 04 – 26 99,
Fax: 05 61 / 10 04 – 16 99,
E-Mail: christa.schelbert@lwv-hessen.de

Oper in der Johannes-Vatter-Schule



Foto: Median Verlag

„Die Insel Tulipatan“, eine Oper von Jacques Offenbach, führte ein Ensemble unter der Leitung des bekannten Kammersängers William Cochran im November vergangenen Jahres in der Johannes-Vatter-Schule in Friedberg auf. Das Besondere: Zum Publikum gehörte eine Reihe hörgeschädigter Mädchen und Jungen – Schüler/innen der Johannes-Vatter-Schule, der LWV-Schule für Hörgeschädigte, die gemeinsam mit nicht hörgeschädigten Altersgenossen der Musterschule die Aufführung besuchten.

Hemmungen abbauen

170 Kinder erlebten zwei Aufführungen der fröhlichen Familienverwechslungsgeschichte von Offenbach in der Aula der Johannes-Vatter-Schule. Die Aufführungen waren Teil einer ganzen Reihe des Projekts „Oper in der Schule“, den ein Verein gleichen Namens aus Bad Homburg anbietet: Sänger und Musiker von deutschen Hochschulen treten unter der Leitung des in Frankfurt lebenden William Cochran in einen Dialog mit Schülerinnen und Schülern und führen die Kinder so an die „ernste“ Musik heran, bringen sie den Kindern näher. Näher kommen, Hemmungen abbauen, das konnte auch als Motto einer anderen Begegnung gelten: die zwischen hörenden und nicht hörenden Altersgenossen. Das gemeinsame Erleben der Oper sollte den Kontakt zwischen ihnen erleichtern, die Scheu durch die Sprachbarriere mindern.

Damit die Aufführungen in jeder beschriebenen Hinsicht ein Erfolg werden konnten, waren die Mädchen und Jungen der Johannes-Vatter-Schule gut vorbereitet worden. Mit Video und Ausschneidebögen wurden die Geschichte und die Hauptakteure im Unterricht vorgestellt. „Zudem“, so erläutert Marion Wisnet, Schulleiterin der Johannes-Vatter-Schule, „haben die Kinder die Musikstücke im Vorfeld mehrfach gesungen. Ohne diese Art der Vorbereitung hätten die Kinder die Aufführung so erlebt wie hörende Erwachsene eine chinesische Oper.“ Dem Großteil ihrer Schüler ist die Teilnahme an der Oper sowieso nur möglich, weil es mittlerweile Hörhilfen wie Implantate und Hörverstärker gibt. Das tat der Freude des jungen Publikums aber keinen Abbruch. Alle gemeinsam waren von der Oper begeistert. Eine Wiederholung mit einem neuen Stück ist hier von allen gewünscht. (rvk)

Hainaer „Stifterfenster“: Spendenaktion läuft

Für Manfred Scholz und seine Mitstreiter vom Verein der Klosterfreunde Haina war es fast wie Weihnachten, wenn auch noch einige Wochen bis zu diesem hohen Fest verstreichen sollten: Ende November des vergangenen Jahres begrüßten sie Dr. Thomas Wurzel von der Sparkassen-Kulturstiftung in der Hainaer Klosterkirche, der eine freudige Nachricht mitgebracht hatte: Mit 15.000 € unterstützt die Kulturstiftung der hessischen Sparkassen die Restaurierung der wertvollen, mittelalterlichen Glasfenster der Klosterkirche. Beim Termin mit dabei: Kassels Regierungspräsident Lutz Klein, der als früherer Erster Beigeordneter des LWV die Kulturstiftung auf dieses Projekt aufmerksam gemacht hatte.

Die Förderung der Sparkassen-Kulturstiftung ist nicht die einzige Spende, die seit dem Aufruf „Rettet die Glasfenster in der Hainaer Klosterkirche“ im vergangenen Juni eingegangen ist. Zahlreiche kleinere und größere Summen konnte der Verein der Klosterfreunde Haina e. V. auf einem Sonderkonto verbuchen. Vereinsvorsitzender Manfred Scholz zeigte sich froh darüber, dass der gemeinsame Aufruf des Vereins der Klosterfreunde, des Landesamtes für Denkmalpflege, der evangelischen Kirchengemeinde Haina (Kloster) und des LWV als Träger des ZSP Haina (Kloster) so viel Anklang gefunden hat. Bis zum Jahresende brachten 166 Spender insgesamt 47.000 € auf dem Sonderkonto zusammen, die nun für die Sanierung der fünf Glasfenster des nördlichen Langhauses eingesetzt werden können. Dabei freut sich Scholz über jeden Betrag: „Die vielen ‚kleineren‘ Spenden machen einen beträchtlichen Teil des Gesamtspendenaufkommens aus.“ Inzwischen liegen auch konkretere Schätzungen über die zu erwartenden Gesamtkosten vor: Einschließlich Dokumentation, Aus- und Wiedereinbaukosten wird die fachgerechte Sanierung rund 150.000 € erfordern. Mit den bereits



Denkmalgerechte Sanierung: Manfred Scholz, Vorsitzender der Freunde des Klosters Haina e. V.; Dr. Rolf Speier, Ärztlicher Direktor des ZSP Haina (Kloster); Dr. Thomas Wurzel, Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen; Dr. Horst Hecker, Verein der Klosterfreunde; Regierungspräsident Lutz Klein und Dr. Bernd Buchstab, Landesamt für Denkmalpflege, mit einer Zeichnung der Klosterfenster aus dem Jahr 1850.

Foto: Andrea Pauly

gesammelten 47.000 € können voraussichtlich zwei Fenster instand gesetzt werden. Ausgebaut sind die fünf Grisailfenster der Nordwand bereits und befinden sich nun beim Landesamt für Denkmalpflege in Wiesbaden. Noch immer sind daher weitere Zuwendungen erwünscht. Für Unterstützer, die mit einem größeren Betrag bei der Sanierung helfen und die dies wünschen, wird unter einem Fenster eine namentliche Plakette angebracht, die Fenster werden so zu „Stifterfenstern“. (jda)

Schutz vor Diskriminierung

Mit dem von der Bundesregierung geplanten „Anti-Diskriminierungsgesetz“ stand ein aktuelles Vorhaben mit personalrechtlichen Auswirkungen auf dem Programm des diesjährigen Seminars für Personalleiter der Kliniken und anderen Einrichtungen des LWV, das Ende Januar auf dem Eichberg in Eltville stattfand. Das Gesetz fordert die Arbeitgeber auf, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um möglichen Diskriminierungen von Beschäftigten im Betrieb vorzubeugen. Besondere Bedeutung kommt dabei betrieblichen Vereinbarungen zum Schutz der Beschäftigten zu, wie sie beim LWV Hessen bereits durch die abgeschlossenen Dienstvereinbarungen zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz umgesetzt wurden. Hier bietet der Arbeitgeber von Mobbing betroffenen Beschäftigten Anlaufstellen an, wie auch Führungskräfte zum Thema Anti-Diskriminierung geschult werden. Thema der gut besuchten Veranstaltung war weiterhin die anstehende Modernisierung des Tarifrechts, die im Februar zwischen den Tarifpart-



Aktuelle Themen: Personalleiter aus LWV-Einrichtungen berieten sich auf dem Eichberg

Foto: Peter Erbe

nern verhandelt wurde. Hier ergeben sich einschneidende Veränderungen für das kollektive Arbeitsrecht, die den Leistungsgedanken stärken sollen. Auch berieten die Personalchefs, wie in den LWV-Einrichtungen „1-Euro-Jobs“ geschaffen werden können. Änderungen beim Personalver-

tretungsrecht und bei der betrieblichen Altersversorgung waren weitere Themen der Veranstaltung, die von Jochen Schütz, Servicebereich Personal der Hauptverwaltung, moderiert wurde.

Peter Erbe/(jda)



Foto: Michael Spallek

Eine Festveranstaltung im Riedstädter Philipppshospital würdigte im November den 500. Geburtstag des Hospitalsgründers Landgraf Philipp von Hessen (siehe Bericht in diesem LWV-Info). Seit 100 Jahren trägt das heutige Zentrum für Soziale Psychiatrie den Namen seines Stifters. Während der Festveranstaltung übergab der Gernsheimer Künstler Mario Derra (r.) eine zu diesem Thema geschaffene Lithografie an Betriebsleiter Kurt Ernst. Sie zielt auch die Titelseite dieser Info-Ausgabe. In seinen Werken und in seiner Gernsheimer Werkstatt pflegt Derra die alte Technik des Steindrucks, mit dem er seine Lithografien herstellt. Aufsehen erregte der Künstler vor einiger Zeit mit der größten Lithografie der Welt, die in einem Solnhofener Steinbruch entstand. Dort druckte Derra vom eigens dafür geschliffenen Kalkboden mit einer selbst konstruierten Presse. Ein Abdruck des 11,20 Meter langen Werkes „Massentourismus an den zwölf Aposteln“ wurde im vergangenen Jahr auch in der Regionalverwaltung des LWV in Darmstadt gezeigt. In seiner Lithografie zum Jubiläum nimmt der Grafiker Bezug auf die lange Geschichte des ehemaligen Hospitals und späteren Heilanstalt. Wir danken Mario Derra für die Genehmigung zum Abdruck. (jda)